

Sand im Getriebe 14

Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Venezuela ATTAC-Frankreich

Die Resonanz auf die Auferstehung von „Sand im Getriebe“ war überwältigend und hat uns dazu ermutigt, noch im alten Jahr eine neue Nummer zusammen zu stellen. In **Venezuela** steht die innenpolitische Situation auf des Messers Schneide. ATTAC Venezuela bittet **dringend** um Unterstützung.

Wie angekündigt, veröffentlichen wir die wichtigsten Dokumente der Jahreshauptversammlung 2002 von ATTAC-Frankreich: Durch den Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs Pierre Tartakowsky und die Abschlussrede des neuen Präsidenten, Jacques Nikonoff wird die gegenwärtige **politische Identität** von ATTAC-Frankreich deutlich. Es wird u.a. analysiert, wie die Weltlage, „die neue Phase der weltweiten Kapitalismuskrisis“, einzuschätzen ist. Die Rolle von ATTAC-F im französischen Wahlkampf wird selbstkritisch beleuchtet „Unsere Bilanz...ist nicht völlig zufriedenstellend“. Die Aufgaben für 2003 werden skizziert. Politische Resolutionen zur Solidarität mit **Afrika**, zur **Gentechnik** und zu Palästina wurden verabschiedet. Die ausführliche Analyse zu **Palästina** von Alain Gresh, Chefredakteur von „Le Monde Diplomatique“ ist für den Diskurs in Deutschland sicherlich von besonderer Bedeutung.

Darüber hinaus gewinnen wir einen Einblick in die **Organisationsstruktur** von ATTAC-F. Das ist – wenige Tage vor dem Ratschlag in Göttingen – von besonderem Interesse. Welche Rolle spielt das Gründerkollegium? Wie kann die Basis der Aktivisten den Kurs der ATTAC-Bewegung beeinflussen? Welche Rolle spielen die Ortsverbände, die Kommissionen und der wissenschaftliche Beirat. Wie werden auf den unterschiedlichen Ebenen Entscheidungen gefällt? Dazu hat es heftige Diskussionen gegeben. Es handelt sich – ähnlich wie bei uns – um einen andauernden Suchprozess „zur Verbesserung unserer demokratischen Strukturen...Das Haus von ATTAC ist bei weitem noch nicht fertig gestellt“ (Tätigkeitsbericht). Die neu verabschiedete Charta (S.22) beantwortet zumindest einige Fragen dazu, andere bleiben wohl noch offen.

Wir danken allen für die Unterstützung von SiG, besonders den Übersetzern. Das Layout und das Logo sollte verbessert werden, wir bitten um praktische Vorschläge und Hilfe. Auf dem Ratschlag sollte sich eine Arbeitsgruppe zu „Sand im Getriebe“ bilden.

Ob das Neue Jahr Frieden bringen wird? Wir wünschen jedenfalls allen Lesern viel Kraft, dem neoliberalen und neoimperialen Wahnsinn zu widerstehen.

Peter Strotmann, Marie-Dominique Vernhes

Inhaltsverzeichnis

Thema	Seite
1. Den Frühling in Venezuela retten	2
<u>Aufruf der sozialen Bewegungen Venezuela an die ganze Welt</u>	2
<u>Aufruf von ATTAC Venezuela</u>	6
2 Kongress ATTAC Frankreich	10
<u>Tätigkeitsbericht(Pierre Tartakowsky)</u>	13
<u>Resolutionen zu Afrika, zur Gentechnologie</u>	21
<u>Resolution zu Palästina</u>	22

<u>ATTAC-Charta</u>	31
<u>Abschlussrede (Jacques Nikonoff)</u>	33
<u>Vorstellung ATTAC-Belgien</u>	38
<u>ESF-Verhaftungen in Italien</u>	40
<u>ATTAC-Stuttgart ruft zum Kongreß</u>	42

1. "Den Frühling in Venezuela retten"

Gegen die Desinformation über Venezuela

Übersetzung aus dem Grain de Sable vom 27.12.2002

Unsere Freunde von Attac Venezuela und anderen sozialen Bewegungen des Landes - vor allem aus dem sehr aktiven Bereich der alternativen Medien - schicken uns den folgenden Aufruf, mit der Bitte um größtmögliche Verbreitung. Er enthält viele Informationen, welche die Medien nicht verbreiten.

In Venezuela werden die Massenmedien von den Putschisten als Instrumente des Bürgerkrieges eingesetzt. Selbst am Vorabend des chilenischen Militärcoups von Pinochet in September 1973 ging der dortige größte Feind der legitimen Regierung der Volkseinheitspartei, die Zeitung "El Mercurio", nie so weit. Verglichen mit den heutigen kommerziellen Radio- und TV-Stationen und Zeitungen von Caracas, kann das Verhalten damals sogar als beispielhaft gelten.

Daher haben zahlreiche südamerikanische Attac-Gruppen (insbesondere aus Brasilien und Venezuela) angekündigt, beim kommenden Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre (23-28 Januar 2003) ein Seminar und verschiedene Arbeitsgruppen über die bolivarianische Revolution zu veranstalten.

In diesem Rahmen wird dann eine "Mauer der Schande" über die venezolanischen Medien errichtet. Darauf werden ohne Kommentar die ersten Seiten der Tageszeitungen aus Caracas ausgestellt. Daneben werden TV-Programme der kommerziellen Sender gezeigt. Die Teilnehmer des WSF, vor allem die zahlreichen Journalisten, können sich dann ein Bild von dem Ausmaß der Volksverdummung, die selbst Goebbels stolz gemacht hätte, machen, und der die Bürger von Venezuela täglich ausgesetzt sind. Leider werden auf der Mauer auch viele ausländische Medien vertreten sein, welche aufgrund von mangelnder Recherche oder weil sie dem Reformprozess der Regierung kritisch gegenüberstehen, die plumpe Propaganda weitertragen (1).

Die Berufsehre wird durch die alternativen Medien (ob Pro-Chavez oder nicht) gerettet, die – erheblichen Risiken zum Trotz – sich bemühen, ein wahrheitsgemäßes Bild der Situation wiederzugeben.

Bernard Cassen, Koordinator der internationalen Kommission von Attac

(1) Zum Beispiel wird den zahlreichen großen Anti-Chavez Kundgebungen breiter Raum eingeräumt, was natürlich in Ordnung ist. Nicht normal ist allerdings, dass die Pro-Chavez Demonstrationen (welche in der Regel von mindestens doppelt so vielen Menschen besucht werden) systematisch unter "ferner liefen" abgehandelt werden oder völlig ignoriert werden.

Der ständig verwendete Ausdruck "Generalstreik" ist auch ungenau. Die große Mehrheit der Bevölkerung ist nicht am Streik beteiligt, obwohl der Ausstand der Manager der staatlichen Erdölfirma PDVSA in diesem strategisch wichtigem Sektor das Land in eine schwierige Lage gebracht hat.

Es wird auch nicht häufig erwähnt, dass die Arbeitgeber Venezuelas sich entschlossen haben, die Gehälter der Streikenden zu bezahlen, was viel über die Art des Streiks und die finanziellen Möglichkeiten der Arbeitgeber aussagt. Vorausgesetzt natürlich, dass sie ihr Wort halten.

Aufruf der sozialen Bewegungen Venezuelas an die ganze Welt (Grain de Sable 27.12.2002)

"Den Frühling in Venezuela retten" Für das Recht der Bürger auf Information

Wir, die sozialen Bewegungen und Verbände Venezuelas, ATTAC-Venezuela, Red Venezolana de Medios comunitarios (Venezolanisches Netz der lokalen Gemeinschaftsmedien), Asociacion Nacional de Medios Comunitarios, Alternativos y Libres, (Nationale Vereinigung der alternativen und freien lokalen Gemeinschaftsmedien) Coordinadora Campesina Ezequiel Zamora (Landbewegung Ezequiel Zamora) richten diesen dringenden Aufruf an die Bürger der ganzen Welt !

Ein weiteres Mal versteckt das Weiße Haus nicht seinen Wunsch, einen demokratisch gewählten Präsidenten, eine Regierung und ein Parlament gestürzt zu sehen. Es werden Bilder in die ganze Welt gesendet, welche statt unserer Erfahrung von partizipativer Demokratie lieber ein Bild von unkoordiniertem Chaos vermitteln, in das schleunigst eingegriffen werden müsse.

Wenn Venezuela sich heute tatsächlich regt und bewegt, dann mit zahlreichen und sich widersprechenden Stimmen. Die Ausgeschlossenen der Globalisierung ergreifen endlich das Wort. Die Millionen Venezolaner, bis jetzt von einer Apartheid geknebelt, die sie als gewalttätige und ungebildete Masse definierte, werden nun zu einem wirklichen Bürgertum. 1989 zeigte sich beim Volksaufstand "Caracazo", obschon staatlich unterdrückt, dass die Bevölkerung den neoliberalen Kurs nicht mittragen würde. Stattdessen will die Bevölkerung heute einen neuen Weg gehen: den der partizipativen Demokratie.

Die Wahl von Hugo Chavez 1998 hat dies erneut bestätigt.

In vollem Bewußtsein unserer Rechte und Pflichten fordern wir von unseren Regierungen nicht nur, dass sie demokratisch gewählt werden, sondern dass sie uns demokratisch regieren. Gestärkt durch unsere

Bolivarische Verfassung – eine der demokratischsten der Welt – legalisieren wir die Wohnverhältnisse in den riesigen Arbeitervierteln, prüfen wir die Baustellen für unsere Schulen oder die Ausstattung unserer Krankenhäuser, stärken wir unsere Macht, indem wir einen neuen Lokalen Verwaltungsrat wählen, erschaffen uns unsere eigenen Bürgermedien in Radio und TV – unabhängig von dem Einfluss der Regierung, kämpfen wir für die Aufteilung der Ländereien an die armen Bauern, für die öffentliche Kontrolle der staatlichen Ölreserven und für die Ausweitung der Rechte der Frauen, die hier an der Spitze der sozialen Bewegung stehen.

Diesem Frühling der Bürgerrechte wurde von der Regierung Bush – welche die Opposition in ihrem Streben nach dem Wiedererlangen der Macht finanziell unterstützt - an allen Fronten der Kampf angesagt.

Im April 2002 hatte diese Opposition schon einmal die Ausweitung der Bürgerrechte durch einen Putsch beenden wollen, indem alle demokratischen Instrumente ausgesetzt wurden und der eine mörderische Unterdrückung des Volkes zur Folge hatte. Die CTV - eine der korruptesten Gewerkschaftsführungen Lateinamerikas -, die kirchlichen Eliten, die Arbeitgeberverbände, die privaten Medien, die Manager der staatlichen Erdölfirma PDVSA –die eine schnelle Privatisierung der Firma wollten -, Manager von multinationalen Konzernen... sie alle verbündeten sich mit den USA und anderen Staaten wie zum Beispiel Spanien. Sie vereinigten sich, um unsere Regierung zu stürzen und unsere Bewegung zur Befreiung vom Neoliberalismus in Lateinamerika zu brechen – eine Bewegung, die mit der Wahl des Präsidenten Chavez begann und sich mit den Erfolgen von Lula in Brasilien und Lucio Gutierrez in Ecuador fortsetzt.

Die Bolivarische Revolution drückt das Verlangen unseres Volkes nach konkreten Lösungen für die Probleme der Globalisierung aus, welche in Porto Alegre, Seattle und Florenz ausformuliert wurden. Ein

vielversprechender Weg, um diese Revolution zu verteidigen und zu konsolidieren, besteht darin, dass ihr ganze Welt über die Umstände der Bewegung informiert und ebenfalls euer Recht auf Information fordert, welches die Massenmedien verhöhnen.

Wir rufen euch auf, euer Recht auf wahrheitsgetreue Information bei den Redaktionen eurer Zeitungen, Radio- und TV-Stationen anzumahnen. Schreibt, ruft an, schreibt ein Fax, schreibt Emails. Wir selbst haben gerade mit Zehntausenden friedlich vor dem Sitz der privaten TV-Stationen demonstriert, um sie aufzufordern, ihre aggressive und rassistische Kampagne gegen unseren Reformprozeß zu beenden.

Andere Kampagnenarten sind möglich, und wir wissen, dass weltweite Solidarität und Kreativität vereint die Kräfteverhältnisse verändern können. Wir bitten euch auch dringend, Menschenrechtsorganisationen auf die Situation der Mitglieder der Gemeinschaftsmedien hinzuweisen, welche von den privaten Fernsehsendern ständig als Terroristen gebrandmarkt werden, da sie die einzige unabhängige Informationsquelle darstellen. In Folge dieser Kampagne sind schon einige von ihnen von Schlägertrupps der Opposition angegriffen worden (siehe Anhang).

Wir bitten euch auch, eure Regierung aufzufordern, das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes auf eine von ihm befürwortete Form der Entwicklung und der Demokratie zu respektieren und von anderen deren Respekt zu verlangen. Eure Regierung soll eindeutig die legitime Regierung Venezuelas unterstützen.

Attac-Venezuela, Red Venezolana de Medios comunitarios, Asociacion Nacional de Medios Comunitarios, Alternativos y Libres, Coordinadora Campesina Ezequiel Zamora

Mail: vensocialmov@hotmail.com

Anhang: Was wir verlieren, wenn die venezolanische Demokratie gebrochen wird (Grain de Sable 27.12.2002)

1. Die ersten Schritte der Regierung Chavez

Übernahme der bis dahin von einer Elite vereinnahmten Ölindustrie in staatliche Kontrolle, um sie als staatliche Dienstleistung für die Entwicklung des Landes auszurichten. Ansätze einer Bodenreform und Ausweitung der Gebiete, welche für lokalen handwerklichen Fischfang reserviert sind, um die Sicherheit einer ausreichenden Ernährung zu gewährleisten. Beginn einer Einschulungskampagne für eine Million Kinder. Ende der Privatisierung des Gesundheitssektors und der sozialen Sicherungssysteme. Demokratisierung des Kapitals durch Volksdarlehen (Frauenbank, Volksbank, Dezentralisationfond). Kooperativengesetz. Mineralölgesetz. Gesetz über den öffentlichen Dienst. Schaffung von mehr als 92000 Sozialwohnungen, Anschluß mehrerer Millionen

Venezolaner an die Trinkwasserversorgung. Rückgang der Kindersterblichkeitsrate von 2,1% auf 1,7%. Aufstockung der Ausgaben des Staatshaushaltes für das Gesundheitswesen auf 8%. Verdopplung der Gelder für Bildung. Neben all diesen "Verbrechen", hat die Regierung von Venezuela nicht auch einige kritische Töne zum Plan Colombia und der "Initiative Anden" von sich gegeben? Hatte sie nicht geäußert, dass der Zusammenhalt Südamerikas wichtiger wäre im Vergleich zur Schaffung einer Freihandelszone von Nord- und Südamerika? Hatte sie nicht auch besonders vorteilhafte Erdölabkommen mit den ärmsten der karibischen Ländern abgeschlossen?

2. Demokratie und Informationspluralismus

Venezuela wird heute von einer Allianz multinationaler Mediengruppen beherrscht, deren entscheidende Rolle im Putsch April 2002 der Journalist und Lateinamerikaspezialist Maurice Lemoine aufgedeckt hat. Rassistische Medien (es gibt keine dunkelhäutigen Moderatoren, obwohl große Teile der Bevölkerung afrikanischen Ursprungs sind) orchestrieren eine Kampagne, die Chaos als Ziel hat; diese Medien manipulieren unterschwellig und rufen in perfekter Harmonie immer wieder zum Sturz des Präsidenten, "Diktator und Attentäter" auf. Diese Medien gehen nämlich soweit, dass sie Tote vorzeigen, die sie dann Chavez unterschieben, um so einen erneuten Staatsstreich zu rechtfertigen.

Diese Mediendiktatur hat dazu geführt, dass das Volk seine eigenen Medien schaffen musste. Wenn es ein deutliches Zeichen für den Erfolg der partizipativen Demokratie gibt, dann wohl die Vielfalt der lokalen Gemeinschaftsmidien. Die Arbeiterviertel, in denen 80% der Bevölkerung leben, haben nun ihre eigenen Radiostationen und TV-Stationen wie Catia TV und Radio Perola in Caracas oder Teletambores in Maracay. Die Stimme der Stimmlosen ist nach der langen Nacht der Unterdrückung zu hören. Während vieler Jahre hat die Elite, die das Monopol über die privaten Medien hält und sich voll mit der Regierung identifizierte, die nationale Garde beauftragt, die Anlagen der lokalen Gemeinschaftsmidien zu zerstören. Die Wahl Hugo Chavez hat diese Unterdrückung beendet. Im Unterschied zu anderen Ländern, in denen eine Sendeerlaubnis nur mit komplizierten rechtlichen Verfahren zu erhalten ist, ist Venezuela heute wahrscheinlich das einzige Land der Welt, in dem Sendelizenzen direkt und für mehrere Jahre an die Gemeinschaften vergeben werden. Die Regelung der staatlichen Telekommunikationszentrale (auf Spanisch nachzusehen unter www.conatel.gov.ve) sieht vor, dass allein die Gemeinden zur Verbreitung von Informationen zuständig sind und dass diese Informationen nicht politischen, religiösen oder kommerziellen Interessen unterordnet werden dürfen. Diese Regelung, monatelang mit den lokalen Gemeinschaftsmidien verhandelt, unterstreicht die Bedeutung der ständigen audiovisuellen Ausbildung als Ausdrucksmittel der Bürger. Das ist ein weiterer Schritt vorwärts für die Demokratie, denn sie sichert auch die Möglichkeit zur Entfaltung der Phantasie – bis dahin von

den US-amerikanischen Medien unterdrückt, die lange Zeit in großem Masse ihre eigenen Bilder importiert hatten.

Da die lokalen Gemeinschaftsmidien die einzigen unabhängigen Informationsquellen in Venezuela sind, wurden sie das Ziel der Putschisten im April 2002. Folter, Durchsuchungen, Festnahmen wurden von den privaten Medien zelebriert, während Miguel Angel Martinez, Präsident der Kammer der Radiosender live die Dekrete der Putschisten unterschrieb. Venezolana de Television, einziger staatlicher TV-Kanal, wurde von einem der Oppositionsführer als "Abfall" bezeichnet und musste den Betrieb einstellen. Die Niederlage des Staatsstreiches in Anbetracht der Mobilisierung des Volkes hat die Medien nicht von ihrer Mission abgebracht, das Informationsmonopol zu erobern. Programme und Artikel greifen systematisch seit Monaten die lokalen Gemeinschaftsmidien an, bezichtigen sie, die Stützen des "Regimes" zu sein oder „Mörderkreise“ zu unterstützen. Am 13. Dezember versammelten sich die Manager zahlreicher Tageszeitungen und TV-Stationen und griffen öffentlich die Existenz der lokalen Gemeinschaftsmidien an, wie sie es auch einige Wochen vor dem Putsch im April getan hatten; sie erklärten, dass sie es als ihre Mission auffassen würden, ein Castro-kommunistisches Regime in Venezuela zu verhindern. Eine Woche später wurde ein Reporter der "Voz de Guacaipuro" von einem Schlägertrupp der Opposition angegriffen, die ihn als Mitglied eines lokalen Gemeinschaftsradios identifiziert hatte. Er überlebte nur dank des Eingreifens der Polizei. Anderen lokalen Gemeinschaftsmidien wurden die Anlagen zerstört oder es wurde auf der Wellenlänge dazwischengefunkt (in den Provinzen Aragua und Zulia)

Wir rufen die Bürger auf der ganzen Welt dazu auf, diese systematische, aggressive Kampagne bei denjenigen Verbänden anzuprangern, die sich für die Presse- und Informationsfreiheit einsetzen. Im Gegensatz zu den Berichten der Massenmedien ist nicht der venezolanische Staat der Aggressor in diesem Konflikt, sondern die großen internationalen Konzerne, die immer noch das Medienmonopol in Venezuela innehaben.

*Übersetzung: Michael Hesselberg,
coeditrad@attac.org, ehrenamtliche Übersetzer*

„Schwarzer Dezember“ in Venezuela von langer Hand vorbereitet

In Grano de Sabla Nr. 170 erschienen

La Jornada - México

<http://www.jornada.unam.mx/index.html>

*Übersetzung: Andreas Gaul, coeditrad@attac.org,
ehrenamtliche Übersetzer*

Der neue Putsch der Erdölindustrie war schon für September 2002 als Fortsetzung des gescheiterten Staatsstreiches vom April geplant. Deshalb fehlte es auch diesmal nicht an Heckenschützen und der Unterstützung

der Medien, die in den Händen der großen Gruppen der wirtschaftlichen Macht sind.

Erschreckend ist die Eile der Putschisten, die Regierung von Hugo Chávez abzusetzen, der das Volk während des gescheiterten Staatsstreiches die Treue gehalten hat und obwohl die boliviarische Verfassung vorsieht, dass alle gewählten Personen nach der Hälfte des Mandats – Chavez also nach August 2003 - durch ein Referendum abberufen werden können.

Für Beobachter liegt einer der Gründe für diese Eile in der Notwendigkeit der USA, die Kontrolle über die regionalen Erdölreserven vor einem Krieg gegen den Irak zu verstärken, obwohl Chávez, trotz der Verstrickung der USA in den Aprilputsch, wiederholt erklärt hat, alle Vereinbarungen einzuhalten. Venezuela liefert 1 Million Barrel Öl täglich an die USA, welche wiederum im Land etliche Millionen in Raffinerien und Tankstellen investiert haben.

Es gibt weitere Gründe für die Eile bestimmter Oppositioneller sind: Es könnte sein, dass einige Mentoren des Staatsstreiches ungeduldig werden und ihnen die weitere finanzielle Unterstützung verwehren; im Januar treten außerdem zwei Gesetze in Kraft, einmal das Gesetz über die Erdölprodukte, wonach die Regierung auf die Nominierung des Management der staatlichen Ölindustrie(PDVSA) einwirken kann, und zum anderen das Bodengesetz, gegen das sich die Großgrundbesitzer mit ihrem guten Einfluss auf Gouverneure und Bürgermeister wehren.

Wie regierungsnahen Kreise bestätigen, war der schwarze Dezember Teil eines neuen Planes der Unternehmer, nachdem der Versuch des Staatsstreiches kläglich gescheitert war und das komplexe Oppositionsbündnis zu zersplittern drohte.

Wir berichteten in unserer Zeitung schon im September über mehrere Staatsstreichpläne der Erdölindustrie. Einer davon ist das Dokument Nr.5 des Oppositionsbündnisses Coordinadora Democrática, in dem hervorgehoben wurde, dass das Management der staatlichen Erdölindustrie PDVSA Chavez durch die Verspätung der Zahlungen an die Regierung erpressen könnte. Diese Firma überweist nur 20% ihrer Gewinne an den Staat während das Gros für obskure „Betriebskosten“ aufgewendet wird.

Putschismus wie in den 80ern

Für die Opposition bleibt keine Zeit mehr, und so zieht sich der Schatten des Putschismus, der schon vor Hugo Chávez' Wahlsieg 1998 über der Region schwebte, noch stärker über das Land. Zunächst konspirierte man, um seinen Wahlsieg zu verhindern und nun um ihn zu stürzen. Die Coordinadora Democrática besteht aus Unternehmervereinigungen und der gestürzten politischen Klasse des alten Bipartidismo (Zweiparteienherrschaft). Sie wurde nach Art jener Bündnisse geschmiedet, die von den USA gefördert wurden, um in Nicaragua und Panamá zu intervenieren.

Diese Formel hatte sich bereits in Chile als zweckmäßig erwiesen, wo die „Cacerolazos“ ziviler Gruppen halfen, den Staatsstreich Pinochets vorzubereiten.

Auch in Venezuela wird der Streik der Unternehmervereinigungen von den Kadern der Gewerkschaft (CTV) begleitet. Wie viele Unternehmen dieser Erde können es sich leisten, ihre Türen so lange geschlossen zu halten, wenn sie nicht auf effektive finanzielle Unterstützung zählen können? Wie viele Arbeitnehmer

können der Verpflichtung durch ihre Arbeitgeber widerstehen, sie zu unterstützen?

Auch wenn es in Venezuela keine Militärs vom Schlage Pinochets gibt, so sind auch hier, wie in Chile, die USA und ihre Verbündeten im Spiel. Alle Massenmedien mit Ausnahme eines Fernsehsenders, der technologisch nicht mit den anderen konkurrieren kann, sind in den Händen der Opposition.

Letzten September, als La Jornada ihren letzten Bericht über Venezuela veröffentlichte, waren schon die Umriss der neuen putschistischen Bewegung deutlich zu sehen und es war schon alles für einen „schwarzen September“ vorbereitet. Der oberste Gerichtshof entschied damals, es habe gar keinen Putsch am 11. April gegeben, obwohl ein Präsident gefangen genommen wurde und jede Tätigkeit des Parlaments und aller demokratischen Institutionen verboten worden waren.

Das Scheitern des Putsches rief die Erdöl-Verschwörung erneut auf den Plan. Ein Bericht der venezolanischen Wochenzeitung „Proceso“ nennt die Hauptakteure des Erdölputsches, die schon während des letzten Putsches als erstes die OPEC Mitgliedschaft suspendierten und die Öllieferungen an Kuba eingestellt hatten. Dem Bericht zufolge wurde die Verschwörung durch den im Oktober 2001 zum Präsidenten von PDVSA ernannten Ex-Militär Guaicaipuro Lameda und den Ex-Präsidenten von PDVSA und US-Regierungsberater in Energiefragen Luis Giusti betrieben.

Dieser Darstellung folgend gab es bereits im Mai 2001 einen Plan, die Erdölindustrie zu privatisieren und Chávez zu stürzen. In den 5 Monaten an der Spitze von PDVSA näherte sich Lameda den putschistischen Militärs an, während andere es übernahmen, Kontakte zu zivilen Gruppen und zu den oppositionellen Bürgermeistern (diese kontrollieren die Polizei) zu knüpfen. Die Geheimdienste entdeckten die Aktivitäten Lamedas. So traf er sich mit Giusti in Washington, mit Henry Kissinger in New York und mit dem Ex-Präsidenten Carlos Andrés Pérez in Miami und natürlich mit den Unternehmervereinigungen.

Nach der Entfernung Lamedas begann eine neue Phase, die offene Konspiration. Man manipulierte mittlere Funktionsträger durch Gerüchte über Entlassungen und eine staatliche Kontrolle der PDVSA und bereitete gleichzeitig die groben Züge einer wirtschaftlichen Lähmung als letzter Schritt zu einem Staatsstreich vor: Stillstand der Raffinerien, Schließung der Tankstellen, Arbeitsniederlegungen bei den Abfertigungsstellen und gar den Stopp von Flugbenzinlieferungen.

Aus diesen Berichten und aus Zeugenaussagen und Videos des April-Putsches geht hervor, dass man Tote für das Gelingen einer solchen Aktion benötigt. Die putschistischen Militärs hatten in ihren Vereinbarungen mit Lameda geäußert, sie könnten die anderen Militärs nicht auf ihre Seite ziehen, solange es keine Repression von Seiten Chávez gab.

Durch die Amnestie ermutigt, kehrten diese Militärs

zurück und installierten sich auf der Plaza Francia de Altamira wie in einer „befreiten Zone“, um den Sturz einer Regierung zu betreiben, die sie nicht einmal eingesperrt hatte. Sie schafften es nicht, andere Militärs mit sich zu ziehen und so mussten sie auf den Unternehmens- und Erdöl-Putsch zurückgreifen, den wir dieser Tage erleben.

Die Gruppe „Jovenes Revolucionarios Bolivarianos“ (Junge Bolivarische Revolutionäre) machte schon im November darauf aufmerksam, dass die „faschistische Opposition“ eine Neuinszenierung des Putsches plante. Damals wie dieses Mal sollte DER Chef der CTV-Gewerkschaft Carlos Ortega zu Demonstrationen vor Betriebsanlagen der PDVSA aufrufen, welche als „Zonen der nationalen Sicherheit“ gelten.

Während Rechte ihre Kontakte ins Ausland intensivierten, stellte die Gruppe der Ultras Bandera Roja den Kontakt zu Söldnertruppen her. Sie und die Militärs der Plaza Francia mobilisierten die Paramilitärs, „um das notwendige Klima der Gewalt“ herzustellen.

Die „Jovenes“ sind in den Besitz des Dokumentes SP-DIR-VE-01245-TS gelangt, in dem der US-Botschafter das Pentagon über die Fortschritte des Plans informierte und auf die Notwendigkeit hinwies, dass US-Bürger, die an den Aktionen nicht beteiligt seien, außerhalb der Gefahrenzonen blieben oder Venezuela meiden sollten. „Wie konnte die US-Botschaft wissen, in welche Zonen es zu Gewalttätigkeiten kommen würde“, fragten sich die Jovenes Bolivarianos. Weiterhin schlägt das Dokument vor, „materielle und personelle Unterstützung zu gewähren, die eine effektive Kommunikation unserer Kräfte garantiert, die Kommunikationssysteme der Regierung und die Mobilisierungsfähigkeit des Volkes zu neutralisieren, Druck auf staatliche Instanzen wie den Obersten Gerichtshof auszuüben, damit sie gegen die Regierung entscheiden, all unsere personellen Kontakte in der Erdölindustrie zu nutzen, um den Stillstand derselben zumindest zu 70% zu garantieren und durch Blockade der Versorgungswege von Brennstoffen und Lebensmitteln das Gefühl von Chaos und Destabilisierung unter der Bevölkerung zu erwecken“. Außerdem wird hinzugefügt, es sei notwendig, „dass alle venezolanischen führenden Kräfte ihre Familien bis spätestens Sonntag den 1.

Dezember außerhalb Caracas oder außer Landes verbringen sollten und dass man das Eingreifen der Streitkräfte verhindern sollte, indem man die augenblickliche Situation der Militarisierung nutzen sollte, um die Streitkräfte durch die Medien und durch Gewaltakte zu diskreditieren“.

Anklage gegen die Kirche

Auch die Kirche, so denunziert der Bericht, hat schon im Vorfeld Menschen darauf vorbereitet, am 2. oder 3. Dezember Deklarationen zu verfassen, in denen der Regierung vorgeworfen werden sollte, „Gewalt gegen die Zivilgesellschaft auszuüben, da sie die Toten verursacht habe“. Wie wußten sie zu diesem Zeitpunkt, dass es Tote geben würde, fragen die Jovenes.

Ein weiterer Plan ist, alle mediale Macht zu nutzen, um eine internationale Verurteilung Venezuelas zu erreichen. Es gibt Kreise im Vatikan, die ihre uneingeschränkte Unterstützung gewährt haben und der Opus Dei, eine ultrakonservative katholische Organisation ist in Aktion. Multis wie Coca-Cola, McDonalds und GM werden die Lahmlegung des Landes unterstützen.

Das sind die wesentlichen Elemente des Plans, den die Jovenes enthüllt haben. Sie machen aber auch auf die Ereignisse am Freitag auf der Plaza Francia aufmerksam. Die Oppositionellen zeigten ein Foto eines der mutmaßlichen Angreifer, das ihn auf einer öffentlichen Veranstaltung zusammen mit dem Chavistischen Bürgermeister von Caracas zeigt. Sie hatten das Foto sofort parat! Währenddessen erklärte ein anderer Festgenommener, er sei von Personen aus den Militärs der Plaza Francia nahestehenden Kreisen engagiert worden.

Sicher ist, dass Venezuela z.Z. eine sehr prekäre Situation erlebt und dass, sollte die Dynamik des Putschismus nicht aufgehalten werden, sich ein Blutbad ereignen kann, wenn die ärmeren Venezolaner, die weiterhin zu Chávez halten, nicht akzeptieren, dass man ihren Willen nicht respektiert.

Kontakt für diesen Artikel: echla@attac.org

Aufruf von ATTAC Venezuela

(...) ATTAC Venezuela ruft zur Aufmerksamkeit auf angesichts des Verhaltens der interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (Comisión Interamericana de Derechos Humanos, CIDH) gegenüber der venezolanischen Situation im Verlauf dieses Jahres. Nach dem Dafürhalten von ATTAC Venezuela hat die CIDH, am Rand ihres Auftrages handelnd, die Interessen reaktionärer Kreise mit großem Einfluss in Wirtschaft und Medien gefördert, welche die Stabilität des demokratischen Systems Venezuelas und

der rechtmäßigen Regierung, die legitim durch Volksstimmen gewählt wurde, zu schwächen versuchen.

(...)ATTAC Venezuela ruft all jene die glauben, dass eine andere Welt Möglich ist , dazu auf, an dieser DRINGENDEN AKTION teilzunehmen,.

DU FINDEST EINEN BEISPIELBRIEF AM ENDE DES TEXTES – KOPIERE DEN BRIEF IN EINE NEUE NACHRICHT, FÜGE DEINEN NAMEN ODER DEN DEINER ORGANISATION EIN, DAS DATUM UND DIE STADT, UND SENDE IHN AN

DIE ADRESSEN DIE AM ENDE DER NACHRICHT STEHEN. WENN DU EINEN NEUEN BRIEF SCHREIBST, ACHE DARAUF DASS ES NÖTIG IST SICH IN RESPEKTVOLLER FORM AN DIE KOMMISSION ZU WENDEN.

Während die internationale Gemeinschaft der venezolanischen Demokratie inmitten eines unfruchtbaren, empörenden und antidemokratischen Streiks den Rücken stärkt, befürwortet die CIDH offen die Interessen der Gruppierungen, welche auf den Sturz der legitimen Regierung von Hugo Chavez spekulieren.

Seit Beginn dieses Jahres wurde das Verhalten der CIDH in Bezug auf Venezuela von antidemokratischen Kreisen bestimmt. Direkt nach dem Staatsstreich im April akzeptierte ihr Exekutiv-Sekretär eiligst die de facto Regierung, die unmissverständlich von der internationalen Gemeinschaft abgelehnt wurde. So hat die CIDH bei mehreren Gelegenheiten zur Kriminalisierung der Ausübung des Rechts auf friedliches Demonstrieren gegen kriminelle Praktiken in der sozialen Kommunikation seitens der Privatmedien beigetragen,

Am 12. Dezember veröffentlicht die CIDH inmitten eines destabilisierenden, von privilegierten Minderheiten angeführten Streiks ein Kommuniké, das im Kern eine verzerrte Sichtweise auf die venezolanische Realität wiedergibt, kunstvoll von der politischen Voreingenommenheit angefertigt, die auf den Sturz einer demokratischen Regierung zielt.

Wie im Laufe der letzten Tage verschiedene Institutionen und Nationen der Welt anerkannt haben, geht die hauptsächliche Bedrohung für den Rechtsstaat und die Demokratie in Venezuela vom destabilisierenden Handeln minoritärer Gruppierungen aus und nicht vom Verhalten der öffentlichen Machthalter. Die CIDH jedoch überhöht die legitime Sorge um die Menschenrechte und verschweigt die Besorgnis angesichts der antidemokratischen, gewalttätigen und intoleranten Taktiken, welche verschiedene Kreise der Opposition mit dem Ziel fördern, eine demokratische Regierung zu stürzen.

Das Kommuniké ruft die OAS (Organisation der Amerikanischen Staaten) dazu auf, „alle verfügbaren Mechanismen“ zu benutzen, was eine allgemeine und gewagte Legitimierung einer wie auch immer gearteten ausländischen Intervention bedeuten kann. Dies steht im offenen Widerspruch zu der Interamerikanischen Demokratischen Charta, die konkrete Mechanismen zur Unterstützung des Schutzes der demokratischen Regierungsformen vorsieht.

Teile der Kommission deine Ablehnung gegenüber ihrer voreingenommenen Handlungsweise und ihrer Instrumentalisierung durch destabilisierende Interessen mit, sowie deine Forderung dass sich ein unvoreingenommenes und ausgewogenes Handeln durchsetzen muss, im Sinne der Bewahrung der

Menschenrechte und der Demokratie aller Völker, und nicht im Sinne der Interessen antidemokratischer, minoritärer Gruppen.

Die aktuelle DRINGENDE AKTION will weder die relevante Schutzfunktion der Institution herabwürdigen noch die Bedeutung einiger der kritischen Aussagen über die Menschenrechtssituation im Land aberkennen; noch das eigentliche Ausmaß der politischen Krise, die das Land erlebt.(...)

Der ausführliche Bericht, auf den die vorliegende DRINGENDE AKTION sich stützt, ist unter der folgenden Adresse zu finden:
www.geocities.com/attac_vzla

BEISPIELBRIEF

Das abzuschickende Original auf Spanisch befindet sich am Ende der Übersetzung

Sehr geehrte Kommissionsmitglieder

Ich richte mich respektvoll an Sie, um Ihnen meine Besorgnis um das Verhalten der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) in Bezug auf die Situation, die Venezuela zur Zeit erlebt, mitzuteilen und um die Gefahr, dass die wertvolle Arbeit der Institution, die Sie repräsentieren, von antidemokratischen Interessen instrumentalisiert wird.

Schon in vorherigen Situationen hatten verschiedene Institutionen die Gelegenheit, ihre Sorge gegenüber Vorkommnissen Ausdruck zu verleihen, wie:

- der Beitrag der Institution zu voreilig gefällten Urteilen über nicht bewiesene Ereignisse, die vermeintlich Gruppierungen beschuldigten, die die demokratische Regierung unterstützen,
- die eilige Anerkennung der de facto Regierung durch den Exekutiv-Sekretär, die kurzerhand die demokratische Regierung Venezuelas gestürzt hat und
- das Verfahren zur Veröffentlichung des Berichts über das Ergebnis des Vor-Ort-Besuchs im Mai war

Anlässlich der Veröffentlichung eines Kommunikés am vergangenen 12. Dezember über die politische Situation in Venezuela hat sich diese Besorgnis vertieft, aufgrund der ausgeprägten Parteinahme im Analysieren des Rechtsstaats und der Menschenrechtssituation im Land sowie aufgrund einer Ermahnung, die deutlich das zu überschreiten scheint, was in der Interamerikanischen Demokratischen Charta zur Bewahrung der Demokratie vorgesehen ist.

Wir stimmen mit der CIDH überein, dass das Land in diesen Momenten eine politische Krise erlebt die größte Anstrengungen erfordert, um ihre Zuspitzung zu verhindern. Vorbehaltlich der Notwendigkeit, Fortschritte in Bezug auf das Verhalten der Staatsmacht und der Menschenrechtssituation zu machen, ist die

Tatsache offenkundig, dass diese Krise sich in großen Teilen aus den antidemokratischen Umtrieben verschiedener Kreise der politischen Opposition ableiten lässt, die den Weg der Missachtung der konstitutionellen Institutionen und der demokratisch konstituierten Autoritäten eingeschlagen hat. Deshalb ist es sehr besorgniserregend, dass die Kommission sich bei ihrem Bezug auf die Bedrohungen gegenüber dem Rechtsstaat Venezuelas darauf beschränkt, die oftmals unbegründeten Beschwerden und Anschuldigungen aufzugreifen, die von Gruppierungen vorgebracht werden, die der demokratischen Regierung Hugo Chavez' feindselig gegenüberstehen. Anstatt die friedlichen und demokratischen Auswege aus der aktuellen Situation des Landes zu unterstützen, könnte das genannte Vorgehen zur Zuspitzung des politischen Konflikts beitragen, indem sie die Verfestigung einer verzerrten Sichtweise auf die nationale Realität begünstigt, einer Sichtweise, die mit dem expliziten Ziel der Legitimierung des illegalen Sturzes einer Regierung konstruiert ist, die vollkommen demokratisch legitimiert ist.

Es bleibt u. a. unerklärlich, warum die CIDH im Kontext der aktuellen Situation der politischen Instabilität mit keinem Wort die oppositionellen Strategien der Missachtung der legitimen Autoritäten erwähnt, genauso wenig wie die Durchführung eines aufständischen Streiks, der ordnungsgemäß vom Generalsekretär der OAS verurteilt wurde oder die illegale Sabotage der Nationalökonomie und speziell der petrochemischen Industrie; ebenfalls bleiben die ständigen Appelle zum militärischen Aufstand unerwähnt. Des weiteren spiegelt das Kommuniqué, in Bezug auf die näheren Umstände der Gewalt, in unverantwortlicher Art und Weise die oppositionelle Taktik der Kriminalisierung des Rechts auf Demonstration wieder und führt bedauerliche Gewaltakte an, die von der Opposition zu ihrem Vorteil manipuliert wurden; wohingegen die mannigfaltigen Gewaltakte, die von regierungsfeindlichen Gruppierungen ausgehen, unerwähnt bleiben, einschließlich der Ermordung einer größeren Anzahl von Bauernführern oder die gerade verübten Attentate gegen zwei hohe Repräsentanten der demokratischen Regierung.

CARTA MODELO

Para: cidhoea@oas.org
 CC: cidhrela@oas.org, corteidh@corteidh.or.cr,
attac-venezuela@cantv.net

Comisión Interamericana de Derechos Humanos
 OEA
 Washington DC

Sres. Comisionados:

Me dirijo respetuosamente a Uds. para expresarles mi

Außerdem gibt der Appell, den die CIDH an die Länder der OAS richtet, zumindest Anlass zur Beunruhigung: Sie ruft die Mitgliedsländer dazu auf, „alle verfügbaren Mechanismen“ zu benutzen, um eine Verschärfung der Situation zu vermeiden, ohne eine spezifizierte Erwähnung des Art. 17 der Demokratischen Interamerikanischen Charta – welcher der einzige und geeignete Mechanismus in Situationen einer antidemokratischen Hetze gegenüber eines konstitutionellen und demokratischen Regimes ist.

Obleich feststeht, dass der Präsident der CIDH, Juan Méndez, in seinen nachfolgenden Erklärungen die Aussagen nuanciert und sich explizit auf den Artikel 17 der Demokratischen Charta stützt – welcher vorsieht den Demokratischen Staat zur Bewahrung der Demokratie zu unterstützen -, gibt der offizielle Charakter des Kommuniqués dem Appell den Anstrich einer Doktrin der Organisation und eines gefährlichen Präzedenzfalls, indem er antidemokratische Interessen wiedergibt.

Deshalb halte ich es für nötig die CIDH dringend zu bitten, die nötigen Anstrengungen zu unternehmen, um garantieren zu können, dass ihr Handeln sich an den Mindestprinzipien der Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit orientiert. Ein entgegengesetztes Vorgehen würde Anlass zum Zweifel über den Willen der CIDH geben, wirklich zum friedlichen, demokratischen Zusammenleben und zu den Menschenrechten aller Venezolaner beizutragen. (...) Hochachtungsvoll,

Adressen an die man das Schreiben schicken kann:
 Comisión Interamericana de Derechos Humanos
 (cidhoea@oas.org)-CIDH
 Relator de Libertad de Expresión(cidhrela@oas.org)
 Beauftragter für Meinungsfreiheit
 Corte Interamericana de Derechos Humanos
 (corteidh@corteidh.or.cr) Interamerik. Gericht für
 Menschenrechte
 Seguimiento de la acción (attac-venezuela@cantv.net)
 Koordination der Aktion
 Übersetzer: Markus Meinzer, coordinad@attac.org,
 ehrenamtliche Übersetzer

preocupación acerca de la actuación de la Comisión Interamericana de Derechos Humanos (CIDH) frente a la situación que atraviesa Venezuela y la posibilidad de que la valiosa labor de la institución a la que representan esté siendo instrumentada a favor de intereses antidemocráticos.

Ya en anteriores oportunidades, diversas instituciones tuvieron la ocasión de manifestar su preocupación relativa a hechos tales como la contribución de la institución al prejuzgamiento de hechos no comprobados que supuestamente incriminaban a sectores que apoyan al

gobierno democrático, el apresurado reconocimiento que el Secretario Ejecutivo realizara del gobierno de facto que derrocó brevemente al gobierno democrático de Venezuela y el procedimiento por medio del cual se dio a conocer el informe producto de la visita in loco del mes de mayo.

Con ocasión de la publicación, el pasado 12 de diciembre, de un comunicado sobre la situación política en Venezuela, esta preocupación se ve agravada, debido a la marcada parcialidad con la que se diagnostica el Estado de Derecho y la situación de derechos humanos en el país, así como a un exhorto que pareciera extralimitar lo previsto en la Carta Democrática Interamericana para preservar la democracia.

Coincidimos con la CIDH en que el país atraviesa en los momentos actuales una situación de crisis política que requiere de los máximos esfuerzos para evitar su agravamiento. Sin perjuicio de los señalamientos que es necesario adelantar con respecto a la actuación de los poderes públicos y la situación de los derechos humanos, es notorio el hecho de que esta crisis se deriva en gran parte de un ejercicio antidemocrático de diversos sectores de oposición política, que han tomado el camino de desconocimiento de las instituciones constitucionales y las autoridades democráticamente constituidas.

Por ello, resulta de gran preocupación que la Comisión, al referir las amenazas que se ciernen sobre el Estado de Derecho en Venezuela, se limite a recoger las quejas y acusaciones en muchos casos infundadas que adelantan los sectores que adversan al gobierno democrático de Hugo Chávez. En lugar de aportar a las salidas pacíficas y democráticas a la actual situación del país, dicho proceder podría estar contribuyendo a la agudización del conflicto político, al favorecer la consolidación de una visión distorsionada acerca de la realidad nacional, construida con fines explícitos de legitimar el derrocamiento ilegal de un gobierno que goza de plena legitimidad democrática.

En concreto, resulta inexplicable que en el contexto de la actual situación de inestabilidad política, la CIDH no realice mención alguna a las estrategias opositoras de desconocimiento de las autoridades legítimas, la realización de un paro insurreccional debidamente condenado por el Secretario General de la OEA, el sabotaje ilegal de la economía nacional y especialmente de la industria petrolera, así como los constantes llamados a la insurrección militar. Asimismo, al referir las circunstancias de la violencia, el comunicado replica de manera irresponsable e imprecisa la táctica opositora de criminalizar el ejercicio del derecho a manifestar y recoje hechos de violencia lamentables, que han sido manipulados por la oposición a favor de sus intereses; mientras olvida mencionar los múltiples hechos de violencia protagonizados por sectores que adversan al gobierno, incluidos el asesinato de un elevado número de líderes campesinos o los recientes atentados contra dos altos representantes del gobierno democrático.

Adicionalmente, resulta cuanto menos temerario el llamado que realiza la CIDH a los países de la OEA a utilizar "todos los mecanismos disponibles" para evitar un agravamiento de la situación, sin una mención específica del art. 17 de la Carta Democrática Interamericana - el cual es el mecanismo único e idóneo para circunstancias de acoso antidemocrático ante un régimen constitucional y democrático.

Si bien es de resaltar el hecho de que en sus declaraciones posteriores el Presidente de la CIDH, Juan Méndez, matizara los señalamientos e invocara explícitamente el art. 17 de la Carta

Democrática - que prevé apoyar al Estado democrático en salvaguarda de la democracia -, el carácter oficial del comunicado lo convierte en doctrina del organismo y en un peligroso antecedente, al reflejar intereses antidemocráticos.

Es por ello que considero necesario instar a la CIDH a realizar los esfuerzos necesarios para garantizar que su actuación se acoge a los principios mínimos de independencia e imparcialidad. Un proceder contrario pondría en duda la voluntad de la CIDH de contribuir realmente a la convivencia democrática pacífica y a los derechos humanos de todos los venezolanos.

En ese sentido, aprovecho la ocasión para sugerir la inmediata publicación de un pronunciamiento que recoja de manera imparcial los principales aspectos de preocupación relativos a la estabilidad democrática en Venezuela, incluidas las amenazas que provienen del proceder violento y antidemocrático de sectores de oposición política así como el saldo de violencia e intolerancia de sus actuaciones.

Aprovecho la ocasión para manifestarles mi respeto por el valioso papel que la CIDH adelanta, en el marco del Sistema Interamericano de Derechos Humanos, en protección y defensa de los derechos humanos y de la democracia en los países de América Latina, así como la necesidad de instrumentar mecanismos adicionales para garantizar la efectividad e imparcialidad de su valiosa contribución. Adicionalmente, solicito respuesta personal a las inquietudes señaladas en la presente comunicación.

Sin más a que hacer referencia, se despide de Uds.

Respetuosamente,

Fdo

Direcciones a enviar la comunicación:

Comisión Interamericana de Derechos Humanos
(cidhoca@oas.org)

Relator de Libertad de Expresión (cidhrela@oas.org)

Corte Interamericana de Derechos Humanos

(corteidh@orteidh.or.cr)

Seguimiento de la acción (attac-venezuela@cantv.net)

2. Kongress von ATTAC France am 30.11. und 1.12.2002

Alle übersetzten Dokumente sind unter www.france.attac.org zu finden

Wir dokumentieren die Ergebnisse der Jahreshauptversammlung, die Bestandteil des ATTAC-Kongresses am 30.11. und 1.12. in La Rochelle war. Auf diesem Kongress fanden ebenfalls eine Debatte über ATTAC und Europa und eine Reihe von Versammlungen zu nationalen, europäischen und weltweiten Themen und Kampagnen der nächsten Monate statt. Einzelne Dokumente werden wir in den nächsten SiG-Nummern veröffentlichen.

Jedes beitragszahlende Mitglied von ATTAC Frankreich hat auf der Hauptversammlung eine Stimme. Wer an der Hauptversammlung nicht teilnahm, konnte seine Stimme per Briefwahl abgeben oder einen Vertreter bestimmen. Von den 28 709 Mitgliedern waren ca. 900 in La Rochelle anwesend und es nahmen rund 26% an den Abstimmungen teil.

Seite 2- Pressemitteilung

Seite 4- Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrats

Seite 12- Anträge zu Afrika / Genmanipulierte Organismen

Seite 13 Antrag zu Palästina

Seite 22- Charta von ATTAC

Seite 24- Abschlussrede von Jacques Nikonoff, Vorsitzender von ATTAC Frankreich

Pressemitteilung

Anm. der SiG-Redaktion zu den Wahlen für den Verwaltungsrat: Die Satzung von ATTAC Frankreich sieht vor, dass von den 30 Mitgliedern des Verwaltungsrats 18 vom Gründerkollegium gewählt werden, die 12 anderen aus dem Kreis der Aktivisten von der Hauptversammlung gewählt werden. Alle erhalten ein dreijähriges Mandat und wählen aus ihrem Kreis einen geschäftsführenden Ausschuss von sechs Mitgliedern.

Gemäß diesem Verfahren hatte sich das Gründerkollegium vor Monaten auf eine Liste von 18 Namen geeinigt, über die en bloc auf der Hauptversammlung abgestimmt wurde (ja:87,6% / nein:2,6% / 7,4% Enthaltungen und 2,4% ungültig). Für die 12 Aktivisten war angeregt worden, dass jede der sechs gebildeten Regionalversammlungen je eine Frau und einen Mann als Kandidaten wählt. Die Liste der Kandidaten auf der Hauptversammlung enthielt neben den 12 Namen weitere Kandidaten, die von Ortsverbänden vorgeschlagen worden waren und ebenfalls Einzelkandidaten. Die 12 Kandidaten mit den meisten Stimmen wurden gewählt, darunter 9 Kandidaten der Regionalversammlungen und 3 Kandidaten von Ortsverbänden.

ATTAC Frankreich hat jetzt zwei Ehrenvorsitzende: Ignacio Ramonet und Bernard Cassen. Zu beachten ist auch die Gründung von 15 Kommissionen, die u. a. die Verzahnung zwischen Untersuchungen, Theoriebildung, Volksbildung und Aktionen erleichtern sollen.

Pressemitteilung nach dem Kongress in La Rochelle, 1.12.2002

Die Vereinigung Attac hat bei ihrer in La Rochelle am 30. November stattgefundenen Hauptversammlung Wahlen zum Verwaltungsrat durchgeführt, vier Beschlüsse gefasst, sowie über drei Anträge abgestimmt.

I. Liste der gewählten Verwaltungsratsmitglieder:

Gründungsmitglieder (in alphabetischer Reihenfolge)

Internationale Vereinigung der Techniker, Experte und Forscher (Julien Lusson)

AC! = Gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit Handeln (Renée Maréchal)

CRID = Forschungs- und Informationszentrum für die Entwicklung (Gustave Massiah)

Confédération paysanne = Gewerkschaftsbund der Landwirte (François Dufour)

Droits devant! = Grundrechte voran! (Annie Pourre)

Finanzgewerkschaft CGT (Christian Pierre)
 Bund der französischen Häuser der Jugend und der Kultur (Cécile Guillerme)
 Gewerkschaftsbund Transport und Ausrüstung CFDT (Hervé Alexandre)
 Susan George
 Le Monde diplomatique (Bernard Cassen)
 Jacques Nikonoff
 Les Pénélopes (Michèle Dessenne)
 Politis (Jean-Pierre Beauvais)
 Richterengewerkschaft (Evelyne Sire-Marin)
 SNES = Bundesgewerkschaft der Oberschullehrer (Daniel Rallet)
 Vereinte Bundesgewerkschaft der Grundschullehrer (Sophie Zafari)
 Bund der Ingenieure, Führungskräfte und Techniker (Christian Pilichowski)
 Gewerkschaftsbund Solidaritätsgruppe der 10 (Pierre Khalfa)

Aktive Mitglieder (in alphabetischer Reihenfolge)

Isabelle Bourbonlon	Bernadette Jonquet
Thierry Brugvin	Serge Le Queau
Stéphane Cuttaya	Geneviève Masson
Marie Lionis	Dominique Mourlane
Dominique Gauthier	Régine Tassi
Michel Gicquel	Jacques Weber

II. Es wurden vom Verwaltungsrat am 1. Dezember einstimmig gewählt:

Jacques Nikonoff, Vorsitzender	Gustave Massiah, Vizevorsitzender
Susan Georges, Vizevorsitzende	Michèle Dessenne, Generalsekretärin
François Dufour, Vizevorsitzender	Christian Pierre, Schatzmeister

III. Bernard Cassen wurde ebenfalls einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

IV. Vom Verwaltungsrat wurde Jean-Louis Sounes zum Generaldelegierten ernannt.

V. Vier Beschlüsse wurden gefasst:

- Tätigkeitsbericht
- Jahresabrechnung 2001, der Verwaltungsabteilung wurde dabei Entlastung erteilt
- Charta zu den Beziehungen zwischen der Vereinigung ATTAC und den Ortsgruppen
- Mitgliedsbeitragshöhe für 2003

VI. Drei Anträge wurden der Vollversammlung vorgelegt und angenommen:

- Attac, die Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung und Palästina
- Solidarität mit Afrika
- GVO und Unterdrückung

VII. In fünfzehn Verwaltungsratskommissionen sowie drei Arbeitsgruppen kommen Mitglieder des Verwaltungsrats, des wissenschaftlichen Beirats, der Ortsgruppen und Einzelmitglieder zusammen. Ihre Aufgabe besteht darin, Kampagnen entsprechend dem französischen, europäischen und internationalen Terminkalender zu konzipieren.

- | | |
|---|---------------------------------|
| 1. Internationale Kommission | Koordinator: Bernard Cassen |
| 2. Europa-Kommission | Koordinator: Julien Lusson |
| 3. Kommission interne Kommunikation | Koordinator: Pierre Tartakowsky |
| 4. Kommission Globalisierung und Lebensräume | Koordinator: Daniel Monteux |
| 5. Kommission Kampagnen und Aktionen zu den internationalen Steuern, den internationalen Finanzinstitutionen, den Steueroasen, der Wirtschaftskriminalität und den Staatsschulden | Koordinator: Gérard Gourguechon |
| 6. Kommission Kampagnen und Aktionen zu WTO und GATS | Koordinator: Marc Delepouve |
| 7. Kommission Kultur, Volksbildung und neue Aktionsformen | Koordinatorin: Cécile Guillerme |

Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrats, auf der Hauptversammlung angenommen

Anm. der SiG-Redaktion:

ATTAC Frankreich unterbreitete am 19. Januar einer mehr als sechstausendköpfigen Versammlung im Pariser Konzertsaal „Zenith“ das „Manifest 2002“, das im Buch „Eine andere Welt ist möglich“, Hrsg. ATTAC Deutschland nachzulesen ist.

Ein knappes Jahr später zieht der Generalsekretär des Verwaltungsrats, Pierre Tartakowsky, eine Bilanz, die mit rund 93% der abgegebenen Stimmen angenommen wurde.

ATTAC Frankreich Tätigkeitsbericht der Hauptversammlung 2002, La Rochelle, 30.11.2002

Einleitung

Drei Hauptereignisse haben das Jahr 2001-2002 geprägt.

Erstens, der 11. September mit seinem diplomatischen, politischen und militärischen Nachspiel.

Zweitens, die spektakuläre Entwicklung einer neuen Phase der weltweiten Kapitalismuskrisis in zweifacher Hinsicht: Eine finanzielle Krise, v. a. mit Argentinien und Lateinamerika insgesamt; eine „funktionelle“ Krise durch die Skandalwelle, die von Enron bis hin zu WorldCom die Strukturen und Kunststücke des Neoliberalismus ausgerechnet in den Bereichen erschütterte, die dieser triumphierend als Modell anpries: Die großen multinationalen Konzerne der Dienstleistungs-, Energien-, Telekommunikations- und Transportbranchen.

Und drittens, die Rückkehr der rechten Parteien, die beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen in Frankreich schlecht abgeschnitten hatten, die jedoch ohne Gewissensbisse ihre Rolle als Hüter der vom Arbeitgeberverband MEDEF inszenierten Liberalisierungspolitik übernommen haben und sich v. a. durch ihre Versessenheit in Bezug auf Fragen der öffentlichen Sicherheit („Wiederherstellung der Ordnung“) auszeichnen.

Selbst wenn andere Geschehnisse das politische Leben in diesem Zeitraum ebenfalls beeinflusst haben, wurden durch diese drei Vorkommnisse freilich die französische und die Weltordnung stark verändert; in Auseinandersetzung mit diesem Wandel hat sich Attac weiter ausgedehnt, seine Kampagnen ausgebaut und seine Überlegungen sowohl zum Zeitgeschehen, als auch zu seiner eigenen Identität, seinen Verantwortungen und Funktionsstrukturen fortgeführt.

Der vorliegende Tätigkeitsbericht will darauf eingehen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – und dabei zu Diskussionen und Aktionen für die neue Periode bis zum G8-Gipfel in Evian (Juni 2003) anregen. Sagen wir es gleich: Dieser Gipfel ist für uns äußerst wichtig. Das Treffen des „Klubs der Reichen“, die – trotz ihrer katastrophalen Bilanzen – die Welt nach ihrem Gutdünken zu regieren beabsichtigen, sollte den Anlass für eine

Mobilisierung in den Ausmaßen von Genua und Barcelona darstellen.

Attac ist gut in Form

Inzwischen schreitet Attac seinem fünften Jubiläum entgegen und kann ohne Übertreibung feststellen, dass ihre Struktur sich gut ausnimmt. Attac zählte Ende 2001 27.666 beitragszahlende Mitglieder. Ende Juli 2002 waren es 23.816 beitragszahlende Mitglieder (1.800 mehr als zum entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres). Bereits vor dem traditionellen Aufruf zur Beitragszahlung anlässlich der Vollversammlung vom 30. November wurden die bestehenden Mitgliedschaften zu 61% erneuert. 2002 sind 6.968 neue Mitglieder hinzugetreten, im Schnitt also seit Januar monatlich um die 1.000. Bis Jahresende wird die Zahl der beitragszahlenden Mitglieder also sehr wahrscheinlich die 30.000 überschreiten.

Über die Zahlen hinaus, die nicht zu unterschätzen sind, denn sie geben unser Wachstum und das Vertrauen der Mitglieder wieder, welche wiederum der Vereinigung ATTAC die materiellen Mittel zu ihrem Funktionieren sichern, zeigen sich unsere Strukturen vor Ort äußerst solide. Die für vereinsinterne Fragen verantwortlichen „Werkstätten“ – Tätigkeiten der Konferenz der Ortsverbände CNCL (Conférence Nationale des Comités Locaux), Charta der Ortsverbände, Aufstellung von Arbeitsgruppen, Netzwerkbildung zwischen den verschiedenen Attac-Gliederungen – kommen durch Diskussionen und Konsensbildung voran. Die aus der Hauptversammlung von Saint Brieuc (2000) hervorgegangenen Anträge, v. a. derjenige zur Parität, wurden in die Tat umgesetzt. Schließlich seien die – im Leben einer jeden Vereinigung stets etwas heiklen – internen Verwaltungsratswahlen erwähnt: Wenn sie auch Anlass zu Diskussionen bildeten, so riefen sie aber trotzdem nicht die Krisen bzw. Konflikte hervor, die die „Medienbeobachter“ seit langem voraussagten. Nichtsdestotrotz ist es zur Vermeidung aller Streitigkeiten angebracht, die Spielregeln besser zu definieren und sie bei den künftigen Aufstellungen von Kandidaten aus den Reihen der aktiven Mitglieder auch zu beachten.

Attac ist also gut in Form. Gratuliert werden kann es schon, aber wir begnügen uns nicht damit. Unsere Ansprüche gehen darüber hinaus. Wir wollen den Hütern des Neoliberalismus das Leben schwer machen, ihre Paradigmen bekämpfen, ihnen ständig bei öffentlichen Debatten, sowie bei unseren Aktionen für soziale und Bürgerrechte unsere konkreten Alternativen entgegenhalten. Dadurch wird unsere Identität als Volksbildungsbewegung mit Aktionscharakter und als Teil der sozialen Bewegungen erst legitimiert.

Gemessen an diesen Ansprüchen und dieser Identität, die wir uns zu eigen machen, müssen wir unsere Tätigkeit evaluieren und auf ihre Verbesserungsmöglichkeiten hin beleuchten und unsere Prioritäten für die kommenden Monate setzen.

Der 11. September und seine Folgen

Bereits am Tag nach dem 11. September hatten wir das Ereignis als einen gewichtigen Bruch für die internationale Politik bezeichnet. Wir hatten die Terroranschläge und die Instrumentalisierung der internationalen Emotionen durch Washington denunziert. Und tatsächlich: Der „Krieg ohne Grenzen“ gegen „die Achse des Bösen“, also die rein militärische Antwort auf den Terror, hat nach wie vor tief schürfende Einschnitte in die internationale Politik zur Folge. Zur Erinnerung: Durch die Behauptung der militärischen US-Vormachtstellung verschwanden alle anderen Belange hinter dem Primat der „Antiterror-Bekämpfung“. Damit wurde Großmächten wie China oder Russland ein passendes Alibi verschafft, die Unterdrückung ganzer Bevölkerungen zu verschärfen; dieses Alibi ermöglicht Ben Ali, das freundliche Verständnis der westlichen Großmächte auch weiterhin zu genießen; unter diesem Alibi hat man in Afghanistan offenbar wahre Kriegsverbrechen begangen und die Grundfreiheiten in den USA aufgehoben und in anderen Ländern (Frankreich u. a.) angefochten. Vor diesem Hintergrund hat im Nahen Osten die Konfrontationslogik tragischerweise wieder ihren Einzug gehalten, während die israelischen Besetzungsoperationen und die palästinensischen Selbstmordattentate die Logik des Osloer Abkommens hinweggefegt haben.

Die internationalen Beziehungen wurden nachhaltig davon betroffen: Durch ihre einseitige Haltung widersetzen sich die USA jeglicher Art multilateral getroffener Vereinbarung, ob in Bezug auf Umwelt (siehe ihre Verweigerung, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren), Handelsfragen (siehe, wie die Teilnehmer des „Wüsten“-Gipfels der Welthandelsorganisation WTO in Doha unter Druck gesetzt wurden), oder Entwicklungsfragen (siehe ihre mangelnde Dialogbereitschaft bei der UN-Konferenz in Monterrey und die Abwesenheit des US-Präsidenten beim Erdgipfel in Johannesburg).

Neoliberale Offensive und internationaler Widerstand

Parallel konnten mehrere neoliberale Offensiven trotz unserer Bemühungen und Mobilisierungen massiv vorstoßen: Eine neue Liberalisierungsrunde wurde in Doha gestartet; die Fragen der Entwicklung, ihrer notwendigen Finanzierung, sowie die dringliche Streichung der Schulden für die Länder des Südens wurden faktisch zurückgeworfen. Die Europäische Union vereinbarte auf dem Barcelona-Gipfeltreffen verstärkte Maßnahmen, um die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, sowie die Vermarktung der Arbeitsverhältnisse durch eine zunehmende Unsicherheit des Arbeitsmarktes zu betreiben. Dass populistische und ausländerfeindliche Bewegungen faschistischer Prägung in Europa immer stärker aufkommen, passt gut in eine Szenerie, in der wachsende Ängste immer mehr instrumentalisiert werden und überzeugende Alternativen kaum vorhanden sind. Und doch konnten diese Offensiven und die Versuche, globalisierungskritische Bewegungen wie Attac-Frankreich zu kriminalisieren und ihre Aktivisten zu unterdrücken, die Dynamik der internationalen Mobilisierung nicht bremsen. Das bezeugt das Weltsozialforum in Porto Alegre, das eine quantitative und qualitative Entwicklung erfuhr, indem es sich weiterer Bereiche und Thematiken unter voller Berücksichtigung der neuen internationalen Ordnung annahm, und auf kontinent- und themenbezogene Sozialforen wie das ESF in Florenz im November 2002 orientierte.

In Porto Alegre konnten sich außerdem Attac-Mitglieder aus der ganzen Welt zum ersten Mal treffen. Von Japan bis Schweden, von Frankreich bis Argentinien, von Russland bis Senegal – Attac konnte sich im letzten Jahr als glaubwürdiges internationales Netzwerk und Träger einer länderübergreifenden Identität durchsetzen. Dieses ist sowohl an den vorgebrachten Themen (Demokratie gegen Märkte) und Forderungen (Besteuerung von Finanztransaktionen, Schuldenstreichung, Abschaffung von Steueroasen), als auch an der Kooperation mit anderen sozialen Bewegungen, sowie am Volksbildungscharakter von Attac ersichtlich. Diese internationale Dimension, die weiter wachsen soll, entspricht der von Anfang an regelmäßigen Zusammenarbeit mit anderen Netzwerken zu den Themen Staatsschuld, Entwicklung und Solidarität, WTO, Umwelt, sowie mit dem Frauennetzwerk.

Ausbau von Attac und Ausbau von Bündnissen unter globalisierungskritischen Handlungsträgern: Durch diese Doppellentwicklung konnten wir unsere Wirkungskraft im Ausland wie in Frankreich beträchtlich steigern. Wir konnten zum einen die Bewegungen zur internationalen Solidarität in unserem Lande verstärken, indem wir internationale und nationale Kämpfe vernetzt haben und zwar zu dem Zeitpunkt, als die militärisch-polizeiliche Logik, die sich nach dem 11. September einstellte, die

Menschen dazu bewegen sollte, sich innerhalb der Landesgrenzen „schutzsuchend“ abzuschotten. Das taten wir durch synchron verlaufende mehrsprachige Diskussionen, Zusammenführung verschiedenartiger Debatten, sowie durch die Mitwirkung beim Erarbeiten neuerer international ausgerichteter Mobilisierungs- und Organisationsstrategien. Zum anderen konnten wir einen Beitrag zum Entkräften neoliberaler Denkmuster im theoretischen Streit leisten.

Trotz ihrer Bedeutsamkeit bieten solche Erfolge keine Antworten auf die Frage nach kurzfristigen Alternativen, nach den unersetzbaren (Teil-)Errungenschaften, die nötig sind, um die Unternehmungen unserer Gegner zu blockieren, unsere Glaubwürdigkeit und Nützlichkeit für die Zukunft zu bestätigen, sowie um immer mehr Bündnisse zu schließen.

Der bankrotte IWF und die Erschütterungen innerhalb der „Enron-Wirtschaft“

Eine Antwort hierzu ist angesichts der argentinischen Krise und deren Folgen, sowie der durch die Enron-Affäre hereinbrechenden Erschütterung am Fundament dieses undurchsichtigen „Neukapitalismus“ umso mehr erforderlich. Die argentinische Krise liefert – über ihre Folgen für einzelne Menschen und für die Gesellschaft hinaus – einen weiteren Nachweis dafür, wie unheilvoll die Therapiemaßnahmen vom IWF sind. Renommierte, dem IWF einst angehörende Wirtschaftswissenschaftler üben auch heftige Kritik an der Währungsinstitution. Der IWF gewährt inzwischen Brasilien das, was er Argentinien verweigert hat und erweckt immer mehr den Eindruck einer Marionette in den Händen der US-Staatskasse. Die Krise der multinationalen Konzerne hat in wenigen Monaten internationale und umfassende Ausmaße angenommen. Sie macht die Behauptung über die Vorteile der Marktwirtschaft und der „ethischen Regierung“ lächerlich und stellt eine scharfe Zurechtweisung dessen dar, was als „Volkskapitalismus“ und „Macht der kleinen Aktionäre“ propagiert wird.

Es ist bemerkenswert, mit welcher Gelassenheit die Hauptakteure und –Kommentatoren das Vorhandensein dieser Krise und deren Mechanismen gegenwärtig zwar einsehen, ihre verkrusteten neoliberalen Dogmen allerdings nicht ablegen wollen. Die Finanzwelt richtet ihre Analyse nach den Mechanismen der Krise und nicht nach deren Ursachen aus. Es werden zwar Sanierungs- und Ausbesserungsmaßnahmen angepriesen, ohne aber die politischen, sozialen, ja philosophischen Dimensionen, die sorgfältig öffentlich diskutiert werden sollten, mit einzubeziehen. Denn es geht grundsätzlich darum, die Stellung der Arbeit, die soziale Verantwortung der Unternehmen, die gesamten Spielregeln durch wirksame Gegenmachtstrukturen innerhalb der Betriebe neu zu definieren. Man muss also über neue Rechte für die Arbeit-

nehmer, die Verbraucher und die örtlichen Gesellschaftsgruppen nachdenken. Der Erneuerungsbedarf betrifft auch die Regierungen, da diese durch Deregulierungsmaßnahmen die Hauptverantwortung für die heutigen Korruptionfälle tragen.

Die Diskussion um die Stellung der Arbeit im Zusammenhang mit der neoliberalen Globalisierung gehört zum Kern unserer Mobilisierungen zu den bei Michelin und Danone zur „Pflege“ der Börsenkurse durchgeführten Entlassungen. Sie bestimmte auch unsere Solidarisierungsaktionen für die engagierten Arbeitnehmer, die Konflikte mit starkem Symbolcharakter ausgetragen haben: die jungen Leute von McDonald's, Migrantinnen von Accor u.a.m.

Die Wahlen in Frankreich

Vor diesem Hintergrund erlebte man in Frankreich eine Wahlkampfperiode, die mit der brisanten Ablehnung des Regierungsprogramms und der Rückkehr der rechten Parteien endete, die nun über alle Staatsorgane verfügen. Während dieser Wahlen, die, abgesehen von den Kommunalwahlen, für Attac eine „Premiere“ darstellten, wurden im Vorfeld zwei Befürchtungen zum Ausdruck gebracht: dass Attac sich im Wahlkampf „auflösen“ oder von bestimmten politischen Gruppierungen „eingenommen“ bzw. „instrumentalisiert“ werden könnte. Nichts von dem ist eingetreten, unsere Bilanz ist aber trotzdem nicht völlig zufriedenstellend.

Es war uns klar, dass im Wahlkampf diejenigen Gruppierungen favorisiert werden würden, die Kandidaten vorbrachten; das war nicht nur logisch, sondern auch relativ unvermeidlich. Das ist auch der Grund für die Entscheidung, unsere Versammlung im „Zenith“ vor dem Wahlkampf abzuhalten. Diese Versammlung war ein klarer Erfolg für Attac und löste eine Reihe dezentraler Diskussionen um das veröffentlichte Manifest, in welchem die Hauptthemen zur französischen Gesellschaft abgehandelt wurden.

Die Initiative war allerdings zeitbegrenzt und unsere Präsenz im Wahlkampf war sehr schwach. Die Themenkomplexe, die wir in der Wahldiskussion einbringen wollten, fanden darin kaum Beachtung. Die Entscheidung, uns bei den Präsidentschaftswahlen direkt an die Öffentlichkeit zu richten, erwies sich bei aller Legitimität der Absicht als schwer praktikabel. In den letzten Versuchen, diesen Sachverhalt zu ändern, wurden uns unsere Schwierigkeiten in der Organisation zentralisierter Kampagnen bewusst. Wir sollten nun umso mehr über diese Frage nachdenken, da sie unsere Wirkungskraft und unser Erfolgspotential bedingt.

Die Attac-Identität in der politischen Debatte

Wegen der Präsenz des rechtsextremen Kandidaten im zweiten Wahlgang mussten wir im übrigen

Stellung beziehen, und zwar nicht mehr im allgemeinen Diskussionsrahmen, sondern in Bezug auf konkrete Wahlstrategien durch den Aufruf, nicht nur wählen zu gehen, sondern gegen einen Kandidaten zu wählen. Dieses bildete die Grundlage unserer Teilnahme an den landesweiten großen Demonstrationen am 1. Mai. Diese Entscheidung wurde in einer Verwaltungsratserklärung ausführlich begründet und fand keine nennenswerte Opposition oder Kritik. Dennoch wurde im Kontext einer Krise der politischen Vertretung die Beziehung von Attac zur Politik dadurch schon hinterfragt. Aber das geschah, ohne den Charakter dieser Beziehung zu verändern, was sich bei den Parlamentswahlen bestätigt hat: Hier erarbeitete Attac ein Forderungspaket, das die Auseinandersetzung mit den (hier ohnehin zugänglicheren) Kandidaten ermöglichte. Der besondere Charakter der Parlamentswahlen (republikanische Volksabstimmung für Chirac, Streben nach Harmonie zwischen den politischen Machtorganen, Gewicht einer wohl begründeten Stimmenthaltung) trug wesentlich dazu bei, die Wirkung unserer Aktivitäten zu schwächen. Es sei aber vermerkt, dass zahlreiche Ortsverbände eine schriftliche Stellungnahme der Kandidaten zu durchaus konkreten Fragen eingefordert haben. Dieses Frage-Antwort-Spiel hat seine Grenzen, es wirkte sich aber förderlich für die demokratische Auseinandersetzung aus. Es ist klar, dass wir Konsequenzen daraus ziehen müssen, die die erhaltenen Antworten, ihre Inhalte und das aktuelle Zeitgeschehen entsprechend unserer bisherigen Vorgehensweise berücksichtigen. Denn die Identität unserer Vereinigung sollte sich nicht durch die doppelte Wahlepisode ändern. Soll sich Attac etwa in den vielgestaltigen Diskussionen um Wieder- und Neuaufbau politischer Parteien konkret einbringen? Wir haben schon immer gesagt, dass wir das politische Leben beeinflussen wollen und insofern sind uns die Umwälzungen in der machtpolitischen Ordnung wie die Diskussionen um Alternativen zum Neoliberalismus nicht gleichgültig. Hierzu stellen wir uns, wie gewohnt, mit einem klaren Standpunkt und unter Bewahrung unserer Eigenständigkeit, mit schonungslosen Kritiken und konstruktiven Vorschlägen. Attac ist nicht dazu berufen, seine Satzung zu ändern, um womöglich eine zusätzliche politische Partei zu werden, oder sich von seinen gesellschaftlichen Aktivitäten abzuwenden.

Konsolidierung unserer Volksbildungsaufgabe

Unsere Hauptaufgabe ist also nach wie vor die politische Volksbildung durch Konferenzen, Podiumsdiskussionen, Publikationen, darunter auch durch das Internet, Auseinandersetzungen mit Regierungsinstitutionen und gewählten Politikern, Aktionen für soziale und Bürgerrechte. Unsere Zielsetzungen sind unverändert: weiterhin die Umwandlung der Welt in eine Ware bekämpfen,

Diskussionen über die aufzubauenden Alternativen führen, in denen wir ausgehend von unseren Gemeinsamkeiten, unseren vergangenen und künftigen Kampagnen und Mobilisierungen auch unsere Rolle zu spielen haben. Dies erfordert eine pädagogische Arbeit in großem Maßstab: Wir wollen die individuellen und kollektiven Lernprozesse beschleunigen, indem wir über die Mechanismen der neoliberalen Politik aufklären und diese Analysen mit dem sozialen Engagement anderer Aktivisten (Gewerkschaften, Vereinigungen, entsprechende Fachleute) verbinden. Es geht dabei um die Herausbildung einer breiten öffentlichen Meinung, die dem Neoliberalismus eine Art von Gegenreform entgegenhält. Dazu müssen wir die Diskussion um unser Bildungsinstrumentarium vorantreiben. Der Erfolg unserer von neuen Mitgliedern stark besuchten Sommeruniversität zeigt, dass wir noch lange nicht in der Lage sind, den gesamten Bildungsbedarf zu decken. Hier besteht tatsächlich Nachhol- und Verbesserungsbedarf: Dezentrale Universitäten, „leichte“ Bildungsmodule, Schaffung eines Bildungsinstrumentariums – alle diese Möglichkeiten müssen untersucht werden, um unsere Kompetenz auf diesem Gebiet zu vervielfachen.

Entfaltung unserer Identität durch das Eintreten für soziale Forderungen

Hier müssen wir uns ebenfalls um eine quantitative wie qualitative Weiterentfaltung bemühen. Quantitativ insofern, als allein wachsende Beiträge uns ermöglichen können, die an uns in Frankreich wie im Ausland geknüpften, durchaus hohen Erwartungen zu erfüllen. Qualitativ insofern, als Attac seine natürliche Berufung behaupten muss, diejenigen anzusprechen, denen sie durch die Bekämpfung des neoliberalen Standpunktes beisteht – Arbeitnehmer der freien Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes, arbeitslose und völlige mittellose Menschen, die von Zukunftsängsten geplagte Jugend. Wie ein im Rahmen der Vorbereitungen auf diese Vollversammlung verfasste Mitgliederantrag hervorhebt, wurde diese Arbeit bereits begonnen: Einige Gruppen schufen vor Ort die Bedingungen für den Austausch und das Zusammenwirken mit den am stärksten ausgebeuteten Arbeitnehmern, mit den ärmsten und den ausländischen Mitbürgern. Einige bauen Volksbildungsinitiativen auf, die nicht allein einen schulischen Bildungscharakter haben, sondern auch auf Gegenseitigkeit und Wissensaustausch basieren, ohne dabei die Freude und den Spaß zu vergessen. Landesweit wirkte Attac dabei mit, Themenbereiche, die Arbeitnehmer mit ungeschützten Arbeitsverhältnissen, Arbeitslose, Benachteiligte, Entrechtete und Migrant*innen direkt betreffen, an die breite Öffentlichkeit zu bringen. Nach dem Schock des ersten Wahlganges und der Zunahme der Rechtsextremen muss diese Arbeit

fortgesetzt, ausgedehnt und wir müssen für konkrete soziale Forderungen eintreten. Denn öfter erreichen unsere Volksbildungsinitiativen die Menschen, die sie heutzutage am nötigsten hätten, letztendlich nur sehr peripher. Dabei ist es gerade unsere Aufgabe, alle zu erreichen, den Menschen aller sozialen Schichten die Teilhabe am Entwerfen von Alternativen zu ermöglichen, um einen Wissens- und Kulturaustausch mit den bescheidensten Mitbürgern zu erwirken. Wir setzen uns also für leichter zugängliche, vielgestaltigere Kommunikationsformen ein und für eine Präsenz, die sich nicht auf die Innenstädte begrenzt, in denen sich öfter spontan politische Meinungen äußern.

Diese Volksbildungsarbeit und ihre Entfaltung in Verbindung mit den sozialen Bewegungen ist umso dringender, als das vergangene Jahr eine Etappe der Konsolidierung unserer Identität und unseres Wirkungskreises darstellt. Diese Kampagnenkonsolidierung wurde durch die auf unserer letzten Sommeruniversität gesetzten Prioritäten ausreichend deutlich.

Raffarin – neoliberale Orientierung und Unterdrückung

Auf der Grundlage unserer Konsolidierung und unserer Fähigkeit, verschiedenartige Themenkomplexe und Kampagnen zusammenzubringen, setzen wir uns mit den politischen Grundlinien der Raffarin-Regierung auseinander. Ob in Bezug auf die zukünftige Finanzierung der Renten und der öffentlichen Dienstleistungen, oder auf die (besonders ungerecht verteilte) Senkung der Einkommenssteuer – alles deutet auf eine klare Entscheidung für eine neoliberale Politik hin, begleitet von einer rasch begonnenen Vergeltungs- und Sicherheitspolitik, welche durch das Vollzugsanstaltsförderprogramm und das besonders repressive und konservative Perben-Gesetz konkretisiert wurde.

Die Einsperrung José Bovés, die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen weitere Gewerkschaftler und Aktivisten, darunter auch einige unserer Mitglieder, machen deutlich, dass wir eine bedrohliche und unerträgliche Zeit erleben, in der Kritiker der bestehenden Ordnung unerbittlich verfolgt werden, während auf dem großen Gebiet der Finanzkriminalität eine verbreitete Laxheit herrscht.

Zurück zu unserem Tätigkeitsbericht

Wir müssen also eine offensivere Handlungslinie entwickeln. Unsere Tätigkeit im vergangenen Jahr lässt diesbezüglich gute Aussichten zu. Wie oben schon erwähnt, sind das Anwachsen der Mitgliederzahl von ATTAC und die Beitragszahlungen vielversprechend. Darüber hinaus-

gehend, welches waren die Aktivitäten der Attac-Organe?

Der Verwaltungsrat traf sich im Schnitt einmal im Monat und war in der Lage, auf das Zeitgeschehen zu reagieren – z.B. bei dem Wahlkampf –, und führte nach und nach „spezialisiertere“ Besprechungen am Vormittag ein, zusätzlich zu den üblichen Nachmittagssitzungen. Man war hier stets um die Umsetzung der Anträge der Hauptversammlung bemüht.

Der geschäftsführende Ausschuss traf sich einmal wöchentlich mit der Hauptaufgabe, die Nachfragen der Ortsverbände zu bearbeiten, sowie die Stellungnahmen, Initiativen und Kampagnen der Vereinigung zu unterstützen und sichtbar zu machen. Er hat außerdem die Strategieüberlegungen des Verwaltungsrates zu den gegenwärtigen Umgestaltungen und zur Zukunft der Vereinigung vorbereitet.

Der wissenschaftliche Beirat wurde unter der Leitung seines neuen Vorsitzenden mit einer doppelten Zielsetzung umorganisiert: zum einen, Aktualisierung der Mitgliederliste und –aufgaben, Ausweitung seiner fachlichen Kompetenz und Erhöhung seines Frauenanteils; zum anderen, bessere Zusammenarbeit mit den Ortsgruppen und dem Verwaltungsrat. Diese Arbeit fand seine Umsetzung in den Vorschlägen, die eine Arbeitsgruppe aus dem Gründungskollegium später verfasste.

Das Gründungskollegium traf sich mehrmals in der Zeit vor der Vollversammlung und erarbeitete eine Reihe von Vorschlägen zur Aufgaben- und Verantwortungsaufteilung nicht nur in Bezug auf die Rolle des Vorsitzenden und des Generalsekretärs, sondern auf die gesamte Attac-Struktur.

Der Tätigkeitsbericht des Vorjahres betonte die dringende Notwendigkeit, „stärker zu dezentralisieren, Aufgaben zu verteilen, neue Kräfte einzubeziehen, denn die starke Konzentration der Verantwortlichkeiten kann zu ernsthaften Störungen führen, die unsere Fähigkeit zur Zusammenarbeit gefährden könnten.“ Dieser Bedarf nach demokratischeren und zugleich leistungsfähigeren Strukturen wurde vom „Rat der Weisen“, einer Kommission aus dem Gründungskollegium, aufgenommen. Die in einzelnen Kommissionen ausgearbeiteten Vorschläge streben die Aufteilung der Verantwortlichkeiten innerhalb der Vereinigung durch Förderung der Zusammenarbeit an. Demnach sollen die Erfahrungen und Kenntnisse derjenigen entfaltet und weitervermittelt werden, die in verantwortlicher Position gewesen sind und weiterhin – bisweilen ohne Wählerauftrag – diese in den Dienst der Vereinigung stellen möchten. Außerdem soll es einen klaren Rahmen für die Entwicklung und Erarbeitung von schriftlichen Unterlagen und von Strategien geben, um eine bessere Kommunikation unter den Teilstrukturen und den verschiedenen Ebenen von der Attac-Bewegung zu ermöglichen. Diese Vorschläge entsprechen im Übrigen einer bereits existierenden Entwicklungslinie zur

Verbesserung unserer demokratischen Strukturen durch die verallgemeinerte Einrichtung spezifischer Arbeits- und Interventionsgruppen. Wir verzeichnen im vergangenen Jahr die Schaffung von Studierendengruppen, die Gründung der AGs für Bildung, Medien und Gesundheit, sowie die Errichtung eines juristischen Pools u. a. Die ca. 30, sehr ausführlichen Tätigkeitsberichte der Ortsverbände weisen auf eine ziemlich homogene Arbeit hin: Öffentliche Debatten, Versammlungen und Umweltcafés sind sichtbarste Zeichen davon. Sie zeigen auch ein hochgradiges Vermögen, Kampagnen kontinuierlich durchzuführen und sich in die Verbands- und Gewerkschaftsstrukturen zu integrieren. Mit Erfindungsgeist und Ausdauer bei Hunderten von Initiativen konnte die Präsenz unserer zentralen Themen (Spekulation, internationale Steuern, Renten, Entlassungen zur Pflege der Börsenkurse) in der öffentlichen Debatte gewährleistet werden. Unserer Verankerung ist die Durchführung von lokalen „Sozialforen“, die sich als Treff-, Diskussions- und Handlungsstätten präsentieren, in großem Maße zu verdanken. Ein wichtiges Manko besteht aber noch, worüber nachzudenken gilt: Wir haben nach wie vor große Schwierigkeiten, auf Landesebene Kampagnen kontinuierlich und sichtbar durchzuführen, welche in der Lage wären, mächtig Druck auf die politischen und/oder wirtschaftlichen Entscheidungsträger auszuüben und konkrete Erfolge zu erzielen. Wir müssen unsere Fähigkeit zur Verzahnung unserer laufenden, sozusagen „alltäglichen“, Aufgaben mit gemeinsamen Aktionen („Tous ensemble!“ = „Alle zusammen!“) erhöhen, so dass unsere Botschaft wirksamer und wahrnehmbarer wird. Örtliche Verwurzelung mit nationaler wie internationaler Aktionen zu verbinden, ist umso mehr erforderlich als wir „eine andere Welt“ schaffen wollen. Ansonsten wären wir dazu verurteilt, bestenfalls ein Juckpulver der neoliberalen Globalisierung zu werden, ohne brauchbare große Projekte, und ohne die Fähigkeit, sie auf der erforderlichen Ebene durchzusetzen. Die „Nationalkonferenz der Ortsverbände CNCL („Conférence Nationale des Comités Locaux“), in der sich die aus den verschiedenen Agendas entstandene dynamische Spannung lösen kann, erlebte eine vielfache Entwicklung. Nach deren Vollversammlung in Tours traf sie sich dreimal und begann, ihre Arbeitsorganisation durch gemeinschaftliche Verfahrensweisen zu gestalten. Die beachtlichen Bemühungen der Gruppe Verwaltungsrat/Ortsverbände besonders um die Charta der Ortsverbände, deren Billigung durch die CNCL, die Einführung thematischer Listen, die vorbereitende Diskussionen zu jeder Sitzung ermöglichen, sind Beispiele dafür. Als Nächstes sollte ein gemischter begleitender Ausschuss zum Organisieren der vorbereitenden Diskussionen und der Tagesordnung gebildet werden.

Elektronische Kommunikation und „Lignes d’Attac“ (ATTAC-Leitlinien)

In Sache elektronische Kommunikation realisierten wir einige Neuerungen: Attac Frankreich rüstete sich mit einem neuen Informationstool aus, der Liste „Informons“ („Informieren wir“), die es ermöglicht, diejenigen, die es wünschen (es sind bereits mehrere Tausende eingetragen), über die verschiedenen Informationen von Attac, sowie sie erscheinen, auf dem Laufenden zu halten: ihre Communiqués, aber auch die Entscheidungen des geschäftsführenden Ausschusses und des Verwaltungsrats,.

Auch unsere Internet-Homepage wurde erneuert. Ihr Erscheinungsbild hat sich geändert, aber darüber hinaus ermöglicht ihre Funktionsweise jeder französischen Arbeitsgruppe, die es wünscht, Herausgeberteams zur direkten Verwaltung der veröffentlichten Informationen zu bilden. Die Ortsverbände wurden auch nicht vernachlässigt, da sich mehrere zum Erlernen der Bedienung dieses Informationstool, und zwar auf „gemeinschaftlicher“ Basis, entschieden haben. Dieser Wille schlägt sich auf internationaler Ebene in zahlreiche Initiativen wieder. Als erstes sei die in Porto Alegre entstandene Initiative erwähnt, eine Informationskoordinierung namens „Echla“ einzurichten. Dann www.attac.info, dessen Einführung das Ergebnis einer internationalen Arbeit und Gedankenaustausches mehrerer Attacs darstellt. Unter www.attac.info werden internationale Homepages zu gemeinsamen Ereignissen bzw. zu von mehreren Attacs organisierten Kampagnen untergebracht.

Unsere gedruckte Kommunikation erlebte im letzten Jahr die Stabilisierung des Erscheinungsrhythmus von „Lignes d’Attac“. Dieses Organ, das Attac mit ihren, z. T. isolierten Mitgliedern verbindet, soll im Rahmen unserer Haushaltsmöglichkeiten aus- und umgebaut werden, um ausführlichere Informationen zum Leben der Attac-Vereinigung, ihren Kampagnenthemen, ihren Argumenten und Diskussionen zu liefern.

Zum Schluss sei noch verzeichnet, dass wir im Rahmen unserer Publikationen und in Einklang mit unserer Volkbildungsaufgabe im Laufe der Monate mehrere kleine Bücher herausgebracht haben, darunter eine Neuauflage von „Tout sur Attac 2002“, „Avenue du plein emploi“, „Attac au Zénith“, „Agir local, penser global“, „Remettre l’OMC à sa place“.

Neue Führungsgremien

Da diese Hauptversammlung Wahlen durchführt, haben zu deren Vorbereitung zwei parallele Prozesse stattgefunden:

- Die Aufstellung der Kandidaten durch die Ortsverbände (Comités locaux=CL) auf der Nationalkonferenz der Ortsverbände (CNCL) am 25.05.02. Dieses Legitimationsverfahren, über das bei der Nationalkonferenz am 16.02.02 abgestimmt

wurde, führte zu einer Reihe von Diskussionen. Die Positionen haben sich durch Diskussionen gewandelt und die daraus resultierenden Beschlüsse belegen, dass die Ortsverbände in der Lage sind, KandidatInnen vorzuschlagen.

- Das Kollegium der Gründungsmitglieder hat ihre KandidatInnen für den Verwaltungsrat und für die Stellen des Vorsitzenden und des Generalsekretärs festgelegt. Man mag bedauern, dass die Diskussion sich sogleich auf namentliche Vorschläge konzentrierte, jedoch relativiert sich dieser Einwand, wenn man die o. e. Bemühungen berücksichtigt, die der so genannte 'Rat der Weisen' in diesem Zusammenhang gemacht hat.

Das ist der Entwicklungsstand unserer Organisationsstruktur. Wenngleich kein Anlass zur Selbstzufriedenheit besteht (das Haus von Attac ist bei weitem noch nicht fertiggestellt!), so verdienen doch all diejenigen, die in wenigen Jahren die Fundamente gelegt haben, große Anerkennung. Dazu gehören die Angestellten der Zentrale, deren Einsatzbereitschaft Wunder wirkt; die Übersetzer und Dolmetscher von ‚Coorditrad‘, deren unentgeltliches Engagement aus der Sprachenvielfalt einen effizienten Attac-Diskurs schuf, der sich rund um der Erdball Gehör verschafft hat. Die Verantwortlichen unserer Arbeitsgruppen, die sich mit der WTO, Afrika oder den Steueroasen beschäftigen. Aber auch der Arbeitskreis ‚Kultur‘ von Attac, dem wir die professionelle Durchführung des ‚Zénith‘ verdanken. Zu nennen sind hier ebenfalls die ‚e-mail-Korrespondenten‘ und lokalen Webmaster, die für die Weiterleitung und Verbreitung der Informationen im Rahmen unserer Vereinigung Sorge tragen. Und schließlich all diejenigen, die in ihrem Ortsverband Unmengen von Aufgaben erledigen, die vielleicht nicht augenfällig und manchmal auch unbedankt bleiben, aber ohne sie hätte ‚ihre‘ Vereinigung weder ein Fundament, noch Wurzeln und auch keine Ausstrahlung. Ohne sie gäbe es Attac nicht. Ihr Engagement für die Vereinigung ist umso stärker, als sie von ihr viel erwarten.

Wie können wir all diese Erwartungen auch in Zukunft erfüllen?

Kampagnen und Aktionskalender

Alles deutet darauf hin, dass die auf den Weg gebrachten Projekte Sinn machen und von uns auch weiter verfolgt werden müssen. Darunter gibt es einige, die wir mit großer Verantwortung betreiben müssen, weil sie das zentrale Anliegen von Attac betreffen. Daneben gibt es andere Projekte, an denen wir zusammen mit Partnern arbeiten, deren Zielsetzung und Vorgehensweise wir respektieren. Alle diese Projekte gewinnen größte Aktualität durch die internationale Agenda und auch durch das Programm der Regierung Raffarin und seiner Tendenz, soziale Bewegungen zu kriminalisieren.

Jede einzelne dieser Kampagnen hat ihren eigenen Zeitplan und ihre besondere Erscheinungsform. Unsere Aufgabe besteht darin, sie durchzuführen und miteinander zu vernetzen, da gerade ihre Zusammenführung die Programmatik und die Forderungen unserer Vereinigung deutlich macht.

Es handelt sich insbesondere um folgende Punkte:

- GATS (Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen). Einem internationalen Appell folgend und vor dem Hintergrund unserer Mitarbeit bei verschiedenen Initiativen zur Verteidigung und Verbesserung des öffentlichen Dienstes in Frankreich und zur Schaffung eines öffentlichen Dienstes in Europa sind eine Reihe Aktionen auf europäischer Ebene geplant. Diese müssen vorbereitet werden, indem die Zielsetzungen dieses ‚Abkommens‘ und ihre Auswirkungen auf jeden Dienstleistungssektor allgemein bekannt gemacht werden.

- Genetisch veränderte Organismen (GVO): Alles deutet darauf hin, dass die USA, vor allem nach den Konferenzen von Doha und Johannesburg, entschlossen sind, sich besondere Vorteile dadurch zu sichern, dass sie systematisch die WTO anrufen, um ablehnenden Ländern gentechnisch veränderte Lebensmittel aufzuzwingen. Die Kampagne ‚keine GVO in meiner Kommune‘, an der Attac aktiv mitarbeitet, zeigt, dass es viele Möglichkeiten gibt, Widerstand zu leisten und dass wir folglich in dieser Sache nicht locker lassen dürfen.

- Verteidigung der öffentlichen Dienste: Im Regierungsprogramm von Raffarin hat die Privatisierung von EDF, GDF und Air France Priorität. Attac nimmt an einem Bündnis mit Gewerkschaften und Verbänden zur Bekämpfung dieser Regierungsvorhaben teil. Unsere Teilnahme an den Demonstrationen anlässlich der Konferenz des Europäischen Rates in Barcelona und am 3. Oktober in Paris gehört dazu.

- Altersversorgung: Nach den zahllosen Versammlungen, die auf unsere Initiative hin organisiert wurden, um die fatalen Konsequenzen der Pensionsfonds anzuprangern, ist es nunmehr dringend geboten, die Beschlüsse der Regierung Raffarin zur so genannten ‚freien Wahl der Franzosen‘ bei der Finanzierung der Altersversorgung zu demaskieren und unsere Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, dafür auch auf die Straße zu gehen.

- Finanzkriminalität und Steueroasen: diese Punkte, mit denen sich viele Ortsverbände beschäftigen, waren im Oktober Gegenstand einer Initiative des Senats und werden auf einer Konferenz in der Schweiz diskutiert, an der Vertreter aus allen Steueroasen der Europäischen Union teilnehmen werden.

- Internationale Besteuerung von Finanztransaktionen: Die Tobin-Steuer, die auf spekulative Finanzströme erhoben werden soll, wurde in Monterrey ausgeklammert und in Johannesburg

völlig unter den Teppich gekehrt. Sie ist weiter das Schreckgespenst, das über der öffentlichen Diskussion über der Finanzierung der Entwicklungshilfe schwebt. Diese Frage wird Gegenstand verschiedener Initiativen sein, die Attac in Europa ergreifen wird. Nach einem Beschluss des Abgeordnetenhauses vom November sollten wir über Mittel und Wege nachdenken, wie diese Frage außerhalb Frankreichs in einem neuen politischen Kontext aufgeworfen werden kann. Alle Kampagnen haben sowohl eine nationale als auch eine europäische, ja sogar internationale Dimension. Unsere Aufgabe ist es, diese Kampagnen einzuordnen und sie mit einer Agenda, mit Mobilisierungen und mit breiteren Projekten zu verzahnen.

Vier internationale Treffen

Bei vier wichtigen internationalen Treffen besteht dazu Gelegenheit:

Das G 8-Treffen in Evian (Juni 2003) ist für Attac ein politisch besonders wichtiges Ereignis. Alles deutet darauf hin, dass die Hauptthemen der Konferenz der reichsten Länder die Entwicklungs- und die Sicherheitspolitik sein werden. Zu einer Zeit, in der sich sowohl in Frankreich als auch in Europa und dem Rest der Welt die Lebensbedingungen immer mehr verschlechtern, ist der Erfolg einer Massendemonstration ganz besonders wichtig. Dazu braucht es

- eine seriöse öffentliche Informations- und Überzeugungsarbeit
- ein deutliche Aufzeigen der Ziele von Attac (eigene Initiativen, spezifisches Material – Bücher, Plakate, T-Shirts, Falblätter – und evtl eine große Auftaktveranstaltung)
- Die Vernetzung mit allen Partnerorganisationen, die an den Demonstrationen anlässlich des G8-Treffens teilnehmen wollen.

Das Weltsozialforum erscheint immer mehr als der Ort, an dem Erfahrungen ausgetauscht werden, an dem Kampagnen Gestalt annehmen und verknüpft werden und an dem fundierte Alternativen zum Neoliberalismus entwickelt werden. Unsere Aufgabe ist es, an Ort und Stelle zu seinem Erfolg beizutragen, indem wir unsere Erfahrungen und Analysen einbringen und gleichzeitig in Frankreich dem Weltsozialforum Gehör verschaffen. Dabei können wir an unseren Erfolg vom letzten Jahr anknüpfen (Videokonferenz, Anwesenheit von Delegierten von Ortsgruppen)

Europäisches Sozialforum
Bei der Vorbereitung des ESF, das im Oktober/November 2003 in Paris/Saint-Denis

stattfinden soll, tragen wir eine besondere Verantwortung.

Auf dem WTO-Gipfel in Cancun (Sept.2003) werden alle Gegner der neoliberalen Globalisierung ihren massiven Widerstand gegen die Versuche, die Welt zu einer Ware zu machen, ausdrücken können.

Diese internationalen Treffen finden in einer Situation statt, die zum einen durch eine wirtschaftliche und finanzielle Instabilität, zum anderen durch starke militärischen Spannungen (Irak, Palästina, Pakistan-Indien) charakterisiert ist. Jedes dieser Treffen bietet die Gelegenheit, die weltweit bestehenden alternativen Kräfte zu stärken, diese sichtbar und glaubwürdig zu machen, indem an einer neuen Solidarität, einer nachhaltigen Entwicklung auf der Grundlage neuer Finanzierungsverfahren und einer anderen Umverteilung der Reichtümer gearbeitet wird.

Herausforderungen

Seit ihrer Gründung steht die Vereinigung Attac vor einer Reihe von Herausforderungen:

- Die internen Arbeitsabläufe müssen verbessert werden, das betrifft die Analysen, Diskussionen und die Kommunikation.
- Die finanziellen Ein- und Ausgaben sind auf das Mögliche und das Notwendige abzustimmen.
- Sie muss jene Rolle in der politischen Debatte spielen, die ihr zukommt, ohne dabei Abstriche bzgl. ihrer eigenen Identität zu machen.
- Sie muss auf lokaler Ebene verwurzelt sein und gleichzeitig zu der Entwicklung einer anderen Welt beitragen.
- Sie muss eine kritische Stimme sein, die auch in der Lage ist, konkrete, glaubhafte Vorschläge zu machen.

Gerade weil wir, aber auch die an uns heran getragenen Erwartungen ständig wachsen, werden diese Herausforderungen in Zukunft noch größer werden. Das neue Jahr wird uns diesbezüglich keine Wahl lassen: Um unserer Verantwortung gerecht zu werden, müssen wir uns diesen Herausforderungen stellen, über unsere eigenen Grenzen hinaus wachsen und immer breitere Bevölkerungsschichten für Alternativen zum Neoliberalismus gewinnen. Der Organisationsgrad von Attac beweist, dass das möglich ist; unsere Diskussionen belegen, dass wir den Willen dazu haben. Es liegt an uns, dies bei zukünftigen nationalen und internationalen Mobilisierungen zu verdeutlichen. Lasst uns mit aller Kraft, Mut und Ausdauer daran arbeiten, da uns bewusst ist, dass wir zum Erfolg verdammt sind.

*Übersetzung: Suzie Bartsch, Hartmut Brühl
coeditrad@attac.org, ehrenamtliche Übersetzer*

Anträge zu Afrika / Genmanipulierte Organismen

Diese Anträge wurden von der großen Mehrheit der Anwesenden angenommen

Gentechnisch veränderte Organismen und Unterdrückung

Die Hauptversammlung von ATTAC Frankreich vom 30 November erklärt, dass bis zur Gerichtsverhandlung am 31.1.2003 die Aktionen für den Freispruch aller Beschuldigten Vorrang haben.

Mit diesen Aktionen wendet sich ATTAC auch gegen:

- Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber politisch Aktiven und Gewerkschaftsmitgliedern
- Feldversuche mit gentechnisch veränderten Organismen
- die ohne Rücksicht auf die Risiken für die Landwirtschaft und die Menschen ausschließlich nach Profit strebenden multinationalen Konzerne.

Sie ruft alle Ortsverbände und ATTAC_Mitglieder dazu auf, vor der Gerichtsverhandlung die Bürger für diese Aktionen zu sensibilisieren, sie fordert den Verwaltungsrat dazu auf, alle zur Verfügung stehenden personellen und materiellen Mittel einzusetzen, um den Freispruch aller Beschuldigten zu erreichen.

Zusätzlich beantragen wir die Abhaltung eines Workshops am Sonntagvormittag zur Ausarbeitung eines Aktionsprogramms unter Mitwirkung des nationalen Verwaltungsrats, der Ortsverbände und aller Mitglieder.

Solidarität mit Afrika

Angesichts der neoliberalen Globalisierung, die mit Hilfe der internationalen Finanzinstitutionen und der multinationalen Konzerne die wirtschaftliche Hegemonie des Nordens über den Süden verstärkt, und die Entwicklung von Wirtschaftskriminalität und neokolonialer Praktiken zulässt, haben sich die Völker heftig für Folgendes ausgesprochen:

- in Dakar für die Abschaffung der Schulden der Staaten des Südens
- in Durban zur Einstufung der vom Norden ausgeübten Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschheit mit Anspruch auf Wiedergutmachung
- in Bamako für das öffentliche Anprangern der Plünderung der Bodenschätze und der Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung.

Attac verpflichtet sich dazu:

1. diese Schritte und den Kampf der Afrikaner zu unterstützen, die Entwicklung von Sozial- und Widerstandsbewegungen in Afrika zu fördern
2. weiterhin die Wirtschaftskriminalität, die mafiösen Entgleisungen in der Beziehung zwischen Frankreich und Afrika, anzuprangern und für den Schuldenerlass zu kämpfen
3. den zunehmenden Nationalismus und Rassismus zu bekämpfen, damit der Norden dem Süden gegenüber in einer Schicksalsgemeinschaft offen bleibt
4. ihre Diskussionen und Analysen zu intensivieren, um noch wirksamer gegen die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung vorzugehen, die den afrikanischen Kontinent zunehmend ausländischen Investoren ohne Gegenleistungen für die einheimische Bevölkerung ausliefert.
5. seine Mitglieder zur Unterstützung aller Initiativen aufzurufen, welche die Entwicklung andersgearteter Beziehungen zwischen Frankreich und Afrika fördern könnten.

Übersetzung: Martin Regelsberger, coorditrad@attac.org , ehrenamtliche Übersetzer

Beschluss der Hauptversammlung von ATTAC Frankreich, 30.11.2002 zum Thema: **Die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung und Palästina**

(Vorlage formuliert von Alain Gresh, Chefredakteur von „Le Monde Diplomatique“)

I. ANALYSE

Seit mehreren Monaten hat sich die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung in Frankreich, aber auch in Europa und in anderen Teilen der Welt – insbesondere in den USA und in Brasilien – mit den Palästinensern solidarisch gezeigt. Ausdruck dieser Solidarität waren einmal die nahezu spontane Reise der „Internationalisten“ in das Westjordanland und in den Gaza-Streifen zur Verteidigung der palästinensischen Zivilbevölkerung und zur Forderung nach Schutz durch internationale Kräfte, zum anderen verschiedene Aktionen zur Unterstützung der Bauern und der palästinensischen Universitätsangehörigen. Eine Bewegung, die für das Recht der Menschen, ihre Zukunft selber in die Hand zu nehmen, eintritt, steht selbstverständlich an der Seite der unter der Besatzung lebenden Palästinenser (s. Naomi Klein in The Guardian, 25. April 2002).

Andererseits hängt die Kampagne der Sharon-Regierung gegen die Palästinenser vollkommen mit dem von Präsident Bush gegen den „Terrorismus“ geführten „unbegrenzten Krieg“ zusammen. So war es auch ganz selbstverständlich, dass sich die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung, die diese US-amerikanische Politik insbesondere in dem Aufruf der Sozialen Bewegungen in Porto Alegre 2002 vehement verurteilt, an der Seite der Palästinenser wieder findet.

Diese Solidarität kann sich jedoch nicht einer politischen Debatte über ihre Grundlagen und ihre politischen Ziele entziehen. Der israelisch-palästinensische Konflikt ruft zu viele Polemiken und Missverständnisse hervor, als dass man auf eine breite Diskussion, die alle Demokraten einbezieht, und auf die Beantwortung zweier Fragen nicht verzichten könnte:

- Worauf begründen wir unsere Solidarität mit dem palästinensischen Volk und seinen Widerstand?
- Welchen Prinzipien folgt eine gerechte und dauerhafte Lösung?

Dabei versuche ich zu erläutern, warum bestimmte Stellungnahmen die Bewegung spalten können.

Die Beantwortung der beiden Fragen ist komplizierter als es scheint.

Beginnen wir mit einer neuerlichen Anekdote: Ein Berater von Ariel Sharon wurde auf CNN interviewt. Der Journalist, der im Verlauf des Gesprächs „die besetzten Gebiete“ erwähnt, wird vom israelischen Vertreter unterbrochen und erklärt ihm, dass Judäa

und Samaria keine besetzten Gebiete, sondern von Gott den Juden geschenkte Gebiete seien, ein in der Bibel niedergeschriebenes Versprechen. Offensichtlich definiert eine solche Argumentation eine in sich schlüssige Position über Palästina: Wenn man glaubt, dass die Bibel ein Versprechen Gottes an das „auserwählte Volk“ enthält, sind alle Argumente über die „Rechte“ der Palästinenser unhaltbar. Parallel dazu entstand eine islamische Argumentation, der zufolge Palästina seit dem 7. Jahrhundert u. Z. muslimische Erde sei und es also keinen Kompromiss in Bezug auf ein muslimisches Land geben darf.

Diese religiöse These wird häufig von einer nationalistischen Argumentation überlagert. Wenn „das jüdische Volk“ seit Jahrtausenden existiert, wenn es immer bestrebt war, in das „gelobte Land“ zurückzukehren, dann seien seine Vorrechte über Palästina unbestreitbar. Andererseits behaupten einige PLO-Führer allen Ernstes, dass die Palästinenser Nachfahren der Philister seien, Christus der erste Palästinenser usw. Diese Überlegungen stellen das Recht bestimmter Menschen „höher“ und berufen sich darauf, angeblich zuerst auf der Erde gewesen zu sein. Wenn man eine solche Logik für Palästina und Israel akzeptiert, wie könnten wir in anderen Situationen dagegen argumentieren?

Betrachten wir den Fall Jugoslawiens. Die Serben reklamieren im Namen von in sich schlüssigen Argumenten den Kosovo als die jahrhundertealte historische Wiege ihres Volkes. Die Kroaten, die Albaner haben etliche „historische“ Beweise, dieses oder jenes Territorium für sich beanspruchen zu dürfen. Wer hat Recht? Man kann sicher nicht über die Forderungen jeder Seite mittels archäologischer Ausgrabungen urteilen. Was zählt, ist weniger der Bezug zu einer mehr oder minder mythischen Geschichte als die jetzige Wirklichkeit. Sicher war der Kosovo die Wiege Serbiens – und das ist zu berücksichtigen – aber jetzt ist er zu 90% von Albanern besiedelt. Wenn wir dem zustimmen, dass eine fünf oder sechs Jahrhunderte alte Anwesenheit eine nationale Forderung rechtfertigt, dann muss man Bordeaux samt Umgebung den Engländern und Korsika den Genuesen, also Italien zurückgeben. Man würde Pandorens Büchse öffnen. Zum Glück erhebt – fast – niemand mehr solche Forderungen.

Mit einer solchen Debatte und Argumentation wird außerdem im Namen einer vollkommen subjektiven Sichtweise bestimmten Forderungen Vorschub geleistet. Wir lassen uns auf einen absoluten Relativismus ein, in welchem die Überzeugung, dass „meine“ Rechte eigentlich höher stehen als „deine“ Rechte, bestimmend ist. Jeder

würde zu solchen Konflikten gemäß seiner Sympathie für dieses oder jenes Volk, das angeblich mehr moralische Eigenschaften als sein Nachbar hätte, Stellung nehmen.

Wie soll man sich dann bei gegensätzlichen Forderungen, die Araber und Juden seit mehr als einem Jahrhundert in Palästina erheben, zurechtfinden? Sicher nicht durch eine Debatte darüber, ob es vor dreitausend Jahren einen jüdischen Staat gegeben hat oder nicht, wer in Palästina am Anfang unserer Zeitrechnung lebte, bzw. ob die Philister die Vorfahren der Palästinenser seien. Die einzige Richtschnur ist das internationale Recht, das Recht also, worauf sich die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung bei anderen Konflikten oder Kriegen beruft, die unseren Planeten verheeren.

Die durch verschiedene internationale Abkommen anerkannten Prinzipien sind die Grundlage dieses Rechts (UN-Charta, allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Vierte Genfer Konvention usw...): Das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, auf Frieden und Sicherheit, die Verurteilung der gewaltsamen Aneignung von Gebieten, das Völkerrecht, die Rechte der unter einer Besatzungsmacht stehenden Bevölkerungen, Freizügigkeit, Flüchtlingsrechte usw. Diese Prinzipien werden in den Resolutionen der UN-Vollversammlung und vor allem des UN-Sicherheitsrates konkret umgesetzt. Wir wissen wohl, dass sie nicht in einer perfekten Welt entstanden, nicht frei von „Schandflecken“ sind, dass sie immer das Ergebnis eines vor allem zwischen den Großmächten wirkenden Kräfteverhältnisses sind. Wir haben jedoch keine andere Richtschnur. Zitieren wir die Worte des Rechtsprofessors an seine Studenten in der wunderschönen Erzählung des Schriftstellers Manès Sperber „Der verbrannte Dornbusch“: „Ihrer Generation habe ich beigebracht, im Recht den schmutzigen Ursprung der Macht zu entdecken, die dieses eingerichtet hat, aber ich habe Ihnen auch gezeigt, dass die Macht zum Teufel geht, wenn sie das Recht zerstört.“

Was besagen die UN-Resolutionen über Palästina und Israel? Sie anerkennen, dass zwei Völker, das palästinensische und das jüdisch-israelische, sich jetzt auf dem historischen Gebiet Palästinas niedergelassen haben, und sprechen beiden Völkern das Recht zu einem unabhängigen Staat zu. Das ist die Bedeutung der Resolution der UN-Vollversammlung vom 29. November 1947 über die Teilung Palästinas. Dieses damals englische Protektorat sollte in 2 Staaten aufgeteilt werden. Die PLO hat im November 1988 durch die Proklamation der Gründung des Staates Palästina diese Resolution anerkannt. Die israelische Regierung hat durch die Unterzeichnung des Osloer Abkommens zumindest implizit diesem Prinzip zugestimmt. Neulich hat sich der UN-Sicherheitsrat durch seine

Resolution 1397 vom 13. März 2002 auf dieses Prinzip berufen. Diese Resolution bekräftigt die „Vision einer Region, in der zwei Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen leben“. Diese Position widerspiegelt einen sehr breiten Konsens der internationalen Gemeinschaft.

Ich möchte jedoch den möglicherweise entstehenden Eindruck einer „Symmetrie“ relativieren:

Zum einen verfügt das israelische Volk seit über 50 Jahren über einen Staat – obendrein auf 78% des palästinensischen Mandatgebietes – während den Palästinensern ihr Staat immer noch verwehrt wird, sie in einem Zwangsexil oder unter der Besatzung leben. Diese Besatzung währt trotz der unzähligen, von den Vereinten Nationen verabschiedeten, jedoch nie umgesetzten Resolutionen, seit mehr als 35 Jahren. Diese Missachtung des internationalen Rechts diskreditiert übrigens weiterhin, und insbesondere in der arabischen und muslimischen Welt, jeglichen Diskurs der westlichen Welt über das internationale Recht.

Zum anderen ist die aktuelle Situation durch ein ursprüngliches und vor kurzem erfolgtes Unrecht entstanden: Die Palästinenser sind vor allem von 1948 bis 1950 durch jüdische Milizen und später durch die israelische Armee aus ihrer Heimat vertrieben worden. Diese Vertreibung, die die Palästinenser seit den 50er Jahren anprangern, aber in Israel wie in den westlichen Ländern lange Zeit geleugnet oder verdrängt wurde, ist jetzt vor allem dank der Untersuchungen der israelischen „neuen Historiker“ eine offenkundige Tatsache. Wir leben in einer Epoche und in einer europäischen Gemeinschaft, in der sich auf die „Pflicht zur Erinnerung“ mehr als genug berufen wird. Geben wir uns nicht der Selektivität hin. Das Unrecht gegenüber den Palästinensern erfordert Wiedergutmachung und zuallererst Anerkennung – genauso wie Unrecht aus der Kolonialzeit. Diese moralische Dimension darf nicht übergangen werden, denn sie ist die Vorbedingung für eine Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern.

Es gilt, diese „falsche Symmetrie“, die Israelis und Palästinenser auf eine Stufe stellt, sowie die Ideen von den „Extremisten auf beiden Seiten“ zu kritisieren. Diese Sicht wird manchmal von guten Gefühlen gespeist und von dem ehrlichen Wunsch nach einem Frieden auf der Grundlage von zwei nebeneinander bestehenden Staaten. Aber dies berücksichtigt weder die asymmetrische Lage beider Völker noch die Leiden, die 35 Jahre Besatzung hervorbringen. Über zwei Drittel der Palästinenser, die in der Westbank und im Gazastreifen leben, haben ihr ganzes Leben lang die Anwesenheit einer ausländischen Streitmacht erfahren. Alle wurden gedemütigt, zu mehreren Hunderttausenden wurden sie verhaftet, Tausende wurden gefoltert. Andere sind gestorben, verletzt oder für immer behindert.

Die Anerkennung dieser grundlegenden

Unterschieds zwischen Besatzern und Besetzten ist ein Grundprinzip jeder Solidarität. Dies bedeutet wiederum nicht, dass die Sorgen und Leiden der Israelis nicht berücksichtigt werden sollten, die, selbst wenn sie die starke Seite in dieser Gegnerschaft darstellen, in ständiger Angst leben.

Zumal auf diesem gegenwärtigen Konflikt die Erinnerung an den Völkermord an den Juden Europas lastet. Die Stellungnahmen werden durch dieses Verbrechen - eines der abscheulichsten der Menschheitsgeschichte - gebrandmarkt. Die Vernichtung der europäischen Juden durch die Nazis und ihre Verbündeten, die damalige Unfähigkeit der Großmächte, die Barbarei zu stoppen, haben ein Schuldbewusstsein in der westlichen Meinung geschaffen und eine positive Haltung zugunsten derjenigen, die als Erben der Geschichte und der Erinnerung an den Juden auftreten. Dieses Martyrium hat die Abstimmung der UN-Vollversammlung vom 29. November 1947 für eine Teilung Palästinas und damit für die Gründung des Staates Israel begünstigt. Die Palästinenser haben jedoch für ein Verbrechen zahlen müssen, das sie nicht begangen hatten und für das sie in keiner Weise verantwortlich waren.

Welche Lösung gibt es für das Palästina-problem?

Wir haben schon erwähnt, dass es einen internationalen Konsens über die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts gibt: Die Schaffung eines Palästinastaates auf den von Israel besetzten Gebieten (Westjordanland, Gazastreifen und Ostjerusalem), sichere und anerkannte Grenzen für Israel und schließlich Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Sobald man jedoch Details zu klären versucht, beginnen die Kontroversen. Die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung ist selbstverständlich keine Verhandlungspartei und sie kann nicht auf die Details der verschiedenen Positionen eingehen. Sie muss dennoch in den laufenden Debatten auf der Grundlage von zwei Prinzipien Stellung beziehen:

- Respektierung des internationalen Rechts, wonach die Westbank, der Gazastreifen und Ostjerusalem besetzte Gebiete sind.
- Die Welt und die Kräfteverhältnisse so sehen, wie sie sind und nicht, wie wir sie erträumen (ich werde bei der Frage der Flüchtlinge darauf zurückkommen)

Ausgangspunkt sollten die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Palästinensern und Israelis in den Monaten nach dem Scheitern von Camp David im Juli 2000 und ebenfalls der Friedensplan des arabischen Gipfels in Beirut im März 2002 sein. Die Vorschläge für einen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern haben ihren Niederschlag in zwei Dokumenten gefunden, einmal die vom amerikanischen Präsidenten Clinton

formulierten Kriterien von Dezember 2000, zum anderen die Protokolle über die Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern in Taba im Januar 2001, Protokolle, die der Vertreter der EU für den Nahen Osten, Miguel Angel Moratinos, verfasst hat. Diese Texte zeigen, dass ein realistisches, von den israelischen und palästinensischen Bevölkerungen annehmbares Abkommen möglich ist.

Wir können hier die drei schwierigsten Fragen skizzieren: die Grenzen, Jerusalem, die Flüchtlinge. Auch andere standen auf der Tagesordnung, deren Lösung weniger schwierig ist (Sicherheit, zu diesem Punkt gab es große Fortschritte von beiden Seiten - und die Verfügung über das Wasser)

Die Grenzen

Das Clinton-Dokument sah die Rückgabe von 94% bis 96% des Westjordanlands an die Palästinenser (1 bis 3% dieser Fläche sollte aus israelischen Gebieten im Tausch gegen palästinensische Gebiete bestehen). Bei den Taba-Verhandlungen war das letzte Angebot Israels: 94% +3% israelische Gebiete. Die Palästinenser ihrerseits forderten weiterhin 100% des Westjordanlands, wobei sie den Austausch von Gebieten akzeptierten, damit Israel einen Großteil seiner Siedler „zurückhalten“ könne. Die Position der Palästinenser sollte unterstützt werden: Ihre Forderung – 22% vom historischen Palästina – ist ein Minimum. Darunter zu gehen würde die politische und ökonomische Lebensfähigkeit des künftigen palästinensischen Staates in Frage stellen.

Jerusalem

Beide Seiten haben die Prinzipien von Präsident Clinton akzeptiert, wonach die jüdischen Viertel in Ostjerusalem von Israel annektiert werden dürften; die arabischen Viertel würden dabei zur Hauptstadt des palästinensischen Staates werden. Auch in dieser Frage hatten die Palästinenser die erforderlichen Kompromisse gemacht, denn das internationale Recht betrachtet die Gesamtheit von Ostjerusalem als besetztes Gebiet. In der besonders sensiblen Frage der Heiligen Stätten waren Fortschritte erzielt worden, da die Palästinenser akzeptiert hatten, dass das jüdische Viertel der Altstadt und die Klagemauer unter israelischer Oberhoheit stünden, während sie selber die Souveränität über das Gelände um die Al-Aqsa-Moschee einforderten. Auch andere Lösungen zu den Heiligen Stätten wurden auch in Betracht gezogen, wie etwa eine internationale Schirmherrschaft.

Die Flüchtlinge

Das ist die komplexeste und sensibelste Frage. Es geht um das Schicksal von fast 4 Millionen Menschen – und nicht um ein reines politisches Problem – wobei die Entscheidung über deren Zukunft die Entwicklung in Libanon, Syrien und Jordanien beeinflussen wird. Bei den Taba-Verhand-

lungen wurden wirkliche Fortschritte erzielt. Das israelische Dokument, das der Justizminister Jossi Beilin verfasst hatte, erkennt an, „dass das Problem der palästinensischen Flüchtlinge von zentraler Bedeutung in den israelisch-palästinensischen Beziehungen ist. Eine umfassende und gerechte Lösung dieser Frage wird entscheidend sein für die Schaffung eines dauerhaften und moralisch vertretbaren Friedens. Der Staat Israel erklärt feierlich sein Bedauern über die Tragödie der palästinensischen Flüchtlinge, ihr Leiden und ihre Verluste; er wird sich bei dem Bemühen, dieses vor 53 Jahren begonnene schreckliche Kapitel der Geschichte zu schließen, als aktiver Partner erweisen.“ Zum ersten Mal akzeptierte Israel, seine Mitverantwortung an der Entstehung des Flüchtlingsproblems zu gestehen: „Obwohl der im Entstehen begriffene Staat Israel die Resolution 181 der UN-Vollversammlung vom November 1947 (die die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat empfiehlt) akzeptiert hatte, wurde er in den Krieg und das Blutvergießen von 1948-1949 verwickelt. Für beide Seiten brachte es Opfer und Leiden, darunter die Vertreibung und die Enteignung der zu Flüchtlingen gewordenen palästinensischen Zivilbevölkerung.“

„Konsequenz einer gerechten Regelung des Flüchtlingsproblems, in Übereinstimmung mit der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats, muss die Umsetzung der Resolution 194 der UN-Generalversammlung sein.“ Es sei daran erinnert, dass diese von der UN-Generalversammlung am 11. Dezember 1948 verabschiedete Resolution vorschreibt, „dass denjenigen Flüchtlingen, die zu ihren Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühesten möglichen Zeitpunkt gestattet werden soll und dass für das Eigentum derjenigen, die sich entscheiden, nicht zurückzukehren, sowie für den Verlust oder die Beschädigung von Eigentum Entschädigung gezahlt werden soll.“

Die israelische Delegation in Taba hat also zwei wesentliche Prinzipien der Palästinenser akzeptiert, welche Barak beim Gipfel auf Camp David im Juli 2000 abgelehnt hatte: Das Eingeständnis der Ungerechtigkeit gegenüber den Palästinensern in den Jahren 1948-1950 und die Anerkennung der Resolution 194 als Lösungsgrundlage.

Von diesen Prinzipien ausgehend wurden konkrete Lösungen entwickelt. Den Flüchtlingen wurden 5 Möglichkeiten angeboten:

- a. Rückkehr nach Israel
- b. Rückkehr in von Israel im Austausch abgetretene Gebiete
- c. Rückkehr in den Staat Palästina
- d. Integration in die derzeitigen Gastländer (Jordanien, Syrien, u. a. m.)
- e. Umsiedlung in Drittländer (mehrere Staaten, u. a. Kanada, hatten sich bereit erklärt, größere palästinensische Flüchtlingskontingente aufzunehmen).

Die palästinensischen Vertreter haben das Recht der Flüchtlinge auf eine freie Entscheidung unterstrichen, zugleich aber wiederholt betont, dass sie den jüdischen Charakter des Staates Israel, den der Nationalrat schon 1988 bei der Unabhängigkeitserklärung des Palästinastaates anerkannt hatte, nicht in Frage stellen wollten. So gestattete es die palästinensische Seite in Taba, dass die letzte Entscheidung zur Rückkehr jeglichen Flüchtlings nach Israel in Israels Händen liegt. Israel stimmte der Rückkehr von 40 000 Flüchtlingen in einem Zeitraum von 5 Jahren zu, wobei die Palästinenser die Meinung vertreten, dass ein Angebot unter 100 000 es nicht erlauben würde, voranzukommen.

Viele Palästinenser verwerfen dieses Angebot von fünf Möglichkeiten und fordern das bedingungslose Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr nach Israel. Man kann lange über die Rechtmäßigkeit einer solchen Position und über die Interpretation der Resolution 194 diskutieren, aber offensichtlich sind weder die israelische Meinung noch die internationale Gemeinschaft zu der Unterstützung einer solchen Lösung bereit. Einige setzen auf Veränderungen in den kommenden 50 Jahren oder mehr. Man kann sich jedoch gut vorstellen, dass bis dahin nichts mehr von Palästina übrig bleibt. Die in Taba entworfene umfassende Lösung ist ein Kompromiss zwischen dem internationalen Recht und der Realität der Machtverhältnisse – vor allem der Macht der israelisch-amerikanischen Allianz. Außerhalb dieser Wirklichkeit Überlegungen anzustellen – das tun einige nationalistische arabische bzw. islamische Gruppen, die sich für die Zerstörung des Staates Israels aussprechen, selbst wenn sie damit nicht meinen, dass die Juden „nach Hause“ geschickt werden - zeugt von einer messianischen Vorstellung der Geschichte. Es sollte auch unterstrichen werden, dass das Unrecht gegenüber den Palästinensern nicht durch ein anderes Unrecht gegenüber den Israelis wieder gutgemacht werden kann.

Einige Intellektuelle schlagen die Schaffung eines einheitlichen Staates, eine Bürgerstaates oder eines Staates zweier Nationen vor. Mit solchen Vorstellungen möchten sie die eng nationalistische und identitätsstiftende Kluft überwinden. Damit werden anregende und notwendige Debatten entfacht, bei denen jeder, der an der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung teilnimmt, sich einbringen kann und soll. Solche Vorstellungen sind jedoch sicher kein politisches Aktionsprogramm. Darüber hinaus erscheint die Perspektive eines Zusammenlebens von Juden und Arabern in einem einzigen Staat kurz- und mittelfristig vollkommen illusorisch angesichts des Grabens, der sich in den letzten Monaten zwischen beiden Völkern weiter aufgetan hat.

Antisemitismus und Solidarität mit den Palästinensern

Seit dem Ausbruch der zweiten Intifada im September 2000 breitete sich die

Solidarität mit den Palästinensern weltweit, und insbesondere in Europa aus. Das Ausmaß dieser Bewegung brachte eine Reihe von verbalen Angriffen hervor, die darauf abzielten, Kritik an der israelischen Regierung und Antisemitismus ebenso gleichzusetzen wie Antizionismus und Antisemitismus. Diese erpresserische Beeinflussung ist natürlich unzulässig; sie ist beleidigend für diejenigen, die sich gegen die Politik von Ariel Scharon einsetzen, sie ist beleidigend für alle israelischen Pazifisten, die unter sehr schwierigen Bedingungen für die Anerkennung der Rechte der Palästinenser kämpfen. Diese Verquickung ist darauf gerichtet, jede Debatte zu verbieten und auf Journalisten und Medien eine unzulässige erpresserische Einflussnahme auszuüben.

Nach dieser Klarstellung muss auch die Tatsache erwähnt werden, dass bestimmte Leute sich hinter der Solidarität mit dem palästinensischen Volk verstecken, um antisemitische Parolen und Meinungen kundzutun. Diese Leute müssen wir kompromisslos anprangern. Sowohl aus prinzipiellen Gründen - die Verurteilung jeglicher Form von Rassismus ist ja einer der Grundsätze der Globalisierungsgegner - und auch weil Antisemiten die besten Verbündeten der Politik Scharons sind, der sich ihrer bedient, um die Juden der Welt und einen Teil der öffentlichen Meinung des Westens um die israelische Regierung herum „zusammenzuschweißen“.

Zwei Strömungen sind Träger dieses Antisemitismus:

- Die europäischen Rechtsextremisten. Ein Teil von ihnen ist eher antisemitisch als antiarabisch, die anderen sind eher antiarabisch als antisemitisch. Aber es gibt Tendenzen bei den Rechtsextremisten, die versuchen, ihre Thesen - insbesondere die Leugnung des Völkermords an den europäischen Juden während des Zweiten Weltkriegs - über eine vorgetäuschte Solidarität mit den Palästinensern zu verbreiten;

- Bestimmte muslimische oder arabische Strömungen. Was ursprünglich ein „Kriegs-rassismus“ war - wie er zum Beispiel Franzosen und Deutsche in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts kennzeichnete, als man dem anderen alle Fehler und alle Verbrechen zuschrieb -, hat sich gewandelt. Diese Bewegungen haben einerseits eigene judeophobe Standpunkte entwickelt - manchmal auf der Basis einer ideologisch geprägten Lektüre des Korans - und andererseits Parolen der europäischen Rechtsextremisten über die „dominante“ Rolle der Juden, den „erfundenen“ oder „übertriebenen“ Völkermord etc. übernommen.

Seit dem Ausbruch der zweiten Intifada haben sich die Anschläge auf jüdische Gotteshäuser und die Angriffe gegen Juden, die religiöse Zeichen offen zur Schau tragen, vervielfacht (aber auch, davon war weniger zu hören, gegen Moscheen und

erkennbare Muslime). Diese Anschläge haben in den verschiedenen jüdischen Gemeinden Reaktionen der Angst hervorgerufen. Diese müssen selbstverständlich nachdrücklich verurteilt werden.

So haben einige Dutzend arabischer oder arabischstämmiger Intellektueller in Frankreich, wie etwa Leïla Shahid, die Generaldelegierte Palästinas in Frankreich, diese Übergriffe verurteilt und die Anschläge auf Synagogen und Juden gehörende Geschäfte als „Verbrechen gegen die Palästinenser“ bezeichnet. „Unsere Partner und unsere wertvollsten Anhänger“ so die Unterzeichner weiter, „sind die Israelis und die Juden, die an der Seite der Palästinenser gegen die Besatzung, die Unterdrückung, die Besiedlung und für die Koexistenz zweier souveräner Staaten, eines palästinensischen und eines israelischen, aktiv sind. Viele von ihnen haben eine tragische, vom Holocaust geprägte Familiengeschichte. Wir müssen ihnen unseren Respekt bezeugen und uns ihnen anschließen auf diesem engen Grat, der darin besteht, zu wissen, wann man aus der Masse ausscheren muss, wenn es darum geht, universelle Rechte und Freiheiten zu verteidigen.“ (Le Monde, 10. April 2002).

Diese Angriffe spiegeln dennoch kein antisemitisches Klima wider, wie es im Europa der dreißiger Jahre herrschte: Keine große politische Partei ist antisemitisch; Juden haben Zugang zu allen sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Ämtern; noch nie waren sie so in der französischen Gesellschaft - und in den europäischen Gesellschaften - integriert, in der es sicherlich nur sehr beschränkt anti-jüdische Vorurteile gibt. Andererseits fügen sich diese Übergriffe jedoch in eine größere fremdenfeindliche und rassistische Entwicklung in Europa ein, die primär auf Einwanderer, Araber und Muslime abzielt. Antworten müssen daher „global“ sein und dürfen sich nicht auf eine einzelne Gemeinschaft beziehen. Der Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus geht uns alle an und ist nicht das Vorrecht einer einzelnen Gemeinschaft. Nun hat im April 2002 der Repräsentative Rat der jüdischen Einrichtungen in Frankreich (CRIF) den Vorschlag der Liga der Menschenrechte, eine gemeinsame Demonstration gegen alle rassistischen Übergriffe zu organisieren, abgelehnt und es vorgezogen, die Juden Frankreichs, und nur sie, gegen Antisemitismus und für Solidarität mit dem israelischen Volk zu mobilisieren.

Antisemitische Strömungen können sich offen oder verdeckt ausbreiten. Manchmal verwenden sie bestimmte Schlagwörter, um den Staat Israel generell schlecht zu machen oder zu dämonisieren. Nehmen wir einige Beispiele. Das Schlagwort „Staat Israel = Nazistaat“ ist dumm und gefährlich. Was den Nazistaat gegenüber anderen diktatorischen Staaten kennzeichnet, ist die Umsetzung der „Endlösung“ der „Judenfrage“, das heißt die physische, systematische und industrielle Vernichtung der europäischen Juden; nichts davon

trifft hinsichtlich der Palästinenser auf Israel zu. Es gibt genug über die Besatzungs- und Siedlungspolitik zu sagen, die die israelische Regierung betreibt. Solche kühnen und absurden Analogien diskreditieren nur diejenigen, die sich dazu hergeben. Wenn man schon vergleichen will, so erinnert die israelische Strategie in Palästina in zahlreichen Aspekten vielmehr an die Kolonialpolitik Frankreichs in Algerien.

Der Vergleich zwischen Israel und dem Apartheidregime Südafrikas führt zu weiteren Debatten. Zunächst einmal, weil die israelische Demokratie für die israelischen Juden sehr viel realer ist, als sie es für die Weißen Südafrikas war. Und zweitens und vor allem, weil Israel, im Gegensatz zu Südafrika, ohne die Menschen, die es „kolonisiert“, leben kann. Nichtsdestoweniger stimmt es, dass das in den besetzten Gebieten - zwischen den Siedlern und den Palästinensern - geltende doppelte System, wie B'tselem, die israelische Organisation zur Verteidigung der Menschenrechte, hervorhebt, einem Apartheidregime gleicht und die palästinensischen Bürger Israels wie Bürger zweiter Klasse behandelt werden.

Zionismus und das jüdische Volk

Die Zionismusfrage wird leidenschaftlich und oft grob vereinfachend diskutiert. Die Frage ist komplex und lässt sich nicht auf Verkürzungen der Sorte Zionismus = Rassismus reduzieren. Der Zionismus ist eine politische Bewegung, die Ende des 19. Jahrhunderts in Europa entstanden ist. Er ist Teil des „nationalen Erwachens“, das damals auf dem Kontinent erstarkte. Er will dem jüdischen Volk, in erster Linie den von autoritären Obrigkeiten unterdrückten Juden aus Osteuropa und Russland, einen Staat geben. Wie alle Nationalismen versammelt der Zionismus sehr unterschiedliche Strömungen, von der extremen Rechten bis zur extremen Linken, und legt eine gewisse Verachtung gegenüber anderen an den Tag. Wie die anderen Nationalismen hat er sich eine mythische Geschichte geschaffen, um seine Entscheidungen und Ansprüche zu rechtfertigen. Zwei Fragen stellten sich von der Geburt der Bewegung bis zum Jahr 1948:

- Bilden die Juden ein Volk? Wollen sie nach Palästina „zurückkehren“?
- Ist der jüdische Anspruch auf Palästina gerechtfertigt? Welche Beziehung besteht zwischen dieser Rechtfertigung und der arabischen Bevölkerung auf diesem Boden?

Zahlreiche jüdische Organisationen (insbesondere der sozialistische Bund) lehnten die Emigration nach Palästina ab, und der Zionismus blieb bis zur Gründung des Staates Israel unter den Juden sehr minoritär. Jedes Mal, wenn sie frei entscheiden konnten, zog die Mehrheit der Juden es vor, in die Vereinigten Staaten oder nach Westeuropa zu emigrieren, und nicht nach Israel - dies gilt

insbesondere für Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, bevor die Vereinigten Staaten ihre Türen wieder schließen. Aber diese Diskussion, obwohl sicherlich interessant, ist bereits weitgehend überholt. Selbst wenn man der Meinung ist, es existiere kein „jüdisches Volk“, selbst wenn man glaubt, dass die Niederlassung der Juden in Palästina Teil der Kolonialbewegung ist, existiert Israel nun einmal, und es bildet eine lebendige und dynamische Gesellschaft. Es ist ein von der internationalen Gemeinschaft und den Vereinten Nationen anerkannter Staat. Man kann der Meinung sein, dass die ganze zionistische Unternehmung weitgehend kolonialistisch geprägt und daher ungerecht - und nicht legitim - war, und die „vollendeten Tatsachen“ trotzdem anerkennen. Das beweisen andere Beispiele, in der Geschichte der Vereinigten Staaten, in Kanada oder in Australien. Die Niederlassung von Siedlern in diesen Territorien führte oft zu Vertreibungen, ja selbst zu Völkermord, aber niemand stellt das Existenzrecht dieser Staaten in Frage (man kann jedoch, wie dies in Australien und Kanada erreicht wurde, die Anerkennung des Unrechts fordern, das der autochthonen Bevölkerung angetan wurde).

Andererseits beruft sich die überwältigende Mehrheit des israelischen Volkes auf den Zionismus, wie auch immer dieser Begriff definiert sein mag. Die Grenzlinie verläuft in diesem Land zwischen jenen, die einen unabhängigen palästinensischen Staat akzeptieren, und jenen, die gegen eine solche Option sind. In beiden Lagern gibt es Zionisten. Kurz - ich glaube nicht, dass die liberale Bewegung der Globalisierungsgegner in dieser Zionismus/Antizionismus-Debatte unbedingt Position beziehen muss. Das ist eine ideologische Debatte, aber auch ein spaltender Faktor, der dem eigentlichen Ziel schadet: eine Meinungsmehrheit zugunsten der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates an der Seite des Staates Israel zu versammeln.

Widerstand, Terrorismus und bewaffneter Kampf

Die Attentate, die sich seit dem Ausbruch der zweiten Intifada vervielfacht haben, die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 haben einer äußerst wirren und verzerrten Debatte über Terrorismus und Gewalt neue Nahrung gegeben. Das bedarf einer Erklärung.

Machen wir uns, so seltsam dies auch erscheinen mag, zunächst einmal bewusst, dass weder die internationale Gemeinschaft noch das internationale Recht den Begriff „Terrorismus“ definieren konnten. Wir wissen, dass dies ein Pauschalbegriff ist, der verwendet wird, um den Gegner zu diskreditieren. Die zionistische Bewegung 1945-1948, die algerische Nationale Befreiungsfront (FLN) 1954-1962 und der Afrikanischen Nationalkongress (ANC) wurden ebenfalls von ihren Gegnern als

terroristische Organisationen bezeichnet (übrigens saß Nelson Mandela während des Apartheidregimes als Terrorist im Gefängnis).

In Palästina-Israel betrachtet die Mehrheit der Palästinenser alle bewaffneten Aktionen gegen die Besatzung - auch Angriffe gegen Zivilpersonen - als legitim, mit dem Argument, dass sie gegen eine fremde Besatzung kämpfen. Dagegen bezeichnen sie die Aktionen der israelischen Armee als terroristisch. Während die israelische Regierung alle Aktionen der Palästinenser, einschließlich jener, die ihren Soldaten gelten, als Terrorismus bezeichnet. Das internationale Recht erkennt die Legitimität und Legalität des - auch bewaffneten - Widerstandes gegen eine fremde Besatzung an - wenn es keine andere Möglichkeit mehr gibt, seinen Forderungen Ausdruck zu verleihen. Unter diesem Aspekt besteht kein Zweifel, dass die Palästinenser das Recht haben, in ihrem Kampf Gewalt anzuwenden. Davon abgesehen, bedeutet dieses „Recht“ nicht unbedingt eine „Pflicht“. Jede Befreiungsbewegung muss über die Kosten der Mittel, die sie in ihrem Kampf wählt, und über ihre Effizienz nachdenken.

Wir müssen auch unsere Lehren aus der Geschichte ziehen. Von Algerien über Angola bis nach Vietnam war der Griff zur Waffe gegen die Unterdrückung durch eine fremde Macht legitim. Aber wenn man dreißig oder vierzig Jahre später aus diesen Erfahrungen die Bilanz zieht, stellt man fest, dass die Gesellschaften diesen bewaffneten Kampf sehr teuer bezahlt haben - nicht zuletzt wegen der Politik der verbrannten Erde durch die Kolonialmächte -, selbst wenn sie, wie gesagt, damals zweifellos keine andere Wahl hatten. Denn der Befreiungskrieg hat überall die „Militarisierung der Politik“, die Unterwerfung der Politik unter das Militär nach sich gezogen. Mao sagte zwar: „Die Partei befiehlt die Gewehre“ - aber in Wirklichkeit setzt sich oft das Gegenteil durch. Als die algerische Nationale Befreiungsfront (FLN) 1954 den Aufstand gegen den französischen Kolonialismus auslöst, vernichtet sie alle „Hindernisse“ gegen eine Machtübernahme und liquidiert jegliches Dissidententum. Im Namen des bewaffneten Kampfes wird die politische Debatte auf ihre einfachste Form reduziert: „Diskutiert ein Soldat über Befehle? Zieht ein Offizier mitten in der Schlacht seine Vorgesetzten in Zweifel?“ Diese Verhaltensweisen setzten sich noch lange über den Sieg hinaus fort, und sie erklären weitgehend die Schwierigkeiten, mit denen diese Länder nach der Unabhängigkeit konfrontiert waren. Der Kommandant Marcos hat aus diesem Gesichtspunkt eine interessante Überlegung über die Risiken der Militarisierung von Widerstandsbewegungen entwickelt; dabei ging er davon aus, dass die meisten Bewegungen, die die Macht durch Gewalt erreicht haben, diese Macht anschließend durch Gewalt ausüben und weiterhin die Menschenrechte gering schätzen. Auf jeden Fall können auch die Legitimität des Widerstandes und, in bestimmten

Fällen, der Gewalt bestimmte universelle Gesetze nicht überschreiten.

Sind bewaffnete Aktionen gegen die israelischen Soldaten möglich? Sind sie die beste Form des Widerstands gegen die Besatzung? Das müssen die Palästinenser beurteilen. Bewaffneter Widerstand ist natürlich nicht prinzipiell zu verurteilen, soweit die Regeln des Kriegsrechts und der Genfer Konvention respektiert werden. Wie man auch über die Hisbollah denken mag, sie hat im Südlibanon gegen die israelischen Soldaten, die einen Teil des libanesischen Staatsgebiets besetzt hielten, legitimen bewaffneten Widerstand geleistet. Der Widerstand war moralisch einwandfrei: Wie hätte man Angriffe gegen israelische Soldaten auf libanesischen Boden verurteilen können? Außerdem war der Widerstand effektiv, wie die Entscheidung der israelischen Regierung, sich aus dem Libanon zurückzuziehen, beweist.

Davon einmal abgesehen - selbst wenn die Entscheidung für den bewaffneten Kampf gefallen ist und dieser prinzipiell legitim ist, heißt dies dennoch nicht, dass dieser Kampf gegen das „Kriegsrecht“ verstoßen darf. Die Menschenrechte sind für alle Konfliktparteien bindend, selbst wenn sie für eine gerechte Sache kämpfen. Amnesty International hat im Juli 2002 daran erinnert: „Das von den bewaffneten palästinensischen Gruppen am häufigsten vorgebrachte Argument zur Rechtfertigung der im vorliegenden Bericht genannten Tötungen ist, dass das internationale Recht hinsichtlich der Methoden, die eine Bewegung im Widerstand gegen eine Besatzungsmacht einsetzen kann, keinerlei Beschränkungen vorschreibe.“

Im Gegensatz zu diesen Behauptungen gibt es keine international anerkannte gesetzliche Norm, die Angriffe gegen Zivilpersonen autorisiert, egal ob im Kampf gegen die militärische Besatzung oder in jedem anderen Kontext.“ Amnesty International wertet diese Anschläge sogar als „Verbrechen gegen die Menschheit“ (im selben Bericht heißt es übrigens, dass die Aktionen der israelischen Armee in den besetzten Gebieten durch Rechtsverletzungen gekennzeichnet seien, die „massiv gegen die vierte Genfer Konvention verstoßen und daher Kriegsverbrechen sind. Viele diese Verstöße, die systematisch und in großer Zahl im Rahmen der Regierungspolitik verübt werden, erfüllen die Definition von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie sie im internationalen Recht dargelegt ist.“).

Im Namen der Ideale, für die wir eintreten, ist (dem von Amnesty vorgetragenen Konzept) zuzustimmen, dass es ein „fundamentales Prinzip des internationalen humanitären Rechts ist, dass die Konfliktparteien unter allen Umständen einen Unterschied machen müssen zwischen Zivilpersonen und Kämpfern sowie zwischen zivilen Objekten und militärischen Zielen.“

Ist es Aufgabe der Gegner der neoliberalen Globalisierung, die Aktionen der Palästinenser

zu „kritisieren“ und ein Volk, das unter schrecklichen Bedingungen lebt, zu „belehren“? Auf diese heikle Frage gibt es keine einfache Antwort. Erinnern wir uns, was Anfang der siebziger Jahre geschah, als der palästinensische Widerstand, eingekesselt und massiv gejagt, Flugzeugentführungen und Anschläge gegen israelische Ziele im Ausland massiv verstärkte. Während dieser Periode hat die europäische Linke, die dem Widerstand positiv gegenüberstand, dazu beigetragen, insbesondere der Fatah verständlich zu machen, dass diese „ausländischen Operationen“ der palästinensischen Sache schaden.

Anschläge gegen israelische Zivilpersonen stellen nicht nur ein moralisches Problem, sondern auch ein politisches Problem dar. Seit seiner Wahl im Februar 2001 hat Ariel Scharon diese Anschläge in seine innen- und außenpolitische Strategie integriert. Diese Strategie basiert auf mehreren Elementen: Ablehnung der Abkommen von Oslo, „die größte Katastrophe, die Israel jemals gesehen hat“; allmähliche Beseitigung der Palästinensischen Autonomiebehörde, „langfristige Zwischenlösung“, was die Fortsetzung der Besatzung in einer anderen Form bedeutet. Die Anschläge haben es Scharon erlaubt, seine Weigerung, ernsthafte Verhandlungen mit den Palästinensern zu eröffnen, gegenüber der öffentlichen Meinung in Israel und selbst einem Teil der internationalen Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

Nun ist im israelisch-palästinensischen Kontext keinerlei politische Lösung möglich, wenn die „innere Front“ Israels nicht aufgebrochen wird. Das ist schwierig, aber möglich, wie die Umfragen beweisen: Die Mehrheit der Israelis akzeptiert die Vorstellung von einem palästinensischen Staat an der Seite des Staates Israel. Gleichwohl müssen wir die Skepsis bei den Palästinensern aller Strömungen verstehen: Schließlich haben sie das, was wir jetzt von ihnen verlangen, bereits während der ersten Intifada umgesetzt, mit dem Verzicht auf bewaffnete Gewalt. Zehn Jahre nach Ende jener Intifada ist die Situation der Palästinenser schlimmer denn je.

Andererseits reicht eine schlichte „moralische“ Verurteilung der von beiden Parteien begangenen Verbrechen nicht aus, um im israelisch-palästinensischen Konflikt Stellung zu beziehen. Man kann nicht einfach beide Seiten gleichermaßen mit dem Argument abtun, dass beide humanitäres Recht verletzen. Aus zwei Gründen: Erstens weil Menschenrechtsverletzungen durch einen Staat - einen Staat, der für sich demokratische Grundsätze beansprucht - immer viel schlimmer sind als solche, die durch nichtstaatliche Gruppen begangen werden, zumal einige dieser Gruppen gegen den Willen der Palästinensischen Autonomiebehörde handeln. Und dann aus politischen Gründen: Der Kampf, den die Palästinenser führen, ist „ein gerechter Kampf“, ein legitimer Widerstand gegen eine unrechtmäßige Besatzung, während die

israelische Regierung eine Strategie der Aufrechterhaltung einer illegalen Besatzung verfolgt. Um ein Beispiel zu nennen: Während des Zweiten Weltkriegs haben die Alliierten sicherlich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen - vor allem in Dresden oder in Hiroshima. Dennoch war der Kampf gegen den Nazismus ein gerechter Krieg. Und niemand wird die Alliierten und die Achsenmächte miteinander vergleichen. Ebenso hat die FLN während des algerischen Befreiungskrieges - wie die französische Armee - Kriegsverbrechen, ja sogar Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Dennoch waren ihre Forderungen nach Unabhängigkeit absolut legitim. Und auch da lässt sich keine Symmetrie herstellen.

Ein letztes Wort zu diesem Aspekt. Das Leid auf beiden Seiten hat tiefe Gräben aufgerissen, die nur die Zeit wieder schließen kann. Zweifellos wird man, wie es der amerikanisch-palästinensische Intellektuelle Edward Said vorgeschlagen hat, eine Wahrheits- und Versöhnungskommission schaffen müssen, um so genau wie möglich die Bilanz der letzten fünfzig Jahre zu ziehen. Die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung könnte einen Beitrag dazu leisten.

Absolute Priorität muss dabei die Forderung nach internationalem Schutz der palästinensischen Bevölkerung haben, einem Schutz, den momentan nur internationale zivile Missionen sicherstellen. Europa muss sich dafür stark machen und die Abkommen über eine Zusammenarbeit zwischen Europäischer Union und Israel als Druckmittel nutzen.

Nichtsdestotrotz ist, wie gesagt, eine politische Lösung nötig, um dieser tödlichen Spirale der Gewalt zu entkommen. Darauf haben seit Ende Juli 2001 führende Persönlichkeiten auf beiden Seiten - darunter mehrere palästinensische Minister (wie Yasser Abed Rabbo, Nabil Amr, Hisham Abdoul Razzek) und Intellektuelle (wie Hanan Ashrawi, Sari Nuseibeh, Salim Tamari) sowie Yossi Beilin, Justizminister unter Barak, und zahlreiche Schriftsteller (darunter Amos Oz, A. B. Yehoshua, David Grossman) - mutig und stark hingewiesen.

Die gemeinsame Erklärung lautet wie folgt: *„Wir, die unterzeichneten Israelis und Palästinenser, haben uns heute unter für unsere beiden Völker schwierigsten Umständen getroffen, um ein Ende des Blutvergießens, ein Ende der Besatzung, eine sofortige Rückkehr zu Verhandlungen und die Verwirklichung des Friedens für unsere Völker zu fordern. (...) Trotz allem glauben wir immer noch an die Menschlichkeit der anderen Seite und daran, dass wir einen Partner für den Frieden haben und eine Verhandlungslösung für den Konflikt zwischen unseren Völkern möglich ist. (...) Der Weg vorwärts liegt in der Akzeptanz der internationalen Legitimität, in der Umsetzung der Resolutionen 242 und 338*

des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und in einer Zwei-Staaten-Lösung, die auf den Grenzen von 1967 basiert, so dass Israel und Palästina Seite an Seite leben können, mit ihren jeweiligen Hauptstädten in Jerusalem. Lösungen lassen sich für alle offenen Fragen finden. Sie sollten fair, gerecht und nachhaltig sein, die Souveränität des palästinensischen und des israelischen Staates, so

wie sie von ihren jeweiligen Bürgern definiert wird, nicht antasten und der Sehnsucht beider Völker, des jüdischen und des palästinensischen Volkes, nach einem eigenen Staat Rechnung tragen.“

Übersetzung: coorditrad@attac.org

II. DIE POSITIONEN VON ATTAC

Grundlage der Position von ATTAC zum Palästina-Problem sind die in unserem Gründungspapier festgesetzten Ziele, das Internationale Recht und, seit dem 11. September, die Ablehnung der von der Bush-Regierung betriebenen Kriegslogik.

Der Kampf gegen die neoliberale Globalisierung und der Wille, „die Zukunft unserer Welt wieder gemeinsam in die Hand zu nehmen“, sind mit dem Kampf um die Rechte der Völker und für den Frieden untrennbar verbunden. Die ständige Negierung der Rechte des palästinensischen Volkes durch Israel facht nicht nur den Konflikt im Nahen Osten immer wieder an, sondern gefährdet den Frieden weltweit. Den Folgen kann kein Land aus dem Weg gehen, und Frankreich ist von ihnen besonders betroffen.

Erheblich verschärft hat sich die Situation nach dem 11. September, da sich die Vereinigten Staaten ab diesem Zeitpunkt in den bewaffneten Flügel einer neoliberalen Globalisierung verwandelt haben, der nur im Dienste ihrer eigenen strategischen, wirtschaftlichen und finanziellen Interessen agiert. Die Logik des Krieges, die von der Bush-Regierung betrieben wird, hat in Wirklichkeit nichts mit dem Kampf gegen den Terrorismus zu tun, der im Übrigen weltweit verurteilt wird. In Wirklichkeit nämlich geht es um die Konsolidierung der amerikanischen Hegemonie, die von führenden Kreisen in Washington als „imperial“ bezeichnet wird und über die "Achse des Bösen" und die „Schurkenstaaten“ hinaus auch auf die „Freunde“ ausgedehnt werden soll. Vor allem die Globalisierungsgegner unter den „Freunden“ sind im Visier, ihnen gelten Maßnahmen, die Freiheitsrechte in verschiedenen Ländern beschneiden.

Indem die derzeitige israelische Regierung ihre Politik als Teil des „Kampfes gegen den Terrorismus“ darstellt - wobei sie selbst bestimmt, wer ihr Feind ist - hat sie einen weiteren Vorwand gefunden, verstärkt dem palästinensischen Volk seine Rechte zu verweigern. Der Kampf gegen den Terrorismus soll auch eine Politik der Flucht nach vorne in eine Repression rechtfertigen, die die Spirale der Gewalt immer weiter vorantreibt.

In diesem Zusammenhang bekräftigt ATTAC nochmals, dass seine Haltung in der Palästina-Frage auf folgenden Grundsätzen beruht:

- Einhaltung sämtlicher Palästina-Resolutionen, die bislang vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet wurden,
- Recht für Israelis und Palästinenser, in Staaten zu leben, die lebensfähig sind und deren Grenzen international garantiert werden;
- Solidarität in Frankreich mit den Bewegungen, die für die Rechte des palästinensischen Volkes kämpfen, sowie Teilnahme an gemeinsamen Initiativen, um diese Rechte zu verteidigen.
- Solidarität mit den israelischen und palästinensischen Friedensbewegungen;
- aktive Unterstützung internationaler ziviler Missionen in Palästina, an denen Mitglieder der Bewegung weiter teilnehmen.

KOPIE DES BRIEFES AN ARIEL SCHARON, MINISTERPRÄSIDENT DES ISRAELISCHEN STAATES

Paris, den 28. November 2002

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

das Recht auf Verteidigung ist ein wesentlicher Bestandteil der Menschenrechte. Aus diesem Grunde verurteilt ATTAC aufs Schärfste den vor einem Tel Aviver Gericht eingeleiteten Prozess gegen den palästinensischen Abgeordneten Marwan Barghouti, der in Ramallah, das unter palästinensischer Hoheit steht, von israelischen Streitkräften entführt wurde.

Dieser Prozess stellt einen schweren Verstoß gegen die 1949 verabschiedete 4. Genfer Konvention und gegen die nach wie vor gültigen bilateralen Abkommen aus dem Jahre 1995 dar. Nach einer von den Vereinten Nationen immer wieder bekräftigten Doktrin kommt eine Fortsetzung dieses Prozesses dem Einverständnis der israelischen Behörden mit der fortgesetzten Begehung von Kriegsverbrechen gleich.

Hochachtungsvoll

Bernard Cassen, Präsident von ATTAC

ATTAC-Charta, 30.11.2002 (Auszüge)

Anm. der SiG-Redaktion: Die Charta ist aus der Notwendigkeit entstanden, das Verhältnis zwischen den Ortsverbänden und der „Zentrale“ näher zu definieren.

Neben der jährlichen Hauptversammlung aller Attac-Mitglieder und dem 30-köpfigen Verwaltungsrat ist eine neue Struktur geschaffen worden: Die Vertretung aller Ortsverbände.

Über die Aufgaben der Ortsverbände und die Befugnisse der Nationalkonferenz der Ortsverbände geben diese Auszüge einen Einblick. Sicher bleiben manche Fragen unbeantwortet.

Wir werden die gesamte Charta, zusammen mit der Grundsatzerklärung und der Satzung der ATTAC-Vereinigung – welche noch zu übersetzen ist - zu einem späteren Zeitpunkt ins Netz stellen.

Charta von Attac Frankreich

Präambel

„Attac“, „Vereinigung Attac“ bezeichnet im folgenden Text die Vereinigung mit dem Sitz der Zentrale: 75013 Paris 6, rue Pinel.

Unter „Ortsverband“ (OV) verstehen wir jeden Verband, der vorliegende Charta der Vereinigung Attac unterzeichnet hat.

Unter „Attac-Bewegung Frankreich“ verstehen wir alle von Attac anerkannten Aktivist:innen, die an der Verfolgung des in der Gründungsplattform definierten Orientierungsrahmens mitarbeiten. Diese Zielsetzungen werden bei der Jahreshauptversammlung beschlossen.

Gegenwärtig umfasst die Attac-Bewegung Frankreich die Vereinigung Attac mit ihren satzungsmäßigen Organen (Verwaltungsrat, geschäftsführender Ausschuss, Wissenschaftsrat), die natürlichen und juristischen Gründungsmitglieder, die Mitglieder (natürliche u. juristische Personen), die nationale Arbeitsgruppen, die internationale Gruppe, die Ortsverbände, die Ortsgruppen, die Hochschulgruppen, das Netzwerk der Städte sowie anderer Gruppierungen sowie von Koordinationsstellen von Abgeordneten, die Attac-Mitglieder sind.

Darüber hinaus ist „Attac Frankreich“ Mitglied der internationalen Attac-Bewegung, in der alle anderen Attac-Verbände, sowie diverse andere Organisationen vertreten sind, die in anderen Ländern der Erde gegründet wurden und welche die gleichen Ziele verfolgen.

Durch die vorliegende Charta nimmt Attac die Existenz und die Rolle der Ortsverbände die am Leben der Attac-Bewegung großen Anteil haben, offiziell zur Kenntnis. Es handelt sich dabei um ein auf Gegenseitigkeit beruhendes Vertragsverhältnis, bei dem jede Seite ihre Autonomie wahrt, sich aber mit ein und derselben Attac-Bewegung identifiziert. Daraus folgt, dass jeder Ortsverband, der sich zur Attac-Bewegung bekennt und den Status eines „Ortsverbands von Attac“ anstrebt, die vorliegende Charta unbedingt unterzeichnen muss.

Die vorliegende Charta definiert Rechte und Pflichten beider Seiten. Sie enthält Vorschläge zu den Arbeitsmethoden der OV sowie eine flexible Definition seiner Interventionsmöglichkeiten. Sie definiert in Grundzügen die Rolle der OV innerhalb der Attac-Bewegung.

Es wird daran erinnert, dass die innere Logik für das Funktionieren der Bewegung Attac auf einer repräsentativen, partizipativen Demokratie und auf der Suche nach einvernehmlichen Beschlüssen auf der Basis aller vorgelegten und geklärten Standpunkte beruht.

Im Interesse von Demokratie, Gleichheit und Freiheit für alle, sind wir gehalten, darauf zu achten, dass Frauen und Männer gleichermaßen an den Entscheidungen mitwirken und Verantwortung auf nationaler und lokaler Ebene (OV) tragen. Die repräsentative Parität muss gesucht und soweit wie möglich innerhalb der Entscheidungsgremien angestrebt werden.

Der vorliegende Text definiert die politische Rolle, welche die OV aufgrund ihrer Vertretung in der Nationalkonferenz der Ortsverbände (NKO) spielen. Die OV verpflichten sich durch ihre Unterschrift unter die vorliegende Charta, als solche der Attac-Vereinigung nicht beizutreten.

(...)

Artikel 1: Definition eines OV und seiner Rolle innerhalb der Attac-Bewegung

(...)

1.4 Zuständigkeiten und Aufgaben

Aufgabe des OV ist es,

-zwischenmenschliche, materielle und finanzielle Ressourcen zusammenzubringen, um allen Attac-Mitgliedern Gehör zu verschaffen und ihre Initiativen zum Tragen zu bringen. Der OV soll daneben auch die Effizienz und Tragweite lokaler Aktionen verbessern.

In seinem geografischen Wirkungsbereich hat der OV in politischer Hinsicht eine doppelte Aufgabe:

- Aktionen, die den Zielen der Attac- Vereinigung dienen, zu unterstützen und zu koordinieren,
- die Pluralität und die freie Meinungsäußerung zu garantieren und die Gründungsplattform von Attac zu berücksichtigen.

Die OV sorgen dafür, dass die Ziele von Attac allgemein bekannt werden, sie definieren ihre eigenen Prioritäten und Arbeitsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Grundsätze einer Bewegung zur Volksbildung mit Aktionscharakter.

„Von lokal zu global“ – jeder OV ist gehalten, Verbindungen zu anderen Gliederungen der Attac-Bewegung und Partnern, sowohl aus seiner Nachbarschaft als auch in Frankreich oder im Ausland aufzunehmen. Diese Verbindungen bereichern und stärken die Bewegung Attac. Daraus können zusätzliche Mobilisierungen und Aktionen erwachsen.

(...)

Art. 2: Politische Beziehungen zwischen den OV und der Vereinigung „Attac“

2.1 Die Nationale Konferenz der Ortsverbände (NKOv) ist das repräsentative Organ der OV von Attac.

2.2 Die erste Aufgabe der NKOv ist es, die Beschlüsse der Hauptversammlung der Mitglieder umzusetzen. Sie kann dem Verwaltungsrat Vorschläge für die Tagesordnung unterbreiten.

2.3 Im Rahmen der NKOv werden Erfahrungen ausgetauscht und finden Diskussionen zwischen den OV, dem geschäftsführenden Ausschuss und dem Verwaltungsrat von Attac statt.

2.4 Außer der Festlegung von Aktionen können auch neue Zielsetzungen für die nationale Ebene konzipiert, diskutiert und - auch durch Abstimmung - beschlossen werden. Damit diese Zielsetzungen, die zuerst nur für die OV verbindlich sind, deren entsandte Vertreter sich für das betreffende Projekt ausgesprochen haben, zu einer Zielsetzung der Vereinigung Attac wird, bedarf es der Zustimmung des Verwaltungsrats von Attac. Der Verwaltungsrat ist verpflichtet, zu jeder dieser Zielsetzungen Stellung zu nehmen.

2.5 Die ordentliche NKOv findet mindestens dreimal jährlich statt. Auf Antrag des Verwaltungsrats oder eines Drittels der OV kann eine außerordentliche NKOv einberufen werden.

2.6 Jeder OV entsendet einen bevollmächtigten Vertreter, dessen Reisekosten von Attac-national übernommen werden. Jeder OV kann einen zusätzlichen Delegierten entsenden, dieser hat jedoch kein Stimmrecht.

2.7 Die Tagesordnung der NKOv wird gemeinsam vom OV und dem Verwaltungsrat oder dem beauftragten geschäftsführenden Ausschuss erstellt. Eine vorläufige Tagesordnung wird den OV mindestens einen Monat vor der NKOv übermittelt und wird zu Beginn der Sitzung den Delegierten zur Annahme vorgelegt.(...)

Übersetzung: Hartmut Brühl, coorditrad@attac.org, ehrenamtliche Übersetzer

Abschlussrede von Jacques Nikonoff, neuer Präsident von ATTAC France, 1.12.2002

Liebe Freunde, liebe Freundinnen, Genossen und Genossinnen

Der Moment ist gekommen, unsere Hauptversammlung abzuschließen.

Meine ersten Worte gelten der Mannschaft, die ATTAC während dieser letzten drei Jahre betreut hat.

Und Bernard Cassen.

Dies ist nicht unser Abschiedsgruß an ihn, da Bernard uns nicht verlässt. Er arbeitet glücklicherweise weiterhin im Führungsgremium von ATTAC mit, denn wir brauchen ihn. Vielmehr möchte ich hier seine Arbeit nochmals würdigen.

Ich weiß, Bernard ist zu bescheiden, als dass ihm solche Würdigungen nicht lästig wären. Aber trotzdem.

Dem, was Francine vorhin gesagt hat, habe ich nichts hinzuzufügen, ausser: Danke!

Ich bitte daher um erneuten Applaus für Bernard.

Auch Pierre Tartakowski möchte ich würdigen, denn er hat die schwierige Rolle des Generalsekretärs innegehabt.

Und schließlich gilt unser Dank den Mitgliedern des Verwaltungsrats und des Büros, denn dank ihnen ist ATTAC zu einem wichtigen Akteur geworden, sowohl in Frankreich als auch international.

Liebe Freunde, liebe Freundinnen, Genossen und Genossinnen,

vor uns liegt ein Jahr der Entscheidungen.

Im Jahr 2003 werden sowohl bei unseren Gegnern als auch bei uns Ereignisse von erheblicher Tragweite stattfinden.

Selbstverständlich wollen wir die Pläne unserer Gegner vereiteln und den Erfolg unserer eigenen Aktionen sichern.

Diese Ereignisse werden auf globaler, europäischer und nationaler Ebene stattfinden.

International:

Das irakische Volk ist vom Krieg bedroht. Ich möchte auf dieses Problem näher eingehen.

Wir sind gegen diesen Krieg.

Wir wissen alle: Gegen Bush zu sein, bedeutet nicht, für Saddam Hussein zu sein. Wir verurteilen diesen Diktator aufs Schärfste.

Wir sind gegen diesen Krieg, weil die zu seiner Rechtfertigung vorgebrachten Gründe fadenscheinig sind. Eine Verbindung zwischen al-Qaida und dem Irak konnte nicht bewiesen werden. Wie sogar von Jacques Chirac zugegeben wird, ist auch nicht bewiesen, dass der Irak ein Arsenal von Massenvernichtungswaffen aufgebaut hat. Es ist Aufgabe der UN-Inspektoren, diese Beweise zu erbringen.

Wir sind gegen diesen Krieg, weil das wahre Ziel der amerikanischen Regierung der ungehinderte Zugriff auf die zweitgrößten Erdölreserven des Mittleren Ostens und die Errichtung einer neuen Weltordnung imperialen Typs ist.

Wir sind gegen diesen Krieg, weil die amerikanische Regierung sich nunmehr ermächtigt glaubt, internationale Abkommen missachten zu können. Die Zukunft der Vereinten Nationen und der internationalen Rechtsordnung steht auf dem Spiel und damit die Fähigkeit der UN, sich gegen hegemoniale Bestrebungen durchzusetzen.

Und schließlich sind wir gegen diesen Krieg, weil er das Risiko einer Radikalisierung fundamentalistischer Bewegungen und der Zunahme spontaner Terrorakte erheblich erhöht, die von Verzweiflung und Hass genährt werden. Statt den internationalen Terror in Schach zu halten, würde ein solcher Krieg ihm im Gegenteil vor allem deswegen neuen Auftrieb verschaffen, weil er als ein Krieg zwischen der westlichen Zivilisation und der gesamten islamischen Welt angesehen würde.

Was wollen wir?

Wir wollen, dass der Terrorismus konsequent bekämpft wird.

Wir wollen den Primat der Politik. Politische Lösungen sind im Rahmen des internationalen Rechts und der Charta der Vereinten Nationen auszuhandeln, um die Rolle und die Verantwortung der UN zu stärken.

Wir wollen, dass der Irak die UN-Resolutionen respektiert.

Aber wir wollen auch, dass die amerikanische Regierung ihr selektives und heuchlerisches Weltbild aufgibt und nicht mehr selbstherrlich und nur aufgrund ihrer eigenen Interessen bestimmt, welche Länder Sanktionen zu erwarten haben, wenn sie UN-Resolutionen missachten.

Wir wollen also, dass sämtliche UN-Resolutionen überall auf der Welt und in allen Ländern, egal ob sie Erdöl besitzen oder nicht, durchgesetzt werden. Eine besondere Dringlichkeit kommt hierbei der Lösung des Palästina-Problems zu: Auch Israel muss die UN-Resolutionen einhalten.

Wir wollen also ein globales Konzept, auf dessen Grundlage die UN-Resolutionen zur Anwendung kommen, die seit Jahren toter Buchstabe sind.

Die internationale Mobilisierung war keineswegs umsonst. Die amerikanische Regierung hat nachgegeben und konnte die Vereinten Nationen nicht - wie anfänglich beabsichtigt - umgehen.

Es wird für die amerikanische Regierung immer schwieriger, einen Krieg zu rechtfertigen, nachdem Bagdad die Rückkehr der UN-Inspektoren akzeptiert hat und diese ihrer Arbeit nach eigenen Worten ungehindert nachgehen können.

Frankreich hat hierbei eine positive Rolle gespielt und ist gemeinsam mit Deutschland zum

Angelpunkt des Protests geworden. Wir hoffen, dass dies so bleibt und Frankreich von seinem Vetorecht im Sicherheitsrat Gebrauch macht, wenn die Umstände dies erfordern.

Aus all diesen Gründen hat ATTAC seit Beginn an den Protestaktionen gegen den Krieg und für den Frieden teilgenommen.

Wir haben den Aufruf der Friedensbewegung unterzeichnet und waren bei den Demonstrationen am 12. Oktober dabei.

Am 14. Dezember werden wir erneut auf die Straße gehen.

ATTAC-Aktivistinnen können auf einen Aufruf, ein Flugblatt, ein Plakat und ein Kommuniqué zurückgreifen. Es bleiben uns für die Mobilisierung zwei Wochen. Die Demonstrationen in Florenz haben gezeigt, wie sehr junge Menschen sich von all diesen Fragen betroffen fühlen. Wir müssen auf sie zugehen und unsere Flugblätter in Oberstufen von Schulen und in Universitäten verteilen.

An die Pariser Bevölkerung: am 14. Dezember, um 15 Uhr, Treffpunkt Place de la République!

Die internationale Situation macht nicht nur eine Mobilisierung gegen den drohenden Krieg erforderlich; andere Themen sind aktuell, zu denen Aktionen und Aufklärungskampagnen organisiert werden müssen, die schon in den verschiedenen Workshops, auf die ich nicht mehr zurückkomme, an diesem Wochenende besprochen wurden:

- Vom 1. bis 3. Juni findet in Evian wieder der G8-Gipfel statt.
- Die WTO-Ministerkonferenz wird in Cancun, Mexiko, abgehalten. Notiert Euch folgendes Datum: den 9. und 10. August und folgenden Ort: das Plateau du Larzac. Dort organisieren wir eine Grossveranstaltung, um angemessen auf die Pläne der WTO zu reagieren und an der auch verschiedene Künstler teilnehmen.
- das 3. Weltsozialforum, das vom 23. bis 28. Januar in Porto Alegre stattfindet, wird uns Gelegenheit bieten, eine Bestandsaufnahme über die weltweite Entwicklung von ATTAC - zur Zeit in 50 Ländern präsent - vorzunehmen.
- die Streichung der Schulden der Dritten Welt und der Kampf gegen die Straffreiheit der Verursacher dieser Verschuldung.
- die Steuer-, Justiz- und Finanzlocher, die Geldwäsche; der Einsatz für ein neues Weltfinanzsystem, einschließlich der Einführung der Tobin-Steuer

Auch in Europa ist der Terminkalender voll, Pierre Khalfa hat vorhin darüber gesprochen. Zum Beweis:

Vom 31. März an wird die Europäische Kommission, wie schon von Susan erwähnt, in Verbindung mit dem Dienstleistungsabkommen GATS eine Reihe von Verhandlungen führen.

Ende März wird uns auch der Text der Konvention über die Zukunft Europas vorliegen. Darüber soll bis zum Juni diskutiert werden. Nach den ersten Arbeiten zu urteilen, wird uns ein neues Europa vorgeschlagen, in dem es weder um sozialen oder ökonomischen Fortschritt geht, noch um Demo-kratie noch um Frieden und Zusammenarbeit mit anderen Ländern.

Auch über die bevorstehende Osterweiterung der EU und deren Konsequenzen müssen wir sprechen: insbesondere über den Untergang des polnischen Kleinbauerntums und die notwendige Reform der gemeinsamen Agrarpolitik schon ab 2003.

Ganz allgemein müssen wir die Aufklärungsarbeit über eine alternative europäische Geld- und Haushaltspolitik fortsetzen. Hat nicht Romano Prodi selbst den Stabilitätspakt als „dumm“ bezeichnet? Diese Erklärung muss uns dazu veranlassen, mutig Stellung zu einem heiklen Thema zu beziehen, was viel pädagogisches Geschick erfordert.

Und schließlich wird es natürlich das 2. Europäische Sozialforum geben, das im November in Saint-Denis, in Ivry und vielleicht auch Paris stattfinden wird.

Wir müssen also – zusammen mit anderen Bewegungen - in Frankreich zwei Großveranstaltungen organisieren, eine im Juni und eine andere im November.

Termine also auf globaler, europäischer, aber auch nationaler Ebene.

In Frankreich wird die Politik des Jahres 2003 vom gemeinsamen Kongress der Parteien der ehemaligen linken Regierungskoalition bestimmt sein. Im Vorfeld des Kongresses werden viele regionale ATTAC-Ortsverbände von diesen Parteien um Teilnahme an Diskussionen, Symposien und allen möglichen anderen Veranstaltungen gebeten. Gleiches geschieht auf landesweiter Ebene.

Wie müssen wir vorgehen?

Wir müssen die Position vertreten, die wir schon vor mehreren Monaten festgelegt haben: Ein klares Nein zur Mitwirkung von ATTAC an Koalitionsneuaufgaben, Zusammenschlüssen oder Ähnlichem. Jedoch ein Ja zu Diskussion und Ideenaustausch. Aber nur unter bestimmten Bedingungen: wir dürfen uns nicht instrumentalisieren lassen.

Über die Form der Diskussionen hinaus geht es um Inhalte. Worüber sollen wir mit linken und rechten Parteien sprechen?

Es wird um konfliktträchtige Themen gehen.

Die Linke werden wir daran erinnern, dass Lionel Jospin der grösste Privatisierer der fünften Republik gewesen ist, der mehr privatisiert hat als Chirac, Balladur und Juppé zusammen.

Wir werden darauf hinweisen, dass Claude Gaysot

als Minister die Privatisierung von Air France begonnen, diejenige von France Télécom befürwortet, diejenige von Autoroutes de France durchgeführt und diejenige der SNECMA verteidigt hat.

Warum Gegensätze aufrühren, statt Gemeinsamkeiten suchen?

Einfach deswegen, weil es nie eine Alternative zur neoliberalen Globalisierung geben wird, solange politische Parteien, die an der Regierung gewesen sind, ihre Fehler nicht analysieren. Ein neues Programm, ein neues Projekt kann nicht glaubhaft sein, wenn es nicht auf einer eingehenden und kritischen Analyse der Politik aufbaut, die während der letzten 20 Jahre geführt worden ist, besonders seit der rigorosen Wende von 1982/83, als Jacques Delors Finanzminister geworden war.

Bis heute hat diese Analyse nicht stattgefunden. Nicht nur hat sie nicht stattgefunden, sondern wir stellen auch fest, dass der politische Wille dazu fehlt.

Man kann uns also gerne einladen, aber jedermann soll sich darüber im Klaren sein, dass wir keinen halbherzigen Konsens suchen. Wir werden den Widerspruch pflegen, aber auf unsere Art und Weise. Wir respektieren unsere politischen Gegner: Wir tauschen Ideen und Argumente aus, keine Beleidigungen oder Unterstellungen.

Und die jetzige Regierung, wird man uns fragen?

Wir werden antworten: wir wissen nicht so recht, wer Regierungschef ist: Ist es Jean Pierre Raffarin, von dem man sagt, er sei Premierminister, oder ist es [Innenminister] Sarkozy?

Glaubt man der englischen Presse, ist der eigentliche Boss Nicolas Sarkozy, genannt Speedy. Denn Nicolas Sarkozy ist allgegenwärtig. Er ist überall dort anzutreffen, wo ihm ein Mikrofon hingehalten wird, oder wo eine Kamera steht. Das ständige Auftauchen „vor Ort“ ist nur ein Vorwand. Es geht Nicolas Sarkozy überhaupt nicht um den Kampf gegen die Unsicherheit, und schon gar nicht darum, deren Ursachen zu beseitigen, nämlich die soziale Unsicherheit, und die Voraussetzungen für die von allen gewünschte öffentliche Sicherheit zu schaffen. Die Gründe hierfür sind offensichtlich und von unglaublichem Zynismus: Mit dem Thema der Unsicherheit sind Wählerstimmen leicht zu gewinnen. Sarkozy redet einfach oft darüber, und deshalb ist er überall, das heißt: nirgends.

Was Jean Pierre Raffarin angeht, ist er trotz seiner jovialen Art ein Premierminister, der uns beunruhigt. Denn er will Frankreich und die Franzosen in den Ruin treiben,

- indem er das Rentensystem zerschlägt;
- indem er versucht, das Gesundheitswesen zu zerstören. Hat der Minister Mattéi nicht etwa dazu aufgerufen, das System des „alles umsonst“ aufzugeben? ;
- indem er die Arbeitslosigkeit fördert;
- indem er die Armen, die zu einer gefährlichen Klasse erklärt werden, in ihrer Armut belässt.

Sozialarbeiterverbände protestieren dagegen, dass der Kampf gegen die soziale Ausgrenzung nicht mehr auf der Tagesordnung steht: Budgets werden gekürzt, Zuschüsse zu spät ausgezahlt, und es fehlen 20 000 Notunterkünfte.

- indem auf Vorschlag [des Erziehungsministers] Ferry bei den Sozialfonds des staatlichen Schulwesens Kürzungen vorgenommen und die Beschäftigungsprogramme für junge Arbeitnehmer gestrichen werden;

- indem die prekäre Lage der Ausländer ohne Aufenthaltserlaubnis in der Schwebe gehalten wird;

- indem privatisiert wird;

- und diejenigen bestraft werden, die dagegen protestieren.

Ende Februar wird die Regierung ihre Vorschläge zur Rentenreform veröffentlichten, über die Ende Juni entschieden werden soll. Wir kennen schon deren Leitlinien: Verlängerung der Beitragsdauer, Rentenkürzung, Sonderregelungen, die nach unten korrigiert werden, Einführung von noch näher zu definierenden Pensionsfonds.

Für den Fall, dass ihnen ihr Terminkalender nicht eine ernsthafte Beschäftigung mit dem Thema erlaubt, möchte ich den Herren Fillon, Mer und Raffarin folgendes ins Gedächtnis rufen:

- die amerikanischen Pensionsfonds haben hunderttausende Arbeiter und Rentner ruiniert, und letztere nehmen, soweit möglich, wieder eine Arbeit auf.

- die niederländischen Pensionsfonds können die Rentner nicht mehr gegen die Inflation schützen und die Renten nicht mehr anpassen; die Beiträge zu den Fonds werden angehoben und ein Drittel der Rentner befindet sich in einer kritischen Lage;

- in Grossbritannien werden Leistungen gestrichen und die Pensionsfonds haben von der Regierung eine Anhebung des Rentenalters auf 70 Jahre gefordert.

Die Pensionsfonds sind die moderne Version der russischen Anleihen*.

Ich möchte hier auch eine Information weitergeben, die manche vielleicht nicht erhalten haben, die aber wichtig sein könnte:

Am 8. Oktober hat das Landgericht von Creteil den Crédit Lyonnais dazu verurteilt, einem Arbeitslosehepaar 487265 Euro auszuzahlen, um es für Verluste aus Aktienverkäufen zu entschädigen, die es auf Anraten seiner Bankfiliale getätigt hatte.

Dies ist eine sehr gute Nachricht für alle Betrugsoffer, die dazu überredet worden waren, insbesondere bei der Privatisierung ihrer Unternehmen, Aktien zu kaufen.

Denn Betrug, Täuschung, Warenbetrug gab es seitens der Regierung, der Unternehmensführungen, Finanz- und Bankorganisationen, Journalisten, Finanzberichterstatter; sie alle haben unmittelbar zum Ruin oder der Verarmung hunderttausender Angestellter beigetragen. Dieses Urteil könnte zu einem Präzedenzfall werden.

Ein weiteres Betätigungsfeld für die regionalen ATTAC-Ortsverbände!

Also: verspielen wir unsere Renten nicht an der Börse!

Nicht nur Zynismus, Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit werden Frankreich und die Franzosen in den Ruin treiben. Auch die Arbeitslosigkeit wird dazu beitragen, sollte ihre Bekämpfung nicht zur Priorität gemacht werden.

Nach der von der Zeitschrift „Marianne“ erstellten Statistik gab es im Oktober dieses Jahres:

- 2 323 700 Vollzeitarbeitslose
- 1 255 500 Teilzeitarbeitslose
- 455 275 Arbeitslose im Vorruhestand
- 107 588 Arbeitslose in Fortbildung.

Das macht insgesamt 4 142 063 Arbeitslose.

Diese an sich schon skandalöse Zahl muss noch um hunderttausende Personen erhöht werden: junge Menschen, die noch nie gearbeitet haben und die nirgends erfasst sind, Arbeitslose, die unter diversen Vorwänden aus den Dateien des Arbeitsamts gelöscht werden, Sozialhilfeempfänger, die nicht beim Arbeitsamt gemeldet sind.

Lassen wir uns nicht durch die monatlich vom Arbeitsministerium veröffentlichten Arbeitslosenstatistik täuschen, eine staatlich organisierte Lüge, der zufolge es nur 2,2 Millionen Arbeitslose geben soll.

In Wirklichkeit sind es über 5 Millionen.

Vermutlich um diese Realität zu verschleiern, ist auf dem deutschen Fernsehsender Neun Live ein neues Spiel aufs Programm gesetzt worden: zwei Arbeitslose bewerben sich um dieselbe Stelle, und die Zuschauer entscheiden, wer der mehr geeignete Kandidat ist.

Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und Armut können erst dann beseitigt werden, wenn sie als Menschenrechtsverletzung anerkannt und deshalb abgeschafft werden.

Diese Rechte sind unantastbar. Ihre Verletzung ist ein Angriff gegen die Menschenwürde überhaupt, und nicht eine unliebsame Begleiterscheinung, der durch Mitleid und Wohltätigkeit abgeholfen werden könnte. Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und Armut sind nicht die unvermeidliche – wenngleich traurige – Konsequenz der Ökonomie.

Arbeitslose, Arme - diese zutiefst verletzte Menschen müssen ein Recht auf Wiedergutmachung haben, für deren Verwirklichung wir alle zuständig ist. Dies liegt in unser aller Interesse.

Es muss durch das Recht Zwang ausgeübt werden.

Nur so konnten Sklaverei, Kolonialismus und Apartheid abgeschafft werden.

All diese Fragen müssen in unserer Prioritätenliste ganz oben stehen.

Die versuchte Zerstörung des Renten- und Gesundheitssystems, die Privatisierungen sowie die Organisation der Arbeitslosigkeit gehen mit der „Kriminalisierung“ der sozialen Bewegungen einher. Das heißt im Klartext: gewerkschaftliche Arbeit wird zum Delikt.

Am 31. Januar findet in Grenoble der Prozess gegen die "Zehn von Valence" statt, darunter mehrere ATTAC-Mitglieder.

Was wird ihnen vorgeworfen? Es wird ihnen vorgeworfen, dass im August 2001 zweihundert Personen transgenen Mais im Département Drôme abgemäht haben.

Warum diese Aktion? Sie ist ein Protest dagegen, dass eine öffentliche Debatte über die GVO (=gentechnisch veränderte Organismen) nicht stattfindet und ein Protest gegen die von den Agrarchemiekonzernen betriebene Politik der vollendeten Tatsachen.

Der Name „Die Zehn von Valence“ ist aber nicht gut gewählt. In Wirklichkeit handelt es sich um die „Geiseln von Valence“, denn unter 200 Aktivisten sind 10 willkürlich ausgewählt worden, um an ihnen ein Exempel zu statuieren.

Die gegen diese Aktivisten verhängten Urteile sind äußerst hart: drei bis sechs Monate Gefängnis mit oder ohne Bewährung, Strafen von 1500 bis 3000 Euro, zu zahlende Entschädigungen in Höhe von fast 80000 Euro.

Das lassen wir nicht zu.

Wir lassen uns nicht einschüchtern.

Wir werden unsere Aktivisten verteidigen.

Wir werden diesen Prozess umkehren, damit er zu demjenigen der Agrochemiekonzerne wird, die ein Monopol auf unsere Ernährung wollen.

Mein Vorschlag: wir entsenden eine Delegation des ATTAC-Verwaltungsrats, in Verbindung mit der Confédération paysanne* so schnell wie möglich vor Ort, um schon in der nächsten Woche die Mitglieder ATTAC-Ortsverbände in den Départements Isère, Drôme und Ardèche zu treffen. Dann bereiten wir den Gegenschlag vor.

Der Verwaltungsrat, der am 14. Dezember tagt, wird die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Inzwischen hat der Sänger Renaud angekündigt, dass er am 14. Dezember in Grenoble ein Solidaritätskonzert mit den „Zehn“ geben wird.

Es gibt die „Geiseln von Valence“, aber da sind auch José Bové und seine Freunde, die zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt worden sind.

Was sie getan haben war vielleicht illegal. Illegal, aber legitim.

Mehr noch: die Aktionen waren unverzichtbar, notwendig und berechtigt. Warum ?

Einfach deswegen, weil die menschliche, aber auch tierische Ernährung Gefahr läuft, zum Monopol einiger riesiger Lebensmittelkonzerne zu werden. Dieses Monopol wollen sie sich mit Hilfe der GVO verschaffen, obwohl die Folgen für Pflanzen, Umwelt und Menschen nicht bekannt sind.

Bislang hat eine Debatte, etwa über die Freilandversuche mit GVO, nicht stattgefunden.

Wir werden mancherorts als Barbaren bezeichnet, oder es wird uns vorgehalten: „man kann nicht gegen die Wissenschaft angehen“. Wir sind nicht gegen die Wissenschaft, wir fordern im Gegenteil,

dass sie ihre Arbeit tut und ihre Experimente zu Ende führt, und nicht den Zauberlehrling spielt. Maurice Papon, schuldig gesprochen der Verbrechen gegen die Menschheit, wird freigelassen; aber man verurteilt José Bové, der schuldig ist, die Gesundheit dieser selben Menschheit schützen zu wollen, zu einer Gefängnisstrafe.

Wo bleibt da die Gerechtigkeit?

Es handelt sich hier in der Tat um einen Fall von Notwehr, gegen eine bestehende oder drohende Gefahr.

Jacques Chirac muss José Bové begnadigen, weil es um Politik, nicht um Recht geht.

ATTAC lanciert und unterstützt zusammen mit anderen Organisationen der sozialen Bewegung die Briefkampagne an den Präsidenten, die um die Nichtvollstreckung der Strafe ersucht.

Lieber José, ich möchte dich nochmals der Solidarität und der konsequenten Unterstützung aller ATTAC-Mitglieder versichern.

Seien wir uns darüber im Klaren: Die derzeitige Verhärtung der neoliberalen Politik und die aggressiven Methoden gewisser Regierungen deuten nicht auf ihre Stärke hin. Die Gegner der neoliberalen Globalisierung sollen eingeschüchert und im Zaum gehalten werden. Denn die Bewegung wird immer breiter und gewinnt täglich neue Anhänger.

Viele Anzeichen weisen darauf hin, dass wir uns an einem Wendepunkt befinden, dass die globalen Machtverhältnisse auf dem Weg sind, sich in Richtung auf eine andere Welt zu verschieben.

Wir tragen also eine enorme Verantwortung, besonders im kommenden Jahr. Aus diesem Grund müssen wir noch effizienter werden und stärker; unser Einfluss muss ausgeweitet werden und die Qualität unserer Initiativen und unserer Argumente verbessert; wir müssen neue Mitglieder werben und es müssen neue Ortsverbände gegründet werden.

Wie können wir weitere Fortschritte machen?

Wie können wir unsere zahlreichen Aktivitäten gleichzeitig ausüben, ohne uns zu verzetteln?

Mit einem Wort: wie soll es weitergehen?

Zurzeit haben wir 28 709 beitragszahlende Mitglieder, die Zahl der Mitgliedschaftserneuerungen hat einen großen Sprung gemacht, nämlich auf mehr als 70 %. Das ist eine beträchtliche Ziffer.

Doch genügt dies nicht, um alles zu Ende zu führen, was wir uns vorgenommen haben.

Dieses Jahr haben wir zwar 9000 neue Mitglieder gewonnen. Doch beim Front National waren es deren 12000.

Wir müssen uns einen Ruck geben und aktive Mitgliederwerbung betreiben. Warum sollte sich

nicht jedes Mitglied das Ziel setzen, ein neues Mitglied zu werben?

Unsere neue Struktur dürfte durch die Schaffung von zahlreichen Kommissionen zu einer besseren Beherrschung der verschiedenen Themenfelder und einer effizienteren Tätigkeit der ATTAC-Ortsverbände beitragen.

Die Ortsgruppen sind wie ihr wisst die einzige Möglichkeit, die notwendige massive Mobilisierung zu erreichen.

Wir müssen unsere Präsenz an Fabrikatoren, Büros, Gymnasien, Universitäten, Märkten, Bahnhöfen oder U-Bahnen regelmäßig weiter ausbauen. In manchen Gruppen ist sogar dazu übergegangen worden, von Tür zu Tür zu gehen. Dies ist das beste Mittel, breitere Schichten anzusprechen.

Liebe Freunde, Freundinnen, Genossen und Genossinnen,

Wir sollten nicht auseinander gehen, ohne unseren Genossen von der Gruppe La Rochelle und des gesamten Départements für ihre Gastfreundschaft und die gute Organisation unseren Dank ausgesprochen zu haben.

Ich bitte daher um Applaus für unsere Genossen und fordere sie auf, auf die Tribüne zu kommen.

Und schließlich gilt unser Dank den ständigen Mitarbeitern von ATTAC, die keine Mühe gescheut haben und so in erheblichem Ausmaß zum Erfolg unserer Generalversammlung beigetragen haben.

Eine neue Mannschaft ist gewählt worden, in der Frauen einen besonderen Platz einnehmen. Es liegt der neuen Mannschaft am Herzen, die begonnene Arbeit weiterzuführen. Mitglieder, Ortsverbände, Gründungsmitglieder, der wissenschaftliche Beirat, der geschäftsführende Ausschuss, der Verwaltungsrat, alle zusammen rufen wir:

Vorwärts!

Erklärungen der Übersetzerin:

* *Russische Anleihen*: Anleihen, die Anfang zwischen Mitte des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts von den russischen Zaren in Frankreich aufgenommen wurden, um v. a. militärische Ausgaben zu finanzieren. Nach der Oktoberrevolution von 1917 wurde die Rückzahlung dieser Anleihen eingestellt. So wurden zahlreiche französische Anleger ruiniert.

* *Confédération paysanne*: linksalternative Bauerngewerkschaft. Ihr bekanntester Anführer ist José Bové.

Übersetzung: Sabine Scheib, cooditrad@attac.org, ehrenamtliche Übersetzer

2. Eine kurze Vorstellung von ATTAC Belgien

Geoffrey Pleyers (*Überarbeiteter* Vortrag auf einer Attac-Konferenz in Saint Denis, Mai 2002)

1. Die nationale Ebene

Attac Belgien wurde am 6. Mai 1999 gegründet, als zuvor auf regionaler Ebene aktive Einzelpersonen, Gruppen und Vereine, beschlossen, sich auf nationaler Ebene zusammenzuschließen.

Heute zählt Attac Belgien über 1.300 Mitglieder in der französischsprachigen Gemeinde (1) und 200 bis 300 in der niederländischsprachigen. Zurzeit gibt es 25 Ortsgruppen, davon 3 an den Universitäten. Die Zahl der Mitglieder ist also nicht eben gewaltig. Dennoch spielt der Verein eine wichtige Rolle in der belgischen Zivilgesellschaft.

Ein Verein schlägt keine Wurzeln in einem Land oder einer Stadt wie auf einer Tabula rasa. Seine Einbindung in Stadtvierteln, Städten und Regionen setzt ein mehr oder weniger dichtes Vereinsgefüge, eine gewachsene Gegenkultur und ein Kräfteverhältnis mit den politischen Obrigkeiten voraus. So müssen selbst internationale Modelle den Bedingungen der lokalen und nationalen Zivilgesellschaften angepasst werden. Der Aufbau von Attac Belgien musste zwangsläufig die besonderen Strukturen der im Unterschied zu Frankreich nicht zentralisierten belgischen Gesellschaft und ihre Sprachgemeinschaften berücksichtigen. Daher entwickelte sich bei Attac Belgien schnell eine föderalistische Struktur, an deren Spitze eine Schnittstelle, entsprechend dem deutschen Co-Kreis, („comité de liaison“) zwischen Attac Flandern und Attac Wallonien-Brüssel steht. In diesem Co-Kreis sitzen nur die Vertreter der Ortsgruppen. Ihre Rolle beschränkt sich auf die Verteilung von Informationen über die verschiedenen vor Ort organisierten Aktionen und die Koordinierung verschiedener gemeinsamer Mobilisierungen. Der geringe Einfluss der nationalen Spitze entspricht der föderalistischen Struktur des Landes. Ein wesentlicher Teil der politischen Entscheidungen wird auf kommunaler Ebene getroffen, und gerade dort hat die Stimme der Bürger mehr Gewicht. Jedoch fehlt es in Ermangelung einer festen nationalen Struktur an Effizienz und Koordination.

Aufgrund seiner kulturellen und geografischen Nähe übt Attac Frankreich einen starken Einfluss aus, auch wenn sich die Mitglieder von Attac Belgien nicht unbedingt in der französischen Führung

wiederfinden. Mehrere Gründer von Ortsgruppen waren übrigens bereits über Internet Mitglied von Attac Frankreich. Im Gegensatz zu seinem französischen Pendant ist Attac Belgien von unten nach oben aufgebaut. Die Arbeitsweise von Attac in Belgien besteht in der Koordination örtlicher Aktivitäten. So werden zum Beispiel in Frankreich die Mitgliedsbeiträge direkt an die nationale Führung gezahlt, die dann einen Teil davon an die Ortsgruppen überweist, während sie in Belgien von den Ortsgruppen eingenommen werden, die dann 30% der Summe an die regionalen und nationalen Ebenen weiterleiten. Daher sind die Ortsgruppen sehr autonom.

Zahlreiche Vereinigungen sind Mitglieder der verschiedenen Ortsgruppen von Attac Belgien. Die Gewerkschaften spielen dabei aufgrund ihres Gewichtes in der belgischen Gesellschaft eine besondere Rolle. Trotz einiger Probleme auf nationaler Ebene sind die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Globalisierungskritikern ausgezeichnet. Die Gewerkschaftsaktivisten spielen auf allen Ebenen eine wesentliche Rolle. Die FGPT, eine sozialistische Gewerkschaft, war die Erste, die sich massiv bei Attac eingebracht hat. Heute beeilt sich die Christliche Föderation nachzuziehen. Außerdem sind Eine-Welt-Initiativen sowohl bei Attac besonders aktiv engagiert als auch beim Belgischen Sozialforum. So sei zum Beispiel Oxfam erwähnt, das Centre National de Coopération au Développement* oder Erlassjahr, das einer der belgischen Vertreter beim internationalen Rat des Weltsozialforums ist (2). Das demokratische Prinzip „ein Sitz – eine Stimme“ hat zur Folge, dass der Vertreter eines Vereines bei Vollversammlungen nicht mehr Gewicht hat als ein einzelner Bürger. Wenn ein Vereinsvertreter mehr Stimmen haben will, muss er die Mitglieder seines Vereins zur aktiven Mitarbeit bei Attac bewegen. Um eine „Abwerbung“ jeglicher Art zu vermeiden, muss darüber hinaus jede Organisation, die Mitglied bei Attac werden will, eine „Beitrittscharta“ und die internationale Plattform der Bewegung unterschreiben.

2. Die Ortsgruppen Wallonien-Brüssel

Auch wenn die Ortsgruppen über eine große Autonomie verfügen und die Basis für

regionale und nationale Instanzen bilden, so sind Letztere doch nicht weniger wichtig. Ihre Rolle ist es, dem Verein und örtlichen Initiativen eine landesweite Öffentlichkeit zu verschaffen. Denn eine einzige Ortsgruppe, und sei sie noch so aktiv, hätte allein weder Sinn noch Gewicht.

Dennoch zeigen die Mitglieder ein sehr begrenztes Interesse für die regionalen Sektionen und deren Vollversammlungen. Mittelpunkt von Attac Wallonien-Brüssel ist die Ortsgruppe von Lüttich, zu der über die Hälfte der Mitglieder gehört und die auch die Geschäftsstelle der Region beherbergt. Mit einer Ausnahme ist die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ortsgruppen in der Regel gut: Attac Brüssel.

Der besondere Fall von Attac Brüssel bringt natürlich Probleme für die anderen Attac-Gruppen mit sich, um so mehr, als viele internationale Versammlungen in der Hauptstadt stattfinden. Deswegen ruft Attac nicht immer zu einer Massendemonstration auf bei Versammlungen wie zum Beispiel die der UNICE (3). Sie glauben nämlich, dass „die PTB (4) diese Versammlung mit Beschlag belegt“. Aber auch das Image von ATTAC im ganzen Land leidet darunter. So sagte uns ein junger Mann, dass er lange gezögert habe, zu den Versammlungen von ATTAC zu kommen, weil er überzeugt war, der Verein stünde unter der Fuchtel von Altkommunisten.

Ein Gegenbeispiel ist die Ortsgruppe von Lüttich. Seit dem Beginn hat sie Aktivisten verschiedener Vereinigungen und Bürger ohne politische oder Vereinsbindungen versammelt. Sie ist schnell zur bedeutendsten und aktivsten Ortsgruppe des Landes angewachsen. Kürzlich fand der Europäische Bürgerkongress in Lüttich statt, und eine Herbstakademie wird vorbereitet. Die einflussreichsten Mitglieder von Attac Wallonien-Brüssel kommen aus Lüttich, und dort befindet sich auch die regionale Geschäftsstelle. Übrigens hat sich ein wichtiges Netz von Vereinigungen um Attac Lüttich herum entwickelt. Als Nächstes wird dieses Netz den Namen „Sozialforum Lüttich“ annehmen, und es organisiert mehrere Aktionen in dieser Stadt. Auf einer informellen Ebene ist dieser Zusammenfluss örtlicher Vereinigungen besonders wichtig, denn dank der Kontakte, die sich während der Versammlungen ergeben, arbeiten die Mitglieder besser zusammen.

3. Das Belgische Sozialforum

Aufgrund seiner geringen Mitgliederzahl von 1.500 Personen hat sich Attac Belgien dazu entschlossen, feste Allianzen mit Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen einzugehen. Vermutlich hat diese Strategie zur Entstehung des Belgischen Sozialforums geführt. Die Partnerorganisationen hatten sich schon darüber verständigt, im Rahmen der belgischen EU-Präsidentschaft gemeinsam zu Mobilisierungen aufzurufen, und sind auch zahlreich nach Porto Alegre gereist (6). Dadurch entstand die Dynamik des Belgischen Sozialforums.

Zurzeit starten die verschiedenen Partnerorganisationen eine Kampagne zur Verstärkung des Öffentlichen Dienstes. Sie setzen sich auch für die Entstehung von örtlichen Sozialforen ein, weil sie meinen „Das kann nur von der Basis ausgehen“. Diese neue Art von Zusammenarbeit schafft es, auch die schwächsten Bevölkerungsgruppen einzuschließen sowie eine bestimmte Anzahl kleinerer Vereinigungen, die über keine nationale Struktur verfügen. Obwohl sein Einfluss begrenzt bleibt, spielt Attac bei der Gründung dieses Forums eine grundlegende Rolle. Der Verein steht im Mittelpunkt des Sozialforums, und es gelingt ihm, die Energie der Vereine und Gewerkschaften für gemeinsame Initiativen zu bündeln.

* wörtlich: Nationale Zentrale für Entwicklungszusammenarbeit

1. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, engagieren sich 1,5-mal mehr Franzosen bei Attac als Wallonen.
2. Der andere Vertreter kommt von einer anderen Ein-Welt-Organisation, dem „Centre Tricontinental“.
3. Ein Treffen großer europäischer Arbeitgeber.
4. *Parti des travailleurs de Belgique*, Belgische Arbeiterpartei, eine kleine, sektiererische, linksextreme Partei
5. Auszug aus einem Gespräch mit einem Lütticher Aktiven
6. Waren es 2001 noch 15, so sind dieses Jahr mehr als 120 Belgier zum Weltsozialforum gereist.

Übersetzung: Hildegard Tischer,
cooeditrad@attac.org, ehrenamtliche Übersetzer
 Sig-md3.3.2003

3. Nach dem Europäischen Sozialforum – Verhaftungen in Italien

John Brown (Übersetzung aus dem Grain de Sable Nr.383 vom 29.11.2002)

Italien: 20 Gegner der kapitalistischen Globalisierung sind wegen Untergrabung der Wirtschaftsordnung inhaftiert worden.

In der Nacht vom 15. November 2002 wurden etwa 20 Personen, die im Rahmen des Netzwerkes ‚Rete Sud Rebelle‘ politisch tätig sind, in Neapel und Cosenza auf Anordnung der Staatsanwaltschaft von Cosenza verhaftet. Die meisten von ihnen wurden in die Hochsicherheits-Gefängnisse für Terroristen und Mafiaverbrecher in Trani und Latina überstellt. Diese Verhaftungen erfolgten im Rahmen einer breit angelegten Polizei- und Justizuntersuchung der verschiedenen Netzwerke der Bewegung. Das erklärte Ziel dieser Untersuchung ist es, nach der großen Mobilisierung gegen den G8- Gipfel von Genua zunächst den ‚Sektor zivilen Ungehorsams‘ zu kriminalisieren, um dann die anderen einzuschüchtern und zum Aufgeben zu bringen. Die Aktionstage von Genua waren für die Festlegung einer repressiven Antwort auf die ‚Antiglobalisierungsbewegung‘ von entscheidender Bedeutung. Zunächst gab es in Genua die brutalen und völlig willkürlichen Repressionsmaßnahmen der Polizeikräfte gegen die Demonstranten. Höhepunkt war bekanntlich die Ermordung von Carlo Giuliani. Doch der Versuch, die Demonstranten einzuschüchtern und zu terrorisieren, war schnell beendet und drohte sogar, für die Urheber zu einem Boomerang zu werden. Die gerichtliche Untersuchung des Mordes an Carlo und der brutale Überfall der Polizei auf die Diaz-Schule, in der Schlafsäle und das Pressezentrum untergebracht waren, hat Dokumente ans Tageslicht befördert, die belegen, dass die „Sicherheitskräfte“ an der Herstellung polizeilich relevanter Beweise selbst beteiligt waren und für eine Reihe von Provokationen verantwortlich sind. So wurden z.B. Polizeioffiziere dabei gefilmt und fotografiert, wie sie Molotowcocktails in die Schule schafften, um den brutalen Polizeiüberfall auf die unbewaffneten Jugendlichen zu rechtfertigen. Darüber hinaus sind die Todesumstände von Carlo alles andere als zufällig, war es doch der Innenminister selbst, der den Carabinieri den Schießbefehl gab.

Die Reaktion der Carabinieri und der Polizei auf die Empörung über ihre Vorgehensweise bestand darin, das Vorhandensein subversiver und gewalttätiger Kräfte zu beweisen, die allein für die Ereignisse von Genua verantwortlich gewesen wären. Auf Anordnung von General Ganzer (Chef der Sondereinsatztruppe der Carabinieri, der schon in den 70er Jahren für die Repression der sog. „autonomen“ Splittergruppen der radikalen Linken Italiens verantwortlich war) wurde daraufhin eine Akte angelegt. Diese seit Monaten auf der Grundlage abgehörter Telefongespräche und abgefangener Emails erarbeitete Akte hat unter den italienischen Staatsanwälten die Runde gemacht und ist von ihnen als unseriös abgelehnt worden. Nur der Staatsanwalt von Cosenza betrachtet sie als prozessfähig. Er hat es jedoch für richtig gehalten, vor einer

Klageerhebung und möglichen Verhaftungen auf Grundlage dieser Akte das Ende des ESF in Florenz abzuwarten.

Die Anklagepunkte beziehen sich alle auf die Teilnahme der Angeklagten an den Demonstrationen von Genua und den Anti-Nato-Demonstrationen, die bereits im Frühjahr 2001 in Neapel statt gefunden haben. Den Angeklagten wird vorgeworfen, eine subversive Organisation aufgebaut zu haben, deren Verantwortliche sie seien. Im Grunde wird eine Organisation wie das Netzwerk ‚Sud Rebelle‘ – die Aktionen des zivilen Ungehorsams und gewaltfreie Aktionen im Rahmen der Strategie der ehemaligen ‚Tute Bianche‘ und der Anhänger des zivilen Ungehorsams durchführen – bezichtigt, sie wersetze sich gewaltsam der etablierten Ordnung. Aber was der Staatsanwalt von Cosenza und der Nachrichtendienst der Carabinieri insgesamt herausfinden konnten, war bloß eine einzige ‚Gewalttat‘: das Bewerfen einer Polizeisperre bei den Demonstrationen in Neapel mit Gemüse, vor allem mit Artischocken. Nicht weniger abwegig sind die restlichen Anklagepunkte gegen die sog. gefährlichen „subversiven Kräfte“.

Unseren Freunden werden die in den Paragrafen 270 bis 272 des italienischen Strafgesetzbuches behandelten Anklagepunkte vorgeworfen. Dieses Strafgesetzbuch, dessen Autor der berühmte-berühmte faschistische Strafrechtler Arturo Rocco (Justizminister unter Mussolini) ist, ist ein gefährliches antidemokratisches Überbleibsel in der italienischen Gesetzgebung. Sein ursprüngliches Ziel galt der Abschaffung jeglicher Form einer organisierten Arbeiterbewegung im neu entstandenen faschistischen Staat. So wird die Abschaffung der Klassengesellschaft zum Strafbestand. *„Paragraf 271: Subversive Vereinigungen - Jedwede Person, die auf dem Territorium des italienischen Staates Vereinigungen befürwortet, gründet, organisiert oder leitet, deren Ziel es ist, unter Gewaltanwendung die Diktatur einer Klasse über eine andere zu etablieren oder eine gesellschaftliche Klasse gewaltsam zu beseitigen oder allgemeiner die Wirtschafts- und Sozialordnung des Staates unter Gewaltanwendung zu untergraben, wird mit einer Haftstrafe von 5-12 Jahren belegt.“* Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der sich einer Vereinigung anschließt, um gewaltsam jede andere *„politische bzw. rechtliche Gesellschaftsordnung zu untergraben“*. Faschistisch an diesem Text ist außer seiner Datierung und seinem Autor die dahinter stehende juristische Doktrin: wenn das Strafrecht des demokratisch-liberalen Staates bestimmte Tatbestände strafrechtlich verfolgt, so stellt das totalitäre Strafrecht, sei es nun faschistisch oder nationalsozialistisch, schon die bloße ‚Gefährlichkeit‘ unter Strafe. Dabei wird die Vereinigung zur gewaltsamen Subversion der Klassengesellschaft bzw. der Wirtschafts- und Sozialordnung nicht durch eine Tat, sondern durch eine Absicht definiert, wobei die Tat als solche – wie bei der Polizei so beliebt – völlig

unbestimmt bleibt.

Im faschistischen Strafrecht wie auch in der aktuellen Antiterrorgesetzgebung, die sich seit Beginn der Protestbewegung gegen den Neoliberalismus und noch stärker seit dem 11. September 2001 allenthalben durchsetzt, ist schon die bloße Absicht ein fundamentaler Bestandteil der Anklageerhebung.

Man könnte einwenden, dass diese Tatbestände nur dann strafbar sind, wenn sie „unter Gewaltanwendung“ erfolgen und der Wortlaut des Gesetzes eigentlich keine gravierenden Einschränkungen für die Freiheit beinhaltet. Das Problem besteht jedoch darin, dass der Gewaltbegriff an keiner Stelle im Text definiert wird und dass man vermuten kann, dass für den Gesetzgeber der Begriff ‚Gewaltakt‘ gleichbedeutend ist mit Beseitigung der Klassengesellschaft im Allgemeinen, da hierunter Gewalt gegen eine naturgegebene Ordnung verstanden wird.

Aber die Anklagepunkte gegen die ‚Rebellen des Südens‘, d.h. im Grunde gegen die gesamte Bewegung, gehen noch weiter, denn auf sie wird auch der Paragraph 272 angewendet, der schon die „Propaganda“ für die Abschaffung der Klassengesellschaft unter Strafe stellt. So wurde eine leitende Mitarbeiterin von ‚Radio Gap‘ (des Senders der Bewegung) mit dieser Begründung inhaftiert.

Auch werden der zivile Ungehorsam und Aktionen des Protests gegen staatliche Maßnahmen bzw. zu deren Verhinderung mit Subversion in Verbindung gebracht:

„Paragraf 289 – Anschlag auf Verfassungsorgane oder auf Regionalversammlungen – Wird mit einer Haftstrafe von mindestens 10 Jahren (es sei denn, es handelt sich um ein noch schwerwiegenderes Delikt) derjenige belegt, der den Staatspräsidenten oder die Regierung an der Ausübung seines Amtes oder seiner Alleinbefugnisse – und sei es auch nur zeitweilig – hindert, die ihnen gesetzeshalber zustehen; [...] Eine Haftstrafe von 1 – 5 Jahren wird angewendet, wenn die Tat einzig zur Störung der Amtsausübung bzw. der Ausübung der o.e. Befugnisse begangen wird.“

Das Delikt Amtsbeleidigung von Berlusconi kann einen teuer zu stehen kommen. Wenn zum Beispiel Demonstrationen oder Streiks organisiert werden, um die Annahme oder Umsetzung einer antisozialen oder kriegstreiberischen Politik zu verhindern, so wird nach dieser Lesart die Regierung in der Ausübung ihres Amtes gehindert oder zu mindest gestört.

Durch die Verhaftung unserer Freunde soll unsere Bewegung direkt getroffen werden, die gegen die kapitalistische Globalisierung und gegen ein Programm neoliberaler Herrschaft protestiert und die durch zivilen Ungehorsam die Konklaven der politisch Verantwortlichen in Seattle, Prag, aber auch in Barcelona, Nizza und Sevilla gestört hat, die sich mit allen Mitteln gegen den Krieg wendet, die Informationen gegen die bestehende Ordnung verbreitet und sich bemüht, Mehrheiten für eine Welt ohne Gesellschaftsklassen, ohne Ausbeutung, ohne Kriege zusammenzuführen. Die

italienischen ‚Rebellen des Südens‘ sind gegenwärtig inhaftiert, aber bedroht ist unsere gesamte Bewegung. Die oben erwähnten italienischen Gesetze sind nicht bloß Überbleibsel der Vergangenheit. Im Rahmen der politischen und polizeilichen Kontrolle der Globalisierungsgegner und der Arbeiterbewegung erlangen diese Gesetze eine berüchtigte Aktualität.

Diese Paragraphen des Rocco-Strafgesetzbuches, die in den 30er Jahren dazu dienten, die Arbeiterorganisationen Italiens für vogelfrei zu erklären, kehren ins Gedächtnis zurück, als sie der Staatsanwalt von Cosenza aus dem Staub zurückgeholt hat. Ihre Geschichte ist exemplarisch für das, was man im 20. Jahrhundert die italienische Ausnahme genannt hat. Das italienische Strafgesetzbuch, das Werk von Mussolinis Justizminister, ist bis in unsere Tage dank verschiedener italienischer Justizminister in Kraft geblieben, darunter insbesondere ... der kommunistische Führer Palmiro Togliatti, der dieses Amt in der 2. Regierung von Badoglio (nach dem Sturz von Mussolini) inne hatte. Auch in den 70er Jahren wurde auf seine Paragraphen zurückgegriffen, um die späte italienische ‚68er-Bewegung‘ aufzulösen und um revolutionäre Aktivisten und Intellektuelle wie Toni Negri, Franco Piperno und Oreste Scalzone mit Tausenden ihrer Anhänger ins Gefängnis zu werfen. Später wurden sie dann angeklagt, die Roten Brigaden zu unterstützen, obwohl sie in ihrer politischen Praxis und theoretischen Auseinandersetzung den Militarismus dieser kopflosen ‚Impazzita-Variante‘ scharf verurteilten. Jetzt müssen diese Paragraphen des Rocco-Strafgesetzbuches, die die Freiheitsrechte vernichten, unverzüglich außer Kraft gesetzt werden. In Europa müssen wir dringend und zeitgleich mit unserem Widerstand gegen die neoliberale Politik und den Krieg eine breite Kampagne zur Verteidigung der Grundfreiheiten sowie der politischen und gewerkschaftlichen Rechte initiieren, die durch die Notstandsgesetze der 30er Jahre und der jüngsten Vergangenheit bedroht werden. Unsere Freunde müssen umgehend freigelassen werden. Wir können nicht dulden, dass sozialer Widerstand und revolutionäre Aktionen mit Terrorismus in einem Atemzug genannt werden.

Die italienische Justiz geht gegen Globalisierungsgegner vor Von Marianne Arens, 5. Dezember 2002

Am Dienstag morgen, den 3. Dezember, verfügte das Bezirksgericht von Catanzaro (Kalabrien, Süditalien) im Rahmen eines Haftprüfungstermins die sofortige Freilassung von 18 Globalisierungsgegnern, die am 15. November inhaftiert worden waren. Sieben von ihnen, unter ihnen mehrere Mitglieder der alternativen Gewerkschaften COBAS, saßen seit über zwei Wochen in den Gefängnissen von Viterbo, Latina und Trani, die übrigen standen unter Hausarrest. Sie waren der "subversiven Tätigkeit" und der "Beeinträchtigung der Wirtschaftsordnung" beschuldigt worden. Diese Anklagen bleiben trotz der Aufhebung der Haftbefehle auch weiterhin bestehen.[...]

<http://wsws.org/de/2002/dez2002/ital-d05.shtml>

ATTAC-Stuttgart ruft auf zum 2. Teil des Kongresses: 10 –12. Januar 2003

Wege in eine gerechtere Welt *Alternativen zur neoliberalen Weltwirtschaftsordnung*

mit *Caroline Lucas, Udo Herrmannstorfer, Nicanor Perlas und Jakob von Uexkull*

Seminar

Samstag, 11. und Sonntag, 12. Januar

Forum 3 Gymnasiumstr. Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart

Von der Konkurrenz zur Kooperation - Konturen einer anderen Wirtschaft

Welthandel, Armut und Krieg - Frieden durch Gerechtigkeit // Assoziative Zusammenarbeit der Wirtschaftspartner // Sozialbindung des Kapitals (Finanzmärkte, Geldordnung, Eigentum) // Zivilgesellschaft, trisektorale Partnerschaft und Global Governance

Samstag, 11. Januar

09.00 - 10.30: Statements der ReferentInnen zu den oben genannten Themen.

11.00 - 12.30: Thematische Arbeitsgruppen

14.00 - 15.30: Weiterführung der Arbeitsgruppen

16.00 - 17.00: Plenum: Austausch über Zwischenergebnisse

17.30 - 18.30: Fortsetzung der Gruppenarbeit

20.00: Podiumsgespräch der ReferentInnen

über die während des Tages behandelten Fragen der Neuordnung

Sonntag, 12. Januar

9.00 - 10.30: Wege in eine bessere Welt.

Fragen des Widerstands gegen die neoliberale Globalisierung und des zivilgesellschaftlichen Dialogs über Alternativen

11.00 - 12.30: Fortsetzung des Plenums und Abschluss

In Verbindung mit dem Seminar

Öffentliches Teach-In

Freitag, 10. Januar, 20.00

Haus der Wirtschaft, Willi-Bleicher-Str. 19, 70174 Stuttgart

Perspektiven für eine Neugestaltung der globalisierten Welt

Impulsreferate von Caroline Lucas, Udo Herrmannstorfer; Nicanor Perlas und Jakob von Uexkull.

Caroline Lucas, Großbritannien. Langjähriges Bürgerrechtsengagement für Nukleare Abrüstung. Forschungsarbeiten über Handel-, Entwicklungs- und Umweltthemen. Autorin u.a. von „Von Seattle nach Nizza“ (mit Colin Hines) und „Lokal Handeln, Global Handeln – Eine Herausforderung der Globalisierung“. Assoziiertes Mitglied des International Forum on Globalization. Seit 1999 für die britischen Grünen im Europa Parlament.

Udo Herrmannstorfer, Schweiz. Industriekaufmann, Betriebswirt, volkswirtschaftliches Studium. Seit 1971 selbstständiger Unternehmensberater. Leiter des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgestaltung. Mitbegründer des „Verbundes freier Unternehmensinitiativen“. Internationale Vortrags- und Seminartätigkeit. Autor von „Schein-Marktwirtschaft“.

Nicanor Perlas, Philippinen. Leiter des Center for Alternative Development Initiatives. Unter Marcos Exil in den USA. Co-Autor der Philippinischen Agenda 21. Maßgeblich an der Bewegung beteiligt, die Anfang 2000 den korrupten Präsidenten Estrada stürzte. Ehemaliger Berater für sechs asiatisch-pazifische Netzwerke der Zivilgesellschaft und für drei UN-Institutionen.

Jakob von Uexkull, Schweden/BRD. Politik-, Philosophie- und Wirtschaftsstudium. Schriftstellerische Tätigkeit in Umweltfragen. Stifter des Alternativen Nobelpreises, der jährlich am Tag vor der Nobelpreisverleihung im schwedischen Parlament an Einzelpersonen verliehen wird, die an „praktischen und beispielgebenden Lösungen der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit arbeiten“.